

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Kommunale Unterstützung religiöser Stiftungen in Istanbul: Bruch oder
Kontinuität nach dem Machtwechsel im Bezirk Üsküdar (2019–2025)

verfasst von | submitted by

Victor Zacharias Hereth B.A.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2026

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Cengiz Günay

Abstract

Diese Arbeit untersucht die kommunale Ressourcenvergabe sowie die Netzwerkstrukturen im Istanbuler Bezirk Üsküdar im Zeitraum von 2019 bis 2025. Im Zentrum steht die Frage, inwiefern kommunale Entscheidungen zur Unterstützung religiöser und bildungsbezogener Stiftungen beitragen und wie sich diese im Kontext des politischen Machtwechsels von der AKP zur CHP im Jahr 2024 verändert haben. Grundlage der Analyse bilden Ratsbeschlüsse, Tätigkeitsberichte sowie Berichte des Rechnungshofs (Sayıştay), die mittels qualitativer Inhaltsanalyse ausgewertet wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass bis 2024 wiederkehrende Muster selektiver Ressourcenvergabe bestehen, die insbesondere politisch anschlussfähigen Akteuren der AKP zugutekommen. Nach dem Machtwechsel lassen sich erste Ansätze einer Einschränkung dieser Strukturen erkennen, etwa durch die Überprüfung und Rücknahme bestehender Arrangements. Insgesamt macht die Analyse deutlich, wie eng kommunale Entscheidungsprozesse, gesellschaftliche Netzwerke und politische Macht miteinander verflochten sind und wie sich diese Verbindungen im Zuge politischer Veränderungen neu ordnen.

Vorwort und Danksagung

Ich möchte mich insbesondere bei meinem Betreuer, Mag. Dr. Cengiz Günay, für seine unmittelbare Unterstützung bedanken. Durch die Belegung des Forschungsseminars unter seiner Leitung habe ich mich letztlich für die Thematik dieser Masterarbeit begeistert und dabei zu meiner Forschungsfrage gefunden. Herrn Günays ehrliches und stetiges Interesse an meiner Forschung hat mich durch die üblichen Zweifel und Schwierigkeiten einer Abschlussarbeit geleitet und durchwegs in meinem Vorhaben bestärkt. Seinen Einwüfen und Ratschlägen bin ich mehr als dankbar.

Explizit möchte ich auch Dr. Sinem Bal danken, die in einem kritischen Moment des Prozesses die richtigen Worte gefunden und mir durch ihre fachliche Expertise geholfen hat, den Fokus richtig zu setzen.

Zudem möchte ich meinen Kommilitonen und stetigen Wegbegleitern während des Schreibens der Arbeit meinen Dank aussprechen, insbesondere Jacob Hilbrands und Luisa Niemann. Durch euer konsistentes Erscheinen in der Bibliothek und Mut-zusprechende Art und Weise hat sich eine schöne Gemeinschaft gebildet, die diese herausfordernde Zeit mit erholsamen Mittagspausen und Spaziergängen zu einem unterstützenden Umfeld gemacht hat.

Besonderen Dank möchte ich an meine Lebenspartnerin Carolin Schilp richten, ohne die diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Sie hat mir allzu oft den Rücken gestärkt, mich aufgebaut, beraten und mit Liebe in Momenten bedacht, in denen man an seine Grenzen zu stoßen scheint.

Zuletzt danke ich meinen Eltern, Hans-Jürgen Hereth und Anne Schieckel, für ihre bedingungslose und kontinuierliche Unterstützung seit meinem Studienbeginn 2018 sowie für den mir entgegengebrachten Rückhalt und ihre Liebe.

Abkürzungsverzeichnis

AKP	–	Adalet ve Kalkınma Partisi
CHP	–	Cumhuriyet Halk Partisi
EU	–	Europäische Union
FBO	–	Faith-Based Organization
IGEDER	–	İstanbul Gelişim ve Eğitim Derneği (Stiftung)
INTOSAI	–	International Organization of Supreme Audit Institutions
IPP	–	Indirect Political Patronage
KADEM	–	Kadın ve Demokrasi Vakfı (Stiftung)
KYK	–	Kredi ve Yurtlar Kurumu (staatliche Studierendenwohnheime und Stipendienbehörde)
MEB	–	Millî Eğitim Bakanlığı (türkisches Bildungsministerium)
MHP	–	Milliyetçi Hareket Partisi
NGO	–	Non-Governmental Organization
ÖPNV	–	Öffentlicher Personennahverkehr
TEV	–	Türk Eğitim Vakfı (Stiftung)
TOGEM-DER	–	Toplumsal Gelişim Merkezi Eğitim ve Sosyal Dayanışma Derneği (Stiftung)
TOKİ	–	Toplu Konut İdaresi Başkanlığı Başkanlığı (staatliche Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsbehörde)
TÜGVA	–	Türkiye Gençlik Vakfı (Stiftung)
TÜİK	–	Türkiye İstatistik Kurumu (türkisches Statistikamt)
TÜRGEV	–	Türkiye Gençlik ve Eğitime Hizmet Vakfı (Stiftung)
V-Dem	–	Varieties of Democracy
YSK	–	Yüksek Seçim Kurulu (oberste Wahlbehörde der Türkei)

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	3
2 Theoretischer Rahmen.....	6
2.1 Politisches System und Governance unter der AKP-Herrschaft	7
2.1.1 Demokratischer Rückbau und hybride Herrschaft	7
2.1.2 Exekutive Machtkonzentration und politische Steuerung unter der AKP.....	8
2.2 Klientelismus und Patronagestrukturen	10
2.2.1 Begriffe und Abgrenzungen	10
2.2.2 Vergleichende Perspektiven aus anderen Ländern und Regimen.....	11
2.2.3 Ausprägungen in der Türkei	13
2.3 Religiöse Stiftungen als Brücken zur Zivilgesellschaft	15
2.3.1 Stiftungen als intermediäre Akteure zwischen Staat, Partei und Gesellschaft	15
2.3.2 Bildung, Wohlfahrt und Religion als Infrastruktur politischer Herrschaft.....	16
2.3.3 Kommunale Kooperationen, Kooptation und hybride Governance.....	18
2.4 Hegemonie, Zivilgesellschaft und Bildung bei Gramsci	19
2.4.1 Hegemonie und der integrale Staat	20
2.4.2 Bildung und Religion als Träger von Hegemonie	21
3 Historische Entwicklung und moderne Bedeutung von Religion in der Türkei	22
3.1 Säkularisierung und gegenwärtige Entwicklungen	22
3.1.1 Laiklik und die staatliche Regulierung von Religion.....	22
3.1.2 Repolitisierung und gesellschaftlicher Wandel seit den 1990er Jahren	24
3.1.3 Neuzentrierung unter der AKP: Ausbau institutioneller Religionspolitik.....	27
3.2 Neue Netzwerke und das Projekt der „frommen Generation“	29
4. Istanbul als politischer Macht- und Ressourcenraum: Strukturen und Dynamiken.....	33
4.1 Die Bedeutung Istanbuls	33
4.2 Institutionelle Struktur der Kommunalpolitik	36
4.3 Kommunalwahlen 2019 und Machtverschiebungen	37
4.4 Zusammenfassung und Forschungsstand	39
5 Forschungsdesign und methodisches Vorgehen	41
5.1 Forschungsdesign	41
5.2 Fallauswahl.....	43
5.3 Datengrundlage	44
5.4 Methode und Operationalisierung	48

5.4.1 Methodischer Ansatz und analytische Grundlogik.....	48
5.4.2 Sampling, Unitizing und erste Datenreduktion	49
5.4.3 Kodierung und Kodierleitfaden.....	51
5.4.4 Ergänzende Auswertung von Sayıştay-Berichten und Jahresberichten	53
5.4.5 Fallbewertung und analytische Einordnung.....	54
5.5 Einsatz digitaler Hilfsmittel und KI	55
6 Empirische Befunde	56
6.1 Auswertung der Meclis-Kararları (Ratsbeschlüsse).....	56
6.1.1 Typische kommunale Alltagsentscheidungen	57
6.1.2 Erste Hinweise auf AKP-Nähe	60
6.1.3 Eindeutige klientelistische Muster	64
6.1.4 Bruch und Auflösung alter Arrangements	67
6.2 Auswertung der Jahresberichte.....	70
6.3 Befunde des Rechnungshofs (Sayıştay)	77
7 Interpretation der Ergebnisse.....	79
7.1 Bewertung der Daten und Anknüpfung an Theorie.....	79
7.2 Limitation	87
8 Konklusion	88
Abbildungsverzeichnis	90
Literaturverzeichnis.....	91
Anhang	100

1 Einleitung

Als sich am 18. März 2026 in Istanbul Tausende Menschen versammelten, um ein Jahr nach der Inhaftierung von Ekrem İmamoğlu (CHP) gegen den Umgang des türkischen Staates mit der Opposition zu protestieren, ging es längst nicht mehr nur um eine einzelne Person. Der Fall des Istanbuler Bürgermeisters steht vielmehr sinnbildlich für eine größere Entwicklung in der politischen Landschaft der Türkei: konkret wirft er die Frage auf, wie politische Macht in der Türkei organisiert, gesichert und gegen Herausforderer verteidigt wird. İmamoğlu galt vor seiner Verhaftung als der wichtigste Rivale und bestmögliche Herausforderer Erdogans um das Präsidentenamt und löste damit die Hoffnungen auf einen größeren politischen Wandel aus. Seine Festnahme im März 2025 und die anhaltende juristische Verfolgung werden von der Opposition, zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie der Mehrheit der Bevölkerung als politisch motiviert kritisiert (Toksabay, 2025).

Die Metropole Istanbul ist deshalb so wichtig für Erdoğan und seine Partei, die AKP, weil sie demographisch, wirtschaftlich und symbolisch das Zentrum der Türkei ist. Wer Istanbul regiert, kontrolliert nicht nur enorme Haushalte, kommunale Unternehmen, Immobilien und Infrastrukturen, sondern auch einen politischen Raum, in dem sich staatliche Macht, gesellschaftliche Mobilisierung und materielle Ressourcen in besonderer Weise verbinden. Genau deshalb war der Sieg der CHP in Istanbul 2019, personifiziert durch İmamoğlu, viel mehr als ein kommunalpolitischer Regierungswechsel: Er stellte die bis dahin fast ununterbrochene Dominanz islamisch-konservativer Kräfte im wichtigsten urbanen Machtzentrum des Landes infrage.

Um die Bedeutung dieses Einschnitts zu verstehen, muss man weiter zurückgehen. Mit dem Aufstieg der AKP seit 2002 hat sich die politische Ordnung der Türkei tiefgreifend verändert. Was als Erfolgsgeschichte einer neuen, konservativ-demokratischen Regierungspartei begann, entwickelte sich im Laufe der Jahre zu einer umfassenden Reorganisation politischer Strukturen. Das parlamentarische System wurde 2018 durch den Übergang zum Präsidialsystem massiv umgebaut: Die Exekutive gewann an Gewicht, während das Parlament an Kontrolle verlor. Auch Justiz und Verwaltung wurden stärker politisiert und enger an das Präsidialamt gebunden. In der politikwissenschaftlichen Forschung wird die Türkei deshalb heute häufig nicht mehr als defizitäre Demokratie, sondern als hybride Ordnung oder kompetitiv-autoritäres Regime beschrieben, in dem Wahlen zwar fortbestehen, aber unter

strukturell ungleichen Bedingungen stattfinden und wichtige demokratische Anker verloren gegangen sind (Adar et al., 2021; Bektaş, E., 2025; Cengiz, 2020; Esen & Gümüşçü, 2021).

Die CHP blieb in diesem Kontext über lange Zeit die wichtigste parlamentarische Oppositionskraft, ohne die politische Dominanz der AKP ernsthaft brechen zu können. Erst die Kommunalwahlen von 2019 und 2024 verschoben das Kräfteverhältnis spürbar. Dass die CHP mehrere Großstädte gewann (u.a. Ankara, Antalya und Adana) und mit İmamoğlu auch Istanbul übernahm, war politisch hochsymbolisch. Damit wurde sichtbar, dass die AKP nicht mehr unangreifbar war. Zugleich zeigte sich jedoch, dass kommunale Wahlsiege allein noch keinen umfassenden Machtwechsel bedeuten. Viele (Stadt-)Bezirke, Verwaltungen und Netzwerke blieben in AKP-naher Hand, und genau hier setzt das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit an.

Denn politische Macht wird nicht nur in Ministerien oder auf nationaler Ebene ausgeübt, sondern entfaltet sich vor allem auch im Alltag kommunaler Verwaltung. Gerade in Bereichen wie Stadt- und Bezirksplanung, Bildung, Kultur, sozialer Infrastruktur und insbesondere bei der Vergabe öffentlicher Mittel wird sichtbar, wie politische Prioritäten konkret umgesetzt werden. Hier entscheiden sich Fragen des Zugangs, der Förderung und der Teilhabe. Auf dieser Ebene lässt sich besonders gut beobachten, wie sich formale Machtverschiebungen tatsächlich auswirken: etwa darauf, welche Projekte unterstützt werden, welche Akteure Zugang zu Ressourcen erhalten oder welche institutionellen Arrangements bestehen bleiben.

In genau diesem Kontext rücken bestimmte Akteure besonders in den Fokus – insbesondere religiöse und bildungsbezogene Stiftungen und Vereine. Sie sind in der Türkei keine bloßen Randakteure der Zivilgesellschaft, sondern übernehmen vielfach konkrete Aufgaben im Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich. Sie betreiben Wohnheime, organisieren Jugendprogramme und bieten Bildungs- und Unterstützungsleistungen an. Dadurch fungieren sie als wichtige Schnittstellen zwischen Staat, Kommune und Gesellschaft (Köse, 2019; Çevik, 2019).

In diesem Zusammenhang ist auch das von Erdoğan mehrfach formulierte Ziel der Erziehung und des Hervorbringens einer „frommen Generation“ von Bedeutung. Gemeint ist damit nicht nur eine religiösere Gesellschaft im abstrakten Sinne, sondern ein langfristiges Projekt gesellschaftlicher Prägung durch Bildung, Jugendpolitik, soziale Infrastruktur und moralische Leitbilder. Dies steht somit auch in Verbindung mit politischen Überzeugungen und der Nähe zum Parteiprogramm der AKP. Das vorraussichtliche Ziel ist somit, diese neue Wählergruppe (also junge Erwachsene und Jugendliche) zu erschließen und frühzeitig zu beeinflussen. Dieses

Projekt lässt sich natürlich nicht allein auf die zentralstaatliche Politik reduzieren. Für die konkrete Umsetzung braucht es lokale Räume, Programme, Partner und Institutionen, die sie im Alltag ausüben. Kommunen und die mit ihnen kooperierenden Stiftungen gewinnen damit eine besondere Bedeutung: Sie sind jene Orte, an denen politische Leitbilder in konkrete Angebote und institutionelle Arrangements übertragen werden können. Eine wichtige Rolle spielen dabei große, landesweit aktive Stiftungen wie TÜRGEV oder TUGVA, die insbesondere im Bildungs- und Jugendbereich tätig sind und vielfach als politisch anschlussfähig und AKP-nah gelten, da jeweils Verwandte Erdoğan in Schlüsselrollen mitbestimmen und die Richtung vorgeben (Çevik, 2019).

Vor diesem Hintergrund fragt die vorliegende Arbeit:

Wie veränderte sich die kommunale Unterstützung für religiöse und bildungsbezogene Stiftungen in Istanbul zwischen 2019 und 2025, und inwiefern markiert der Machtwechsel im Bezirk Üsküdar 2024 einen Bruch mit zuvor etablierten AKP-nahen Förder- und Netzwerkstrukturen?

Aus dieser Frage leiten sich zwei Hypothesen ab. Erstens wird angenommen, dass die kommunale Unterstützung für religiöse und bildungsbezogene Stiftungen im Bezirk Üsküdar trotz der oppositionellen Stadtregierung bis 2024 auf hohem Niveau fortbestand und weiterhin der Reproduktion AKP-naher religiöser und zivilgesellschaftlicher Netzwerke diene. Zweitens wird angenommen, dass diese Unterstützung nach dem Machtwechsel 2024 spürbar abnahm, etwa durch den Wegfall institutioneller Zugänge, Finanzierung und sonstige Formen der Unterstützung.

Um diese Frage zu beantworten, folgt die Arbeit der folgenden theoretischen und empirischen Struktur: Zunächst wird im Theorieteil die politische Ordnung der Türkei unter der AKP als hybride Herrschaftsform eingeordnet. Dabei geht es um demokratischen Rückbau, exekutive Machtkonzentration, *competitive authoritarianism*, *strategic legalism* und neopatrimoniale Steuerung. Anschließend richtet sich der Blick auf Patronage, Klientelismus und informelle Netzwerke auf kommunaler Ebene. Darauf aufbauend werden religiöse und bildungsnahe Stiftungen als intermediäre Akteure zwischen Staat, Partei und Gesellschaft diskutiert, bevor Gramscis Überlegungen zu Hegemonie, Zivilgesellschaft und Bildung einen theoretischen Makro-Rahmen für die spätere Interpretation liefern.

Im nächsten Schritt wird der türkische Kontext historisch und institutionell erläutert. Dazu gehören die Entwicklung des Säkularismus und der Religionspolitik in der Republik, der

Aufstieg der Diyanet, die Repolitisierung der Religion seit den 1990er Jahren sowie die besondere Rolle religiöser und bildungsnaher Stiftungen im Umfeld der AKP. Daran schließt sich der spezifische politische Kontext Istanbuls an: die Stadt als Ressourcenzentrum, ihre institutionelle Struktur, die Kommunalwahlen von 2019 und die daraus für Metropole und Bezirke resultierenden Verschiebungen.

Darauf folgend konzentriert sich die empirische Untersuchung auf den Bezirk Üsküdar als Fallstudie. Analysiert werden Ratsbeschlüsse, kommunale Jahresberichte und Berichte des Rechnungshofs, um nachzuvollziehen, wie Ressourcen vergeben, gesichert oder entzogen werden und welche Akteure davon profitieren. Im Zentrum steht also nicht allein die große symbolische Politik, sondern ihre alltägliche administrative Materialisierung. Genau darin liegt der Mehrwert des Forschungsdesigns: Es untersucht politische Steuerung dort, wo sie oft am wenigsten spektakulär erscheint und gerade deshalb besonders wirksam sein kann.

Die Relevanz dieser Arbeit liegt damit zum einen darin, dass sie zum Verständnis kommunaler Macht in der Türkei beiträgt, indem sie zeigt, wie lokale Entscheidungen in ein größeres System politischer Loyalität, Ressourcenvergabe und gesellschaftlicher Prägung eingebettet sind. So sollen die umfassenderen Ergebnisse aus anderen Forschungen auf einer Mikroebene untersucht und getestet werden. Zum anderen soll meine Arbeit aufzeigen, dass Machtwechsel nicht automatisch direkten und schnellen institutionellen Wandel bedeuten können. Gerade im Spannungsfeld zwischen formalen Regeln, kommunalen Ressourcen und starken Netzwerken entscheidet sich, wie widerstandsfähig politische Strukturen tatsächlich sind. Die Frage, die diese Arbeit deshalb leitet, ist nicht nur, ob sich unter der Oberfläche kommunaler Verwaltung klientelistische Muster erkennen lassen. Sie lautet auch, ob und wie solche Muster überhaupt aufgebrochen werden können, wenn sich die politischen Mehrheiten verschieben.

2 Theoretischer Rahmen

Im folgenden Abschnitt stelle ich einen ersten umfassenden Überblick über die relevante Literatur vor. Hier wird diskutiert, wie vormals demokratisch geprägte Regierungen durch verschiedene, oft grenzlegale Methoden den Staatsapparat und die politische Landschaft in autokratische Dynamiken umwandeln. Um den Kontext besser zu verstehen, erläutert die bestehende Forschung, welche Rolle Klientelismus spielen kann und wie ausgeprägt er in der Türkei ist. In Verbindung hierzu wird die Relevanz religiöser Netzwerke hervorgehoben und abschließend durch die hegemoniale Perspektive Gramscis auf das Forschungsinteresse dieser

Arbeit angewandt. Dies lässt ein Verständnis des Zusammenspiels von Macht, Bildung und Religion im untersuchten Kontext auf einer theoretischen Ebene zu.

2.1 Politisches System und Governance unter der AKP-Herrschaft

2.1.1 Demokratischer Rückbau und hybride Herrschaft

Lange Zeit wurde politische Ordnung in der vergleichenden Politikwissenschaft vor allem als Dichotomie zwischen Demokratie und autoritären Systemen verstanden. Frühere Demokratietheorien verstanden Demokratie dabei primär über institutionelle Mindestanforderungen: Während Schumpeter (1942, S. 269–270) Demokratie vor allem als Wettbewerb politischer Eliten um Stimmen definierte, konkretisierte Dahl (1971) dieses Verständnis durch Kriterien wie freie und faire Wahlen, politische Konkurrenz, Gewaltenteilung sowie die rechtsstaatliche Bindung staatlicher Macht. Autoritäre Systeme wurden demgegenüber als Ordnungen beschrieben, in denen politische Teilhabe systematisch eingeschränkt, Macht konzentriert und politischer Wettbewerb entweder ausgeschlossen oder strikt kontrolliert ist (Linz, 2000, S. 159–160). Diese Gegenüberstellung ermöglichte es lange, unterschiedliche politische Ordnungen voneinander zu unterscheiden.

Zugleich ging diese binäre Logik implizit davon aus, dass politische Systeme entweder zentrale demokratische Mindeststandards erfüllen oder eindeutig außerhalb dieser Kategorie liegen. Gerade für die Analyse von Transformations- und Konsolidierungsprozessen (also Phasen des Übergangs) erwies sich diese Annahme jedoch zunehmend als unzureichend, da sie schrittweise Veränderungen politischer Macht und institutionelle Hybridformen nur begrenzt erfassen konnte. Spätestens seit den 1990er Jahren – insbesondere im Kontext der post-Cold-War-Ordnung – wurde diese klare Trennung daher zunehmend infrage gestellt.

Forschung zu Hybrid- oder Mischregimen zeigt, dass viele politische Systeme zwar formale demokratische Institutionen aufrechterhalten, deren Funktionsweise jedoch systematisch eingeschränkt ist. Konzepte wie *electoral authoritarianism* (Schedler, 2006) oder *competitive authoritarianism* (Levitsky & Way, 2010) entstanden vor diesem Hintergrund, um Regime zu beschreiben, in denen Wahlen stattfinden, oppositionelle Akteure existieren und formale Institutionen erhalten bleiben, der politische Wettbewerb jedoch systematisch verzerrt ist (Levitsky & Way, 2010, S. 5). Der analytische Fokus verschiebt sich damit weg von der bloßen Existenz demokratischer Verfahren hin zu deren tatsächlicher Funktionsweise.

Esen und Gümüşçü greifen diesen Ansatz auf, um die Entwicklung der Türkei seit den frühen 2010er-Jahren zu analysieren. Sie beschreiben, dass sich eine demokratische Erosion durch

exekutive Machtkonzentration, Einschränkungen von Freiheitsrechten und die systematische Verzerrung politischer Konkurrenz vollzogen hat, ohne dass demokratische Verfahren vollständig abgeschafft wurden (Esen & Gümüşçü, 2021). In diese theoretische Entwicklung fügt sich der Begriff des „democratic backsliding“ ein, der den demokratischen Rückbau als schrittweisen, oft inkrementellen Prozess konzeptualisiert. Bermeo beschreibt *democratic backsliding* als sukzessive Erosion demokratischer Institutionen durch gewählte Amtsträger, die formale Regeln nutzen, um Kontrolle auszuweiten, ohne offene Regimebrüche herbeizuführen (Bermeo, 2016, S. 5). Ähnlich argumentieren Lust und Waldner, dass demokratischer Abbau häufig innerhalb bestehender institutioneller Rahmen erfolgt und gerade deshalb schwer eindeutig zu identifizieren ist (Lust & Waldner, 2015, S. 5).

Für die vorliegende Arbeit ist diese Perspektive zentral, da sie einen Erklärungsrahmen dafür bietet, weshalb formale Machtwechsel nicht zwangsläufig zu institutionellem Wandel führen. In Systemen demokratischen Rückbaus bleiben Wahlen politisch bedeutsam, sind jedoch strukturell ungleich organisiert. Wie Levitsky & Way zeigen, stellt die Existenz von Opposition keine Garantie für Demokratie dar, sondern ist häufig Bestandteil hybrider Herrschaftsformen (Levitsky & Way, 2010, S. 5). Dies lässt sich auch auf subnationale Ebenen übertragen, in denen kommunale Entscheidungsträger, trotz ihrer formalen Macht, durch höherstaatlichen Einfluss oder bestehende Strukturen in ihren Handlungsspielräumen begrenzt bleiben können.

2.1.2 Exekutive Machtkonzentration und politische Steuerung unter der AKP

Vor diesem theoretischen Hintergrund lassen sich die institutionellen Entwicklungen unter der AKP als Teil einer umfassenden Reorganisation der politischen Steuerung analysieren. Der Übergang vom parlamentarischen zum präsidentiellen System, der durch das Verfassungsreferendum 2017 beschlossen und 2018 umgesetzt wurde, führte zu einer grundlegenden Verschiebung der Machtbalance zwischen Exekutive, Legislative und Judikative. Dadurch hat das Parlament seine zentrale Funktion als Gesetzgeber und Kontrollinstanz weitgehend eingebüßt. Gesetzgebungsprozesse werden seitdem zunehmend über präsidentiale Dekrete organisiert, während parlamentarische Initiativen an politischer Relevanz verlieren (Adar et al., 2021, S. 2, 13). Diese Form der Machtverschiebung folgt dem von Varol beschriebenen Muster des *stealth authoritarianism*, bei dem demokratisch gewählte Regierungen formale Rechtsinstrumente nutzen, um exekutive Kontrolle auszuweiten, ohne demokratische Institutionen offen abzuschaffen (Varol, 2015, S. 1673–1676).

Parallel dazu wurde die Justiz institutionell umstrukturiert, insbesondere durch Änderungen an den Ernennungsverfahren für hohe Richter:innen und Staatsanwälte:innen. Diese Eingriffe führten nicht zur formalen Aufhebung der richterlichen Unabhängigkeit, jedoch sehr wohl zu einer Repolitisierung zentraler juristischer Entscheidungsinstanzen. Auch die Verwaltung wurde stärker zentralisiert und enger an das Präsidialamt gekoppelt, was die Steuerungsmöglichkeiten der Exekutive erhöhte und zugleich die administrative Autonomie reduzierte (Scheppelle, 2018, S. 545–546; Yılmaz, 2020). Diese institutionellen Veränderungen sind nicht zufällig entstanden, sondern gehen auf eine bewusste strategische Nutzung formaler Regeln zurück. Yılmaz bezeichnet einen solchen Prozess unter anderem als *strategic legalism*, bei dem rechtliche Instrumente systematisch eingesetzt werden, um politische Kontrolle zu stabilisieren und oppositionelle Akteure zu begrenzen, ohne demokratische Verfahren formell außer Kraft zu setzen (Yılmaz, 2020, S. 266). Besonders nach dem gescheiterten Putschversuch 2016 wurde diese Vorgehensweise intensiviert, etwa durch Ausnahmezustandsregelungen und in dauerhafte Gesetzgebung überführte Sonderbefugnisse. Vor diesem Hintergrund wird die Türkei häufig explizit als *competitive authoritarian regime* eingeordnet (Esen & Gümüşçü, 2016). Wahlen bleiben zentral für Legitimation und Machtsicherung, finden jedoch unter strukturell ungleichen Bedingungen statt, da Medienzugang, Rechtsdurchsetzung und Ressourcenzugänge systematisch zugunsten der Exekutive verzerrt sind (Esen & Gümüşçü, 2016, S. 1581–1582).

Die beschriebenen institutionellen und rechtlichen Verschiebungen erklären jedoch noch nicht, warum diese Ordnung politisch stabil bleibt. Der Ansatz des *authoritarian bargain* setzt an dieser Stelle an und beschreibt den Austausch politischer Loyalität gegen materielle oder institutionelle Vorteile (Desai et al., 2009, S. 93). Für den türkischen Kontext zeigen Esen und Gümüşçü, wie parteiische Ressourcenverteilung gegenüber wirtschaftlichen Eliten und urbanen Bevölkerungsgruppen die Kosten eines Machtverlusts erheblich erhöht. Sie argumentieren, dass politische Loyalität hier weniger durch Repression oder ideologische Zustimmung erzeugt wird als durch die Erwartung fortgesetzter materieller und institutioneller Absicherung (Esen & Gümüşçü, 2021, S. 2–3).

Ergänzend dazu erlaubt der Begriff des Neopatrimonialismus einen genaueren Blick darauf, wie politische Loyalität im staatlichen Alltag gesteuert werden kann. Neopatrimonialismus verweist auf das Zusammenspiel formaler Institutionen und informeller Machtbeziehungen. Für den türkischen Kontext zeigt Cengiz, dass klientelistische und patronagebasierte Strukturen nicht losgelöst vom Staat existieren, sondern durch staatliche und administrative Institutionen

selbst stabilisiert werden (Cengiz, 2020, S. 508–509). Formale Institutionen tragen selbst dazu bei, diese Loyalitätsnetzwerke aufrechtzuerhalten, indem sie politische Abhängigkeiten strukturell begünstigen (Bektaş, 2025, S. 2)

Neben diesen institutionellen und politökonomischen Erklärungen betrachten andere Ansätze die politische Ordnung unter der AKP aus kultureller und historischer Perspektive. Die politische Dominanz der AKP ist dabei als Ergebnis eines national-kulturellen Projekts zu begreifen, das über religiöse und moralische Narrative gesellschaftlichen Zusammenhalt und Loyalität herstellt (White, 2014, S. 48–49). Cizre verweist hingegen auf die langfristige Bedeutung staatlicher und insbesondere exekutiver Machtstrukturen im türkischen politischen System und zeigt, dass neue politische Entwicklungen häufig auf bestehenden institutionellen Logiken aufbauen (Cizre, 2008, S. 11–12, 147). Diese Perspektiven widersprechen institutionellen Ansätzen wie dem *competitive authoritarianism* nicht, setzen jedoch andere Akzente, indem sie politische Herrschaft stärker über kulturelle Deutungen und historische Kontinuitäten erklären.

Zusammenfassend gehe ich für den Untersuchungszeitraum dieser Arbeit von einer hybriden Ordnung in der Türkei aus, in der exekutive Machtkonzentration, neopatrimoniale Strukturen und kulturell-ideologische Elemente zusammenwirken. Diese Konstellation bildet den strukturellen Rahmen, innerhalb dessen kommunale Governance, Patronage und bestehende institutionelle Strukturen im weiteren Verlauf der Arbeit analysiert werden.

2.2 Klientelismus und Patronagestrukturen

2.2.1 Begriffe und Abgrenzungen

Für die Analyse kommunaler Governance in der Türkei ist eine klare begriffliche Aufschlüsselung zentral, weil unterschiedliche Austauschformen in der Praxis häufig zusammen auftreten. Klientelismus bezeichnet einen politischen Austauschmechanismus, bei dem staatliche oder staatsnahe Ressourcen gezielt und bedingt vergeben werden. Entscheidend ist nicht die Art der Leistung, sondern deren politische Kopplung (Hicken, 2011, S. 289). Hicken definiert den Kern des Klientelismus als Kombination aus *particularistic targeting* und *contingency-based exchange* (Hicken, 2011, S. 289). Leistungen werden damit nicht als allgemeine Rechte gewährt, sondern in Erwartung politischer Unterstützung vergeben und bleiben grundsätzlich widerrufbar. Patronage ist eng damit verbunden, richtet sich jedoch stärker auf die Vergabe von Positionen, Aufträgen (Konzessionen) oder institutionellen Zugängen über Loyalitätsbeziehungen. Sie schafft die organisatorischen Voraussetzungen

dafür, dass klientelistische Austauschbeziehungen stabil funktionieren, etwa durch Kontrolle über Verwaltung, Wohlfahrtskanäle oder öffentliche Unternehmen (Hicken, 2011, S. 290–291). Beide Mechanismen sind analytisch unterscheidbar, treten in der Praxis jedoch häufig gemeinsam auf, wobei sich Klientelismus eher an Wählerinnen und Patronage an das enge Umfeld als Akteure richtet. *State capture* tritt auf der Makroebene bei der Verteilung einzelner Vorteile zur Gestaltung von Regeln selbst auf: Wenn wirtschaftlich-politische Akteure die Ausrichtung staatlicher Entscheidungen systematisch beeinflussen, können Konzentration von Macht und Einschränkungen politischer Konkurrenz zum strukturellen Ergebnis werden (Hellmann et al., 2000, S. 3–4). Eine daraus entstehende Wirtschaftsordnung wird häufig als *crony capitalism* bezeichnet: Sie beruht auf der persönlichen Begünstigung politisch verbundener Unternehmen, etwa über Regulierung, Lizenzen, Schutz vor Sanktionen oder diskretionäre Anwendung formaler Regeln (Hellmann et al., 2000, S. 2).

Wichtig ist hinsichtlich der Betrachtung hybrider politischer Systeme wie der Türkei, dass, wie Hicken betont, Klientelismus sowohl in Autokratien als auch in Demokratien auftritt, also ein regimeunabhängiges Phänomen ist (Hicken, 2011, S. 289).

2.2.2 Vergleichende Perspektiven aus anderen Ländern und Regimen

In der vergleichenden Forschung gibt es einige Länderbeispiele, in denen solche Praktiken offen vorkommen.

In Russland etwa konnte beobachtet werden, wie informelle Netzwerke persönlicher Beziehungen das Rückgrat vieler alltäglicher Verwaltungs- und Wirtschaftsprozesse bilden. Zugänge zu Arbeitsplätzen, Genehmigungen, Dienstleistungen oder Schutz vor Sanktionen werden häufig nicht primär über formale Verfahren geregelt, sondern über persönliche Kontakte und gegenseitige Gefälligkeiten. Diese Praktiken („*blat*“) existieren nicht außerhalb staatlicher Strukturen, sondern greifen gezielt auf bürokratische Regeln zurück, um Entscheidungen zu beschleunigen, umzudeuten oder zu umgehen. Informalität kann damit als eine praktische Ergänzung formaler Institutionen verstanden werden: Entscheidend ist, dass politische Loyalität und soziale Nähe den Zugang zu staatlichen Ressourcen strukturieren, ohne dass formale Regeln abgeschafft werden (Ledeneva, 1998, 2009, S. 1–3).

Ähnliche Muster lassen sich auch in anderen autoritär oder hybrid regierten Kontexten beobachten. Studien zu Mikrofinanz- und Entwicklungsprogrammen in Ägypten zeigen, dass scheinbar unpolitische Maßnahmen wie Trainingsangebote oder Kreditprogramme tief in bestehende soziale Netzwerke eingreifen und diese neu strukturieren. Insbesondere wird

deutlich, dass ökonomische Initiativen nicht isoliert wirken, sondern eng mit lokalen Beziehungen, Vermittlungsstrukturen und alltäglichen Interaktionen verknüpft sind. Auf diese Weise entstehen langfristige Abhängigkeiten und Bindungen, die über reine Marktbeziehungen hinausgehen und soziale sowie ökonomische Hierarchien reproduzieren oder verstärken können (Elyachar, 2005, zit. nach Cünel, 2006)

Für länderübergreifende Vergleiche bietet der V-Dem-Index mit seinen Indikatoren zu Klientelismus und Patronage einen geeigneten empirischen Anhaltspunkt, da er systematische Unterschiede zwischen Regimetypen sichtbar macht (Nord et al., 2025). Die Daten zeigen, dass hohe Ausprägungen von Klientelismus und Patronage vor allem in autoritären und hybriden Regimen konzentriert sind, während liberale Demokratien durchweg sehr niedrige Werte aufweisen. V-Dem bestätigt zudem die anhaltende Autokratisierungswelle weltweit (1999–2024), die ein günstiges Umfeld dafür schafft.

Der Clientelism Index ist auf einer Ordinalskala von 0 bis 1 angelegt, wobei höhere Werte stärkeren Klientelismus anzeigen; der Patronage-Index misst die politische Besetzung öffentlicher Ämter auf einer Ordinalskala von 0 bis 4, wobei niedrigere Werte stärkere Patronage anzeigen.

Im Vergleich liegen etablierte westeuropäische Demokratien wie Deutschland (0,04) und Österreich (0,08) sowie nordische Länder im unteren Bereich des Clientelism-Index. Demgegenüber weisen hybride Regime in Osteuropa deutlich höhere Werte auf, etwa Serbien (0,76) und Bulgarien (0,55). Auch Staaten der Türkei-nahen MENA-Region zeigen hohe Ausprägungen, darunter Syrien (0,78), Irak (0,80) und Ägypten (0,57). Für die Türkei verzeichnen die V-Dem-Daten seit den 2010er-Jahren einen deutlichen Anstieg: Der Clientelism Index liegt dauerhaft deutlich über dem Niveau der EU-Demokratien und erreichte 2024 einen Wert von 0,64, begleitet von zunehmenden Patronage-Strukturen.

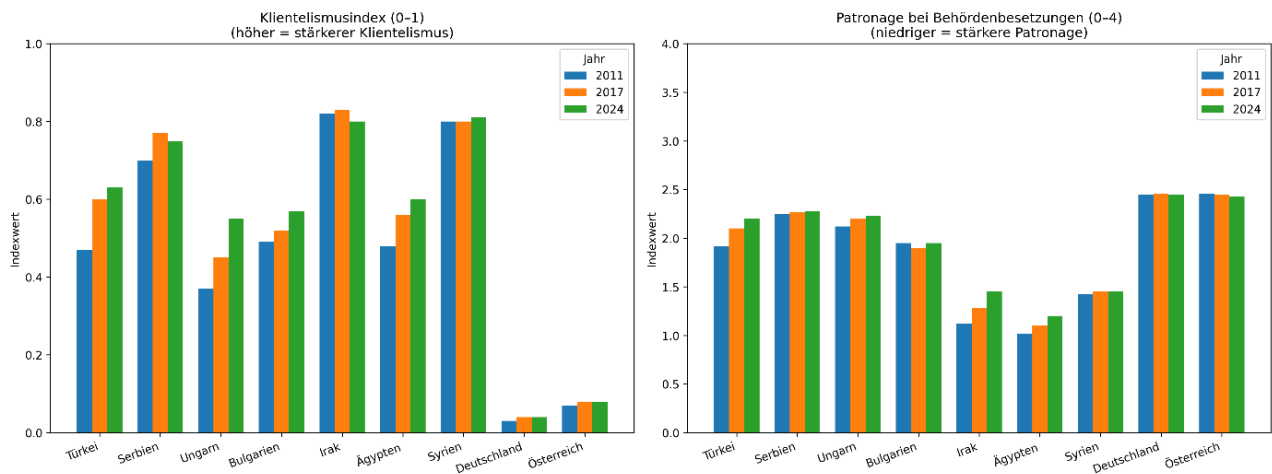


Abbildung 1: Klientelismus- und Patronagetrends im Ländervergleich (2011, 2017, 2024)¹.

2.2.3 Ausprägungen in der Türkei

Für die Türkei lassen sich mehrere Kanäle identifizieren, in denen die klientelistische und patronagebasierte Vorteilsverschaffung verstärkt auftritt und empirisch nachgewiesen wurde. Dabei sticht insbesondere der Bereich der Bau- und Vergabepolitik hervor. Studien zur öffentlichen Beschaffung zeigen, dass politisch verbundene Bauunternehmen (in der öffentlichen Debatte oft als „*Besli Cete*“ bezeichnet) überdurchschnittlich häufig große Aufträge erhalten und diese zu höheren Preisen ausführen. Diese Effekte sind besonders ausgeprägt bei großen (Mega-)Projekten und staatlich koordinierten Wohnungsbauprogrammen. Zentral ist dabei weniger der Rechtsbruch als die Ausweitung exekutiver Ermessensspielräume durch häufige Änderungen des Vergaberechts, die den Wettbewerb reduzieren (Esen & Gümüşçü, 2016, S. 1587–1589; Gürakar & Bircan, 2016, S. 1–5).

Ein weiterer zentraler Bereich ist die Sozialpolitik gegenüber urbanen Armen. Empirische Studien zeigen, dass speziell seit der AKP-Herrschaft Sozialleistungen in der Türkei in einigen Fällen nicht primär nach objektiven Bedürftigkeitskriterien verteilt wurden, sondern räumlich und zeitlich dort konzentriert wurden, wo politische Mobilisierung, Protest oder Instabilität erwartet wurden. Sozialhilfe wurde damit als Instrument politischer Befriedung und Bindung eingesetzt. Auf lokaler Ebene wird dies durch parteinahe Netzwerke (der AKP) umgesetzt, die Bedürfnisse erfassen, Zugänge vermitteln und dauerhafte Austauschbeziehungen aufbauen.

¹ Quelle: *Varieties of Democracy (V-Dem) Dataset v15 (2025)*, Datenstand 2024, eigene Auswertung (Datenabzug am 17.10.2025).

Klientelismus erscheint hier als alltägliche Praxis, die weit über Wahlkampfperioden hinausreicht (Ark-Yıldırım, 2017, 2020; Yörük, 2012).

Besonders anschaulich wird diese Steuerungslogik im Bereich der Bauamnestien und der regulativen Sonderrechte. Bauamnestien ermöglichen es, informell oder regelwidrig errichtete Gebäude nachträglich zu legalisieren. In der Türkei wurden solche Instrumente wiederholt eingesetzt, insbesondere in unmittelbarer Nähe zu Wahlen. Im Zusammenhang mit Erdbeben gilt dies als besonders problematisch, da gerade solche Gebäude oft nicht erdbebensicher sind und die Amnestien strukturelle Risiken nachträglich legitimieren. Studien zur *İmar Barışı* von 2018 (einer groß angelegten Amnestie, wörtlich “Baufrieden”) zeigen, dass durch diese Maßnahme rechtliche Unsicherheit in konkrete Vorteile übersetzt wurde, etwa durch den Zugang zu Versorgungsanschlüssen an Infrastruktur, Aufhebung von Abrissrisiken oder die rechtliche Aufwertung von Immobilien. Diese „regulativen Rechte“ wirkten wie politisch vergebene Güter (Ark-Yıldırım, 2020, S. 613–615).

Externe Bewertungen bestätigen diese strukturellen Befunde. Der *EU-Fortschrittsbericht Türkei 2024* verweist weiterhin auf Defizite bei Transparenz, öffentlicher Beschaffung und Korruptionsbekämpfung und fordert eine klarere politische Strategie zur Begrenzung exekutiver Diskretion (European Commission, 2024).

Kommunen als niederschwelliges Steuerungszentrum

Warum können Kommunen nun hierbei eine Schlüsselrolle spielen? Sie können in Systemen klientelistischer und neopatrimonialer Steuerung eine besondere Rolle einnehmen, weil sie formale staatliche Zuständigkeiten und Pläne mit alltagsnaher politischer Umsetzung verbinden können. Sie verfügen über jegliche administrativen Kompetenzen, rechtlich geregelte Entscheidungsprozesse, haben aber zugleich auch direkten Zugang zu sozialen Bedürfnissen und Erwartungen der Bevölkerung.

Die Forschung zu informellen Institutionen hilft dabei, diese Rolle analytisch einzuordnen. Helmke und Levitsky argumentieren, dass informale Praktiken und Regeln nicht außerhalb formaler Institutionen existieren, sondern diese häufig ergänzen, überlagern oder funktional umdeuten (Helmke & Levitsky, 2004).

Aufbauend auf dieser Perspektive lässt sich argumentieren, dass gerade dort, wo formale Verfahren Spielräume lassen, deren konkrete Umsetzung stark von lokalen Entscheidungen abhängen kann. Für die kommunale Ebene würde dies bedeuten, dass rechtlich korrekte

Entscheidungen – etwa zu Förderungen, Kooperationen oder Nutzungsrechten – zugleich Teil informaler Vorteilsverschaffungen sein können, ohne formale Normen offen zu verletzen.

Auch ethnographische Arbeiten wie die von Hull (2012) zeigen, dass bürokratische Verfahren in der Praxis durch alltägliche Interaktionen und informale Praktiken geprägt sind.

Kommunen sind für solche Arrangements besonders geeignet, weil sie über eine Vielzahl niedrigschwelliger Steuerungsinstrumente verfügen: soziale Dienstleistungen, Bildungs- und Freizeitangebote, Immobilienverwaltung, Stadtplanung oder Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. Diese Instrumente erlauben eine gezielte, situationsbezogene Zuteilung von Ressourcen und Zugängen, die politische Wirkung zeigen kann, ohne als zentralistische Machtentscheidung klar sichtbar zu werden. Für die vorliegende Arbeit ist diese Perspektive zentral, weil sie erklärt, warum kommunale Politik nicht als rein administrative Ebene zu verstehen ist.

Wenn Klientelismus und Patronage als alltagsnahe Governance-Mechanismen verstanden werden, rückt die Frage nach den intermediären Organisationsformen in den Vordergrund, die solche Austauschbeziehungen dauerhaft tragen. Religiöse und bildungsnahe Stiftungen können dabei als Schnittstellen wirken, weil sie Hilfe, Zugehörigkeit und Zugang zu Ressourcen organisatorisch bündeln. Abschnitt 2.3 vertieft daher, warum gerade Stiftungen im türkischen Kontext als politische Machtressourcen und als kommunal anschlussfähige Infrastruktur relevant werden.

2.3 Religiöse Stiftungen als Brücken zur Zivilgesellschaft

2.3.1 Stiftungen als intermediäre Akteure zwischen Staat, Partei und Gesellschaft

Die Analyse klientelistischer Ausprägungen auf der Meso-Ebene hat gezeigt, dass Patronage in der Türkei nicht immer primär über direkte staatliche Transfers, sondern über organisatorische Vermittler organisiert wird. Auch religiöse und bildungsbezogene Stiftungen können hierbei eine Schlüsselrolle einnehmen, da sie eine institutionelle Zwischenposition zwischen formalen staatlichen Strukturen, parteipolitischen Netzwerken und gesellschaftlichen Zielgruppen besetzen können. Ihre rechtliche Eigenständigkeit ermöglicht es ihnen, materielle Ressourcen und soziale Angebote bereitzustellen, ohne dabei in gleicher Weise in staatliche Verwaltungs- und Kontrollstrukturen eingebunden zu sein (Arbatli & Arbatli, 2025; Cammett & Issar, 2010; Latief, 2013; Vannetzel, 2017).

Empirische Studien zur Türkei zeigen, dass diese Vermittlerrolle von Stiftungen nicht zufällig entsteht, sondern eng mit lokalen politischen Strukturen verbunden ist. Quantitative Analysen kommunaler Wahlen belegen, dass religiöse Vereinigungen in von der AKP regierten Gemeinden signifikant häufiger entstehen und eine vermittelnde Rolle zwischen Politik und Bevölkerung einnehmen. Sie wirken dabei als organisatorische Knotenpunkte, über die soziale Kontakte gebündelt und politische Bindungen gestärkt werden. Durch ihre Präsenz in Nachbarschaften, Jugendangeboten und familiären Kontexten erreichen sie gesellschaftliche Bereiche, die formale Parteistrukturen allein nur begrenzt erschließen könnten (Arbatli & Arbatli, 2025, S. 964–965).

Analytisch lässt sich diese Vermittlerrolle mit dem Konzept der *indirect political patronage* (IPP) erfassen. IPP beschreibt Konstellationen, in denen politische Loyalität nicht über direkte staatliche Leistungen entsteht, sondern über vermittelnde Organisationen, die staatlich unterstützt, rechtlich begünstigt oder informell politisch eingebunden sind. Religiöse Stiftungen als *faith-based organizations* (FBOs) fungieren in diesem Zusammenhang als dauerhafte Vermittlungsstellen, über die soziale Unterstützung, Wohlfahrtsleistungen und Bildungsangebote bereitgestellt werden und zugleich Abhängigkeitsverhältnisse entstehen (Köse, 2019, S. 1–2). Die politische Wirkung dieser Praktiken beruht darauf, dass sie nicht offen als politische Steuerung auftreten, sondern sich über wiederholte Kontakte, selektiven Zugang zu Ressourcen und langfristige soziale Bindungen entfalten. Politische Loyalität wird somit indirekt erzeugt, indem FBOs “create dependency on and cultivate loyalty to the government through the distribution of social assistance” (Köse, 2019, S.2).

2.3.2 Bildung, Wohlfahrt und Religion als Infrastruktur politischer Herrschaft

Die besondere politische Bedeutung religiöser und bildungsbezogener Stiftungen liegt in den Tätigkeitsfeldern, in denen sie aktiv sind. Bildung, Jugendförderung und soziale Wohlfahrt sind zentrale Felder, über die politische Akteure langfristig auf gesellschaftliche Gruppen einwirken können. Durch kontinuierliche Bildungs- und Unterstützungsangebote können politische Ordnungen im Alltag verankert und über soziale Beziehungen sowie wiederkehrende Interaktionen stabilisiert werden. Diese Wirkungslogik lässt sich nicht nur im türkischen Kontext beobachten, sondern wird auch durch vergleichende Forschung zu unterschiedlichen politischen Systemen gestützt.

Für den Libanon zeigte die Forschung, dass politische Parteien, die entlang religiöser Gemeinschaften organisiert sind (sogenannte sektiererische Parteien, d. h. Parteien, deren

Mobilisierung und Unterstützung stark an religiöse Zugehörigkeiten gebunden sind), soziale Dienstleistungen gezielt zur Stabilisierung politischer Bindungen einsetzen. Wohlfahrtseinrichtungen, Schulen und Gesundheitseinrichtungen dienen dabei nicht nur der Versorgung, sondern fungieren als dauerhafte Anlaufstellen politischer Nähe und Sichtbarkeit. Auffällig ist, dass soziale Leistungen nicht ausschließlich an die eigene religiöse Gruppe vergeben wurden, sondern bewusst auch an Außenstehende, um lokale Einflussräume auszuweiten und politische Präsenz zu sichern (Cammett & Issar, 2010, S. 386–390). Wohlfahrt übernimmt damit eine räumlich gebundene politische Funktion, indem sie politische Zugehörigkeit im Alltag sichtbar und erfahrbar macht.

Ähnliche Muster ließen sich für Indonesien beobachten, wo parteinahe islamische Wohlfahrtsorganisationen zunehmend in politische Strategien eingebunden sind (Latief, 2013, S. 338–339). Karitative Aktivitäten dienen hier nicht allein der Armutsbekämpfung, sondern werden genutzt, um soziale Netzwerke aufzubauen, politische Bindungen zu vertiefen und parteipolitische Präsenz moralisch zu legitimieren. Religiöse Wohltätigkeit und Parteipolitik greifen dabei ineinander, sodass klientelistische Beziehungen nicht als politische Abhängigkeit, sondern als legitime Form sozialer Fürsorge erscheinen. Diese Entwicklung steht zugleich im Kontext einer umfassenderen staatlichen Einbindung religiöser Institutionen in politische Governance-Strukturen in Indonesien (Bruinessen, 2018, S. 12–15).

Auch im ägyptischen Kontext zeigt sich eine enge Verbindung zwischen religiöser Wohlfahrt und politischer Ordnung (Vannetzel, 2017, S. 3–6). Am Beispiel der Muslimbruderschaft wird deutlich, dass religiöse Sozialarbeit als Teil einer breiteren gesellschaftlichen Verankerung interpretiert werden kann. Lokale Wohlfahrtsnetzwerke fungierten als Schnittstellen zwischen Staat und Bevölkerung und ermöglichten eine Form *konfliktualer Kooperation* („conflictual consensus“, Vannetzel, 2017, S. 2). Wohlfahrt erscheint hier somit nicht als Gegenmodell zum Staat, sondern als gemeinsamer Handlungsraum, in dem staatliche und religiöse Akteure soziale Ordnung stabilisieren aber auch gleichzeitig konkurrieren und kooperieren.

Diese vergleichenden Befunde legen nahe, dass religiöse und bildungsbezogene Organisationen in unterschiedlichen politischen Kontexten eine wichtige Rolle für die Stabilisierung politischer Ordnung spielen können. Sie können dazu beitragen, soziale Ungleichheiten stärker als Frage moralischer Unterstützung zu behandeln, und fördern zugleich langfristige Bindungen, soziale Netzwerke und politische Loyalitäten – insbesondere unter jungen Bevölkerungsgruppen.

2.3.3 Kommunale Kooperationen, Kooptation und hybride Governance

Die politische Wirksamkeit solcher religiöser und bildungsbezogener Stiftungen entfaltet sich besonders auf der lokalen Ebene, wo formale staatliche Zuständigkeiten, kommunale Ressourcen und zivilgesellschaftliche Aktivitäten unmittelbar ineinandergreifen (Arbatli & Arbatli, 2025, S. 963–965). Kommunen treten dabei nicht nur als Verwaltungsinstanzen auf, sondern spielen eine aktive Rolle bei der Unterstützung und Einbindung ausgewählter zivilgesellschaftlicher Akteure, insbesondere solcher, die mit der politischen Führung kompatibel sind. Auf diese Weise schaffen sie günstige Rahmenbedingungen für Organisationen, die zwischen Politik und Gesellschaft vermitteln und staatliche Politik im Alltag umsetzen helfen (Toepler et al., 2020, S. 649–652; Yabanci, 2019, S. 2–4). Durch Kooperationsvereinbarungen, Immobilienüberlassungen, infrastrukturelle Unterstützung und gemeinsame Programme wird Zusammenarbeit institutionalisiert, die rechtlich legitim, politisch jedoch hochgradig selektiv ist (Arbatli & Arbatli, 2025, S. 967).

Die Einbindung religiöser und bildungsbezogener Stiftungen auf kommunaler Ebene lässt sich theoretisch in die breitere Forschung zu Zivilgesellschaft in hybriden und autoritären Regimen einordnen, wobei verschiedene Aspekte dieses Zusammenspiels betont werden. Gerschewski versteht dabei besonders Kooptation als eine grundlegende Stütze politischer Stabilität neben Legitimation und Repression („three pillars“) und argumentiert, dass zivilgesellschaftliche Organisationen nicht grundsätzlich ausgeschlossen, sondern gezielt eingebunden werden, um Unterstützung zu sichern, potenzielle Opposition zu integrieren und bestehende Ordnungen abzusichern (Gerschewski, 2013, S. 13–15, 20–21). Religiöse Stiftungen erfüllen in diesem Rahmen eine stabilisierende Funktion, indem sie soziale Bedürfnisse aufgreifen und politische Ordnungsvorstellungen im Alltag normalisieren.

Andere Arbeiten richten den Blick stärker auf die konkrete Ausgestaltung dieser Einbindung. Staatliche Akteure unterscheiden gezielt zwischen unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen: Während oppositionelle Gruppen eingeschränkt oder unter Druck gesetzt werden, erfahren serviceorientierte und politisch anschlussfähige Organisationen gezielte Unterstützung und Kooperation (Toepler et al., 2020, S. 654). Zivilgesellschaft erscheint hier weniger als eigenständiger politischer Raum, sondern als Feld selektiver Zusammenarbeit, in der soziale Dienstleistungen in staatliche und kommunale Steuerungsprozesse eingebunden werden. Ergänzend meint Lorch, dass diese Prozesse nicht allein von staatlicher Seite ausgehen. Zivilgesellschaftliche Akteure passen sich in autoritären Kontexten teilweise bewusst an, um Ressourcen zu sichern, handlungsfähig zu bleiben und Repression zu vermeiden (Lorch, 2023,

S. 395–397, 403–405). Diese Anpassung, so argumentiert sie weiter, stärkt jedoch bestehende Machtverhältnisse und schwächt oppositionelle Netzwerke. Für die Türkei verwendet Yabanci hier den Begriff „gezähmte Zivilgesellschaft“, die zwar wächst, zugleich aber politisch kontrolliert und selektiv eingebunden bleibt (Yabanci, 2019). Zusammengefasst verdeutlichen diese Ansätze, dass kommunale Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren keine Ausnahme darstellen, sondern als eine häufig beobachtbare Form lokaler Steuerung in kompetitiv-autoritären Kontexten zu sehen sind.

Vor diesem Hintergrund lassen sich kommunale Kooperationen mit religiösen Stiftungen als Teil hybrider Governance verstehen, in der formale Institutionen und informelle Netzwerke systematisch verschränkt werden. Kommunen stellen die Ressourcen bereit, während Stiftungen gesellschaftliche Reichweite, normative Legitimation anregen und langfristige Bindungen erzeugen. Diese Arrangements ermöglichen politische Stabilisierung, ohne dabei auf offene Repression oder explizite parteipolitische Mobilisierung angewiesen zu sein.

Dieser Abschnitt hat gezeigt, dass religiöse und bildungsbezogene Stiftungen nicht nur materielle Patronage vermitteln, sondern auch als langfristige Infrastruktur politischer Ordnung wirken. Zustimmung und Loyalität entstehen dabei nicht ausschließlich durch Zwang, sondern durch alltägliche Praktiken, soziale Einbindung und geteilte Wertvorstellungen. Diese Beobachtungen legen eine Perspektive nahe, politische Macht nicht nur als institutionelle Kontrolle zu verstehen, sondern als gesellschaftlich verankerte Zustimmung. Der folgende Abschnitt greift nun diese Perspektive mit Bezug auf Antonio Gramsci auf.

2.4 Hegemonie, Zivilgesellschaft und Bildung bei Gramsci

Antonio Gramscis Überlegungen bilden einen eigenständigen Schwerpunkt meiner Arbeit, weil sie den theoretischen Kern für das Verständnis von Macht, Bildung und Religion im untersuchten Kontext liefern. Sein Verständnis von Hegemonie ist nicht nur begrifflich anschlussfähig an die zuvor diskutierten Ansätze zu Klientelismus, Kooptation und Zivilgesellschaft, sondern hilft später auch die Interpretation der empirischen Befunde zu auf der Meta-Ebene zu betrachten. Gramsci versteht Macht nämlich nicht primär als formale Herrschaftsausübung oder bloße Kontrolle staatlicher Institutionen, sondern als gesellschaftlichen Prozess der Herstellung von Zustimmung (consent). Gerade weil sich religiöse Netzwerke, Bildungstiftungen, oder die Diyanet im Bereich von Erziehung, Moral und Alltagsorganisation bewegen, ist sein Ansatz zentral, um ihre politische Relevanz analytisch zu verstehen.

2.4.1 Hegemonie und der integrale Staat

Hegemonie bedeutet bei Gramsci Führung (leadership) durch Zustimmung und nicht bloße Herrschaft durch Zwang. Stabile Herrschaft beruht auf einer Kombination von „force and consent“ (Gramsci, 1971, S. 248). Gewalt verschwindet dabei nicht, sie tritt jedoch nicht als dominierendes Element offen hervor, sondern wird durch gesellschaftliche Zustimmung überlagert.

Entscheidend ist, dass Zustimmung kein spontanes Einverständnis darstellt. Der Staat „does have and request consent, but it also ‘educates’ this consent“ (Gramsci, 1971, S. 527). Zustimmung wird somit aktiv organisiert, reproduziert und stabilisiert. Hegemonie ist deshalb strukturell pädagogisch angelegt: „Every relationship of ‘hegemony’ is necessarily an educational relationship“ (Gramsci, 1971, S. 666). Herrschaft ist daher immer auch ein Prozess der Formung von Ordnungs-, und Normalitätsvorstellungen und Wertorientierungen in der Gesellschaft.

Für die vorliegende Arbeit ist dieser Gedanke zentral. Wenn religiöse und bildungsbezogene Stiftungen kontinuierlich Kurse, Jugendprogramme, Wohnheime oder Werteerziehung anbieten, handeln sie nicht nur im sozialen, sondern im hegemonialen Raum. Sie wirken an der Herstellung jener Zustimmung mit, die politische Stabilität langfristig absichern soll.

Gramscis verankert diese Überlegungen in einer umfassenden Staatstheorie: Der Staat wird nicht als Gegenpol zur Gesellschaft verstanden, sondern als „political society + civil society“ (Gramsci, 1971, S. 532). Die politische Gesellschaft umfasst Regierung, Verwaltung, Recht und Polizei – also die institutionellen Zwangsmittel. Die Zivilgesellschaft hingegen besteht aus Vereinen, Kirchen, Bildungsinstitutionen, Medien (bei Gramsci: Presse) und anderen gesellschaftlichen Organisationen, in denen Zustimmung im Alltag erzeugt wird. Diese Verschränkung beschreibt Gramsci als „hegemony protected by the armour of coercion“ (Gramsci, 1971, S. 532). Hegemonie entsteht in der Zivilgesellschaft, wird jedoch durch staatliche Zwangsmittel abgesichert. Damit sind manche formal private Organisationen analytisch nicht außerhalb des Staates zu verorten, sondern als Teil eines erweiterten staatlichen Projekts zu sehen.

Besonders aufschlussreich ist Gramscis Vorstellung, dass moderne Herrschaft nicht allein auf formalen staatlichen Institutionen beruht, sondern auf einem dichten Netz gesellschaftlicher Organisationen und Routinen, die Stabilität im Alltag sichern. Der Staat sei nur ein „outer ditch“, also gewissermaßen der äußere Graben, hinter dem sich ein System gesellschaftlicher

Sicherungen und Stützstrukturen befindet (Gramsci, 1971, S. 494). Diese beschreibt er als „fortresses and earthworks“ (Gramsci, 1971, S. 494) – eine Metapher für jene Institutionen und Organisationen, die Zustimmung im gesellschaftlichen Raum verankern. Damit verschiebt sich der analytische Blick von der Regierung allein auf die Vielzahl gesellschaftlicher Einrichtungen, in denen politische Ordnung im Alltag reproduziert wird.

Überträgt man diese Perspektive auf die kommunale Ebene, können institutionelle Arrangements wie Bildungsangebote, Jugendprogramme oder Kooperationsstrukturen als Teil solcher gesellschaftlichen Stützstrukturen verstanden werden.

2.4.2 Bildung und Religion als Träger von Hegemonie

Im Zentrum hegemonialer Stabilisierung steht für Gramsci die Formung des Alltagsbewusstseins. Zustimmung wird wesentlich über „common sense“ hergestellt – jene gesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten und Alltagsüberzeugungen, durch die Menschen ihre soziale Wirklichkeit verstehen. Nach Gramsci sind die „principal elements of common sense [...] provided by religion“ (Gramsci, 1971, S. 770). Religion ist damit keine bloße private Glaubenspraxis, sondern ein zentraler Bezugspunkt, wo solche gesellschaftlichen moralischen Orientierungen und Vorstellungen geprägt werden.

Gramsci beschreibt die „spontane Philosophie“ der Vielen als enthalten in „‘common sense’ ... [and] popular religion“ (Gramsci, 1971, S. 626). Weltbilder, Moralvorstellungen und Normalitätsannahmen werden in religiösen und kulturellen Praktiken verankert. Hegemonie wirkt hier somit nicht durch offene Ideologievermittlung, sondern als alltägliche Selbstverständlichkeit, an die sich die Bürger:innen gewöhnen.

Auch das Bildungssystem ist bei Gramsci eng mit der Frage verbunden, wie gesellschaftliche Rollen reproduziert werden. Der „type of school“ sei so organisiert, dass er die Rekrutierung bestimmter Gruppen in die gesellschaftliche Führungsschicht („governing stratum“) strukturiert (Gramsci, 1971, S. 40). Zustimmung entsteht dadurch nicht von selbst, sondern wird über langfristige Bildungs- und Sozialisationsprozesse geformt. Regierung mit „consent of the governed“ bedeutet daher nicht nur formale Zustimmung, sondern ein aktiv hergestelltes Einverständnis (Gramsci, 1971, S. 525).

Für den untersuchten Kontext meiner Arbeit wird damit analytisch sichtbar, warum Bildung und Religion für politische Machthaber von zentraler Bedeutung sind. Religiöse Stiftungen und Bildungsprojekte oder Programme der Diyanet können als Räume gelesen werden, in denen *common sense*, Moral und Loyalitätsvorstellungen geformt werden. Sie können als

Infrastruktur hegemonialer Stabilisierung dienen, indem sie Zustimmung nicht nur mobilisieren, sondern langfristig selbst sozial produzieren und fördern.

Gramscis Ansatz ermöglicht es somit, religiöse und bildungsbezogene Akteure weder als bloße NGOs noch als rein spirituelle Einrichtungen zu betrachten, sondern als zentrale Träger gesellschaftlicher Ordnung, die aktiv an der Herstellung von Zustimmung beteiligt sind. Damit bietet seine Theorie eine geeignete Metaebene, um zu verstehen, wie politische Stabilität nicht allein durch staatliche Kontrolle entstehen kann, sondern durch gesellschaftlich verankerte Prozesse der Sinn-, Werte- und Loyalitätsbildung. Die Verbindungen zwischen Kommune, Staat und Stiftungen lassen sich so als Teil dieser Prozesse lesen, durch die Zustimmung organisiert und politische Ordnung im Alltag abgesichert werden soll.

3 Historische Entwicklung und moderne Bedeutung von Religion in der Türkei

Im vorausgegangenen Kapitel wurden die theoretischen Grundlagen zum Verständnis der Funktionsweise von hybriden Regimen, Klientelismus & Patronage, Stiftungen als intermediäre Akteure und staatlicher Hegemonie diskutiert und vorgestellt, um das Zusammenspiel von Staat, Kommune und zivilgesellschaftlichen Organisationen systematisch zu erfassen. Insbesondere die Perspektive nach Gramsci hat verdeutlicht, dass politische Stabilität nicht allein auf institutioneller Kontrolle beruht, sondern auf der langfristigen Organisation gesellschaftlicher Zustimmung – vermittelt über Bildung, Kultur und Religion.

Um diese theoretischen Überlegungen konkret auf mein Forschungsgebiet in Üsküdar, Istanbul anwenden zu können, bedarf es nun einer historischen und institutionellen Einordnung der Rolle von Religion und Bildung im politischen System der türkischen Republik. Kapitel 3 verschiebt daher den Fokus auf die spezifischen strukturellen Bedingungen, unter denen religiöse Akteure in der Türkei politisch wirksam werden konnten und heutzutage handeln.

3.1 Säkularisierung und gegenwärtige Entwicklungen

3.1.1 Laiklik und die staatliche Regulierung von Religion

Das Verhältnis von Staat und Religion in der Türkei ist historisch durch eine spezifische Form des Säkularismus geprägt. Der türkische *Laizismus* (*laiklik*) zielte weniger auf eine vollständige Trennung von Staat und Religion als auf deren institutionelle Regulierung und Integration in

staatliche Strukturen. Ein zentrales Instrument hierfür war die Gründung des Präsidiums für Religionsangelegenheiten (Diyanet) im Jahr 1924, das religiöse Angelegenheiten administrativ organisiert und direkt dem Staat unterstellt ist (Kuru, 2009, S. 12–15, 103–105; Zürcher, 2017). Die laizistische Ordnung wurde zudem in den Verfassungen von 1924, 1961 und 1982 verankert, die den säkularen Charakter des Staates bestätigten und zugleich die Rolle staatlicher Institutionen in der Verwaltung religiöser Angelegenheiten festschrieben (Kaya, 2018, S. 79–83).

Die historischen Wurzeln dieser Ordnung liegen in den Reformprozessen des späten Osmanischen Reiches. Die Tanzimat-Ära (ab 1839) führte zu einer stärkeren Zentralisierung der Verwaltung und schwächte traditionelle religiöse Institutionen, etwa durch die schrittweise Auflösung des Millet-Systems und den Ausbau einer modernen Bürokratie (Kuru, 2009, S. 73–77; Zürcher, 2017, S. 44–50). Innerhalb der reformorientierten Elite entwickelten sich unterschiedliche ideologische Strömungen. Die Jung-Ottomanen (ca. 1865–1876) versuchten konstitutionelle Reformen mit islamischer Tradition zu verbinden, während die Jungtürken (ab etwa 1889 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs 1918) stärker von europäischen politischen und wissenschaftlichen Ideen geprägt waren und eine positivistische, zentralstaatliche und nationalistische Modernisierung vertraten (Kuru, 2009, S. 75–85). Diese Strömungen bildeten eine wichtige ideologische Grundlage für die spätere republikanische Reformpolitik.

Mit der Gründung der Republik 1923 wurde dieser Modernisierungsprozess deutlich intensiviert. Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg verfolgte der neue Staatspräsident und „nationaler Führer“ Mustafa Kemal („Atatürk“) das Ziel, einen modernen Nationalstaat zu schaffen, der sich bewusst von der osmanisch-islamischen politischen Ordnung abgrenzen sollte (Kuru, 2009, S. 102–105; Zürcher, 2017, S. 180–185). Die kemalistische Ideologie betonte nationale Einheit, Säkularismus und Wissenschaft und war stark von Zentralstaatlichkeit und positivistischem Denken geprägt. Der türkische Laizismus orientierte sich dabei an europäischen Vorbildern, insbesondere am französischen Modell der *laïcité* (Kuru, 2009, S. 108–110). Symbolpolitische Reformen sollten diese kulturelle Neuausrichtung sichtbar machen, etwa das Verbot von Fez und Turban im Jahr 1925 oder die Einführung des lateinischen Alphabets 1928 (Zürcher, 2017, S. 188–192).

Gleichzeitig blieb Religion gesellschaftlich weiterhin ein wichtiger Bezugspunkt. Mardin beschreibt die osmanische Gesellschaft als durch eine strukturelle Spannung zwischen einem bürokratisch-staatlichen Zentrum und einer stärker religiös orientierten gesellschaftlichen Peripherie geprägt. Während die reformorientierte Elite zunehmend säkularisierte und westlich

orientierte Bildungsinstitutionen entwickelte, blieb Religion für große Teile der Bevölkerung ein zentraler Bestandteil sozialer und kultureller Ordnung (Mardin, 1973, S. 169–173).

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die türkische Religionspolitik zu einem langfristigen Konfliktfeld. Kuru unterscheidet zwischen „assertivem“ und „passivem“ Säkularismus. Der kemalistische Ansatz des assertiven Säkularismus versteht Säkularismus als umfassendes gesellschaftliches Ordnungsprinzip und versucht, Religion weitgehend aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Konservative Kräfte vertreten hingegen eher eine Form des passiven Säkularismus, die religiöse Sichtbarkeit im öffentlichen Raum akzeptiert und Religion eine stärkere gesellschaftliche Rolle zuschreibt. Die Spannungen zwischen diesen beiden Positionen prägen die türkische Religionspolitik bis heute (Kuru, 2009, S. 12–15).

In der Forschung wird zudem unterschiedlich bewertet, wie stark dieser Säkularismus einen Bruch mit der osmanischen Vergangenheit darstellt. Während Zürcher (Zürcher, 2017) den kemalistischen Laizismus als klaren Bruch mit der osmanisch-islamischen politischen Ordnung interpretiert, betont Kuru (Kuru, 2009), dass neben radikalen Reformen auch institutionelle Kontinuitäten bestehen, etwa in der fortgesetzten staatlichen Kontrolle religiöser Institutionen. Unabhängig von dieser Debatte zeigt sich jedoch, dass Religion in der Türkei historisch nie vollständig aus der politischen Ordnung ausgeschlossen wurde, sondern dauerhaft in staatliche Strukturen eingebunden blieb.

3.1.2 Repolitisierung und gesellschaftlicher Wandel seit den 1990er Jahren

Die Rolle der Religion in der türkischen Politik hat sich seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts jedoch schrittweise verändert. Während der kemalistische Staat Religion zunächst stark einschränkte – etwa durch die Abschaffung religiöser Bildungseinrichtungen zwischen 1924 und 1937 oder durch Verbote religiöser Kleidung und Titel –, kam es nach der Einführung des Mehrparteiensystems zu einer vorsichtigen Lockerung dieser Politik (Kuru, 2009, S. 102–105, 108–110). Mit dem Wahlsieg der *Demokrat Parti* im Jahr 1950 wurden religiöse Praktiken teilweise rehabilitiert, etwa durch Religionsunterricht oder den Ausbau von Imam-Hatip-Schulen, religiös ausgerichtete staatliche Sekundarschulen, die ursprünglich zur Ausbildung von Imamen und Predigern eingerichtet wurden. Dennoch blieb Religion weiterhin ein politisch reguliertes Feld, das durch staatliche Kontrolle und wiederholte militärische Interventionen geprägt war (Kuru, 2009, S. 115–118).

Seit den 1990er Jahren entwickelte sich Religion zunehmend zu einem zentralen politischen Konfliktfeld. Der Aufstieg islamisch geprägter Parteien – insbesondere der Wohlfahrtspartei

unter Necmettin Erbakan – verstärkte die Polarisierung zwischen säkularen und religiösen Kräften und führte schließlich zum sogenannten „postmodernen Putsch“ von 1997, mit dem das Militär die islamisch geprägte Regierung zum Rücktritt zwang (Kuru, 2009, S. 118–122). Gleichzeitig gewann Religion gesellschaftlich an Sichtbarkeit, und es entstand eine neue religiös geprägte politische und wirtschaftliche Elite (White, 2011, S. 55–57, 79).

Parallel dazu veränderten sich auch gesellschaftliche Einstellungen. Umfragen zeigen, dass religiöse Selbstidentifikation und die Akzeptanz religiös geprägter Parteien zwischen Ende der 1990er und Mitte der 2000er Jahre deutlich zunahm (Çarkoğlu et al., 2007, S. 13–15). Diese Entwicklung lässt sich weniger auf eine Abkehr vom säkularen Staat hin als auf eine wachsende Forderung nach stärkerer religiöser Sichtbarkeit und Partizipation im öffentlichen Raum interpretieren. In diesem gesellschaftlichen Klima konnte sich die AKP als politischer Akteur etablieren, der religiöse Werte stärker in den politischen Diskurs integrierte.

Ein zentraler Konfliktpunkt dieser Entwicklung war die Kopftuchdebatte. Während säkulare Eliten das Kopftuch häufig als politisches Symbol und potenzielle Bedrohung für die republikanische Ordnung interpretierten, betrachteten religiöse Gruppen es primär als Ausdruck individueller Religionsfreiheit. Damit wurde das Kopftuch zu einem symbolischen Marker für den gesellschaftlichen Aufstieg religiös geprägter Milieus und ihre Forderung nach stärkerer politischer und sozialer Teilhabe (Çarkoğlu et al., 2007, S. 62–67; Kuru, 2009, S. 150–155).

Mit dem Regierungsantritt der AKP im Jahr 2002 verschoben sich diese Dynamiken weiter. Die Partei nutzte bestehende institutionelle Strukturen – etwa die Diyanet oder religiöse Bildungsinstitutionen – und weitete deren Bedeutung im öffentlichen Leben aus (Çevik, 2022, S. 1–2, 5–7). Gleichzeitig lassen sich in Politik und öffentlicher Symbolik verstärkte Bezüge zur osmanischen Vergangenheit erkennen, die in der Forschung teilweise als „Re-Ottomanisierung“ interpretiert werden (Zürcher, 2017, S. 302–306).

Insgesamt zeigt sich damit eine langfristige Entwicklung der türkischen Politik: Während der frühe Republikanismus auf einen strikt kontrollierenden Laizismus setzte, hat sich das Verhältnis von Staat, Politik und Religion schrittweise in Richtung stärkerer religiöser Präsenz im öffentlichen Raum verschoben.

Entwicklung und Ausweitung der Diyanet

Eine zentrale Rolle in der religiösen Politik der Türkei spielt das angesprochene Präsidium für Religionsangelegenheiten (*Diyanet İşleri Başkanlığı*). Die Institution wurde, wie bereits erwähnt, 1924 im Zuge der republikanischen Reformen gegründet und entstand aus der

Auflösung des osmanischen Ministeriums für religiöse Angelegenheiten. Ziel war es, religiöse Aktivitäten nicht vollständig aus dem Staat herauszuholen, sondern sie administrativ zu organisieren und unter staatliche Kontrolle zu stellen (Kaya, 2018, S. 83–85; Zürcher, 2017, S. 181–184). In diesem Sinne kann die Diyanet sowohl als Fortführung osmanischer Verwaltungsstrukturen als auch als Instrument der neuen republikanischen Ordnung verstanden werden (Kaya, 2018, S. 84–86).

Im Laufe der republikanischen Geschichte durchlief die Institution mehrere Phasen institutioneller Anpassung. Während sie zunächst vor allem der Kontrolle religiöser Praxis diente, wurde ihr Aufgabenbereich schrittweise erweitert. Ein wichtiger Meilenstein war das Gesetz Nr. 633 von 1965, das der Diyanet umfassendere Befugnisse im religiösen Verwaltungsbereich verlieh. Weitere Reformen – insbesondere das Gesetz Nr. 6002 von 2010 – erweiterten ihre organisatorischen Kapazitäten und institutionellen Zuständigkeiten weiter (Kaya, 2018, S. 83–87). Die Organisation ist heute stark bürokratisiert und umfasst eine zentrale Verwaltung in Ankara, regionale Provinzstellen sowie internationale Strukturen, über die religiöse Aktivitäten auch im Ausland koordiniert werden (Kaya, 2018, S. 85–88).

Unter der AKP-Regierung hat die Diyanet jedoch eine deutlich veränderte politische Bedeutung erhalten. Während sie in der frühen Republik primär als Instrument zur Kontrolle religiöser Praxis fungierte, entwickelte sie sich zunehmend zu einem zentralen Akteur staatlicher Religionspolitik. Personal und Budget der Institution wuchsen erheblich, während gleichzeitig ihre institutionelle Stellung innerhalb des Staates gestärkt wurde (Çevik, 2019; Gozaydin, 2014; Öztürk, 2016). Die Diyanet beschäftigte 2019 über 140.000 Mitarbeiter, während sich ihr Budgetanteil seit dem Amtsantritt der AKP ungefähr verdoppelt hat (Çevik, 2019, S. 2–3). Parallel dazu erweiterte sich auch das Aufgabenfeld der Behörde erheblich. Neben der Verwaltung von Moscheen und religiösem Personal entwickelte die Diyanet zunehmend eigene Medien-, Bildungs- und Beratungsstrukturen, etwa durch einen eigenen Fernsehsender und religiöse Bildungsprogramme (Gozaydin, 2014, S. 11–13; Öztürk, 2016, S. 6–8). Über solche Formate kann die Institution religiöse Normen unmittelbar in gesellschaftliche Debatten und alltägliche Lebenspraktiken einbringen. Gleichzeitig fungiert sie zunehmend auch als außenpolitischer Akteur, etwa durch den Bau von Moscheen im Ausland oder die Entsendung von Imamen in europäische Länder mit großen türkischen Diaspora-Gemeinschaften (Gozaydin, 2014, S. 12–13; Öztürk, 2016, S. 7–8).

Diese Entwicklung hat auch Kritik hervorgerufen. Beobachter verweisen darauf, dass die Diyanet zunehmend als Instrument staatlicher Einflussnahme wahrgenommen wird, die

religiöse Vielfalt nur begrenzt abbildet und insbesondere sunnitische Interpretationen des Islams privilegiert. Minderheiten wie Aleviten fühlen sich durch die Institution häufig nicht repräsentiert, während Kritiker generell eine starke politische Einflussnahme auf religiöse Diskurse bemängeln (Kaya, 2018, S. 88–90).

Aus analytischer Perspektive lässt sich diese Entwicklung auch mit Gramscis Hegemoniekonzept einordnen. In Gramscis Verständnis entsteht politische Stabilität eben nicht allein durch staatliche Autorität, sondern durch die Organisation gesellschaftlicher Zustimmung, die über Bildung, Religion und alltägliche Institutionen vermittelt wird. Die Entwicklung der Diyanet kann daher als Teil jener Strukturen verstanden werden, über die religiöse Normen und moralische Vorstellungen in den gesellschaftlichen *common sense* eingehen. Die zuvor beschriebenen Ungleichgewichte in der Repräsentation verweisen dabei darauf, dass hegemoniale Ordnung nicht neutral ist, sondern bestimmte Deutungen privilegiert und andere marginalisiert.

Insgesamt verdeutlicht die Entwicklung der Diyanet die strukturelle Besonderheit der türkischen Religionspolitik. Religion ist weder vollständig vom Staat getrennt noch ausschließlich privatisiert, sondern institutionell in staatliche Verwaltungsstrukturen eingebunden. Unter der AKP hat sich diese Struktur jedoch weiter verändert: Die Behörde fungiert zunehmend als Teil einer breiteren politischen Strategie, in der religiöse Institutionen, Bildungsstrukturen und gesellschaftliche Netzwerke stärker miteinander verknüpft werden (Çevik, 2019; Kaya, 2018; Öztürk, 2016).

3.1.3 Neuzentrierung unter der AKP: Ausbau institutioneller Religionspolitik

Mit dem Regierungsantritt der AKP im Jahr 2002 veränderte sich die Rolle von Religion im politischen System der Türkei zunehmend. Während der kemalistische Staat Religion vor allem kontrollieren und institutionell begrenzen wollte, entwickelte sich unter der AKP eine Politik, die religiöse Institutionen stärker in staatliche und gesellschaftliche Strukturen integrierte. Präsident Recep Tayyip Erdoğan formulierte dieses Ziel wiederholt als Aufbau einer „frommen Generation“ (*pious generation*), die religiöse Werte stärker im öffentlichen und politischen Leben verankern sollte (Çevik, 2019, S. 3).

Diese Strategie beruhte auf mehreren miteinander verbundenen Instrumenten. Erstens nutzte die Regierung staatliche Institutionen und Ressourcen verstärkt zur Definition und Steuerung religiöser Diskurse. Zweitens wurden religiöse Gemeinschaften und Organisationen enger in staatliche und parteipolitische Strukturen eingebunden. Drittens entstanden neue religiöse

Organisationen, häufig in Form von familiennahen Stiftungen (*vakıf*), die religiöse Bildung, soziale Dienstleistungen und Jugendarbeit organisierten (Çevik, 2019, S. 1–3). Religion kann damit als Teil eines breiteren politischen und gesellschaftlichen Ordnungsprojekts verstanden werden.

Ein zentrales Element dieser Entwicklung ist der Ausbau religiöser Bildungseinrichtungen. Imam-Hatip-Schulen (İmam Hatip Okulları), ursprünglich zur Ausbildung religiösen Personals eingerichtet, wurden nach dem militärischen Eingriff von 1997 zunächst stark eingeschränkt. Unter der AKP begann jedoch eine gezielte Re-Institutionalisierung dieser Schulen. Ihre Zahl und Schülerzahlen stiegen erheblich an: Während im Jahr 2002 rund 84.000 Schüler in etwa 450 Schulen eingeschrieben waren, besuchten 2017 bereits über 1,3 Millionen Schüler mehr als 4.000 Imam-Hatip-Schulen (Alemdaroğlu, 2018).

Diese Schulen erfüllen dabei mehrere Funktionen. Einerseits stellen sie für religiös-konservative Familien eine attraktive Bildungsalternative dar, etwa weil religiöse Praktiken wie das Tragen des Kopftuchs im schulischen Alltag möglich sind. Andererseits fungieren sie als wichtige soziale Netzwerke, in denen Lehrer, Schüler und Eltern eng miteinander verbunden sind. Diese Netzwerke sind wiederum mit politischen Parteien, staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen verknüpft und können als Kanäle sozialer Mobilität sowie potenzieller politischer Rekrutierung dienen (Alemdaroğlu, 2018; Çevik, 2019). Imam-Hatip-Schulen fungieren damit nicht nur als Bildungseinrichtungen, sondern auch als langfristige Rekrutierungsräume religiös-konservativer Eliten.

Diyanet und Imam-Hatip-Schulen bilden dabei eine komplementäre Infrastruktur religiöser Politik. Während die Diyanet religiöse Praxis im Alltag organisiert und religiöse Diskurse auf nationaler Ebene prägt, tragen Imam-Hatip-Schulen zur langfristigen ideologischen und sozialen Reproduktion religiös-konservativer Milieus bei (Çevik, 2019). Gemeinsam schaffen sie institutionelle Strukturen, über die religiöse Normen sowohl kurzfristig im gesellschaftlichen Alltag als auch langfristig über Bildungsprozesse vermittelt werden.

Diese Entwicklung vollzog sich zugleich in einem breiteren politischen Kontext. In den ersten Regierungsjahren setzte die AKP Reformen im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses um, um den Einfluss traditioneller Machtzentren wie des Militärs und der kemalistischen Bürokratie zu reduzieren (Zürcher, 2017, S. 302–306). Dadurch eröffnete sich der Partei zunehmend die Möglichkeit, zentrale Positionen innerhalb der Verwaltung, der Justiz und des Sicherheitsapparats neu zu besetzen. In diesem Prozess spielte zeitweise auch die Gülen-

Bewegung eine wichtige Rolle, deren Anhänger über ein umfangreiches Bildungsnetzwerk in staatliche Institutionen aufstiegen und gemeinsam mit der AKP den Einfluss der alten säkularen Elite zurückdrängten (Zürcher, 2017, S. 306–310). Diese Kooperation zerbrach jedoch Anfang der 2010er Jahre und mündete nach dem gescheiterten Putschversuch gegen Erdoğan von 2016 in einen offenen Konflikt. In der Folge kam es zu umfangreichen Säuberungen innerhalb staatlicher Institutionen, wodurch die Verflechtungen zwischen religiösen Netzwerken und dem Staatsapparat neu organisiert wurden (Zürcher, 2017, S. 310–315).

Insgesamt kann diese Entwicklung auf eine grundlegende Transformation der Religionspolitik hindeuten. Während der frühe republikanische Staat Religion primär kontrollierte und begrenzte, wurde sie unter der AKP zunehmend als politische Ressource genutzt und institutionell ausgebaut. Staatliche Institutionen, religiöse Bildungsstrukturen und gesellschaftliche Netzwerke greifen dabei zunehmend ineinander und bilden eine Infrastruktur, über die religiöse Werte, politische Loyalitäten und gesellschaftliche Normen miteinander verbunden werden.

3.2 Neue Netzwerke und das Projekt der „frommen Generation“

Neben staatlichen Institutionen wie der Diyanet oder religiösen Schulen spielen hier vor allem auch zivilgesellschaftliche Organisationen eine zentrale Rolle in der religiösen Infrastruktur der Türkei. Besonders relevant sind dabei Stiftungen (*vakıflar*) und Vereine (*dernekler*), die wichtige organisatorische Träger religiöser, sozialer und bildungsbezogener Aktivitäten darstellen. Während Vereine in der Regel als nicht-profitorientierte Zusammenschlüsse gegründet werden und vergleichsweise einfach zu etablieren sind, verfügen Stiftungen über eigene Vermögenswerte und langfristige institutionelle Strukturen (White, 2011, S. 201). Diese Organisationsformen ermöglichen es, soziale Dienstleistungen, Bildungsangebote und lokale Netzwerke aufzubauen und dadurch gesellschaftliche Einflussräume zu schaffen.

Die politische Bedeutung dieser Organisationen hängt eng mit einer spezifischen Form der Mobilisierung zusammen, die Jenny White (in ihrer bedeutenden empirischen Langzeit-Studie des Istanbuler Außenbezirks Umranyie) als „vernacular politics“ beschreibt. Politische Botschaften werden dabei nicht in ideologischer Sprache formuliert, sondern in moralisch anschlussfähigen Begriffen wie sozialer Gerechtigkeit, gegenseitiger Hilfe oder dem Schutz der Familie übersetzt. Politik erscheint so weniger als abstrakte Ideologie, sondern als moralische Verpflichtung innerhalb der lokalen Gemeinschaft. Mobilisierung erfolgt häufig über soziale Netzwerke, Nachbarschaften und persönliche Beziehungen, etwa durch Tür-zu-Tür-Kontakte

oder lokale Gemeinschaftsstrukturen. Diese Form der politischen Organisation knüpft an ältere Muster lokaler Patronagebeziehungen an, die in vielen Regionen der Türkei traditionell eine wichtige Rolle spielen (White, 2011, S. 104-105).

Eine besondere strategische Bedeutung erhält dieses Netzwerkmodell, wenn man die demografische Struktur der türkischen Gesellschaft betrachtet: Rund 44,2 % der Bevölkerung sind jünger als 30 Jahre (Stand 2023), wodurch Jugendliche und junge Erwachsene zu einer zentralen Zielgruppe politischer Sozialisation werden (Türkiye İstatistik Kurumu (TÜİK), 2024a). Recep Tayyip Erdoğan richtete seine politische Mobilisierung früh auch auf diese neuen religiös-konservativen Wählerschichten aus, darunter Studierende, junge Berufstätige und religiöse Intellektuelle. Sein populistischer Politikstil verband konservativ-religiöse Werte mit den sozialen und politischen Erwartungen einer jungen Generation, die sich in den bestehenden Machtstrukturen häufig nicht repräsentiert sah (White, 2011, S. 137-138).

Die „fromme Generation“

Vor diesem Hintergrund formulierte Erdoğan wiederholt das Ziel, eine „fromme Generation“ (*dindar nesil*) heranzuziehen, die zu einem zentralen Bestandteil seiner Vision einer „Neuen Türkei“ werden sollte (Bundeszentrale für politische Bildung, 2023; Çevik, 2019). Dieses Projekt zielt weniger auf eine vertiefte theologische Ausbildung als auf die Vermittlung religiöser Werte, nationaler Identität und politischer Loyalität. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden verschiedene institutionelle Instrumente kombiniert: der Ausbau religiöser Bildungsangebote, die stärkere Rolle der Diyanet in der Jugendarbeit sowie die zunehmende Einbindung religiöser Organisationen in Bildungs- und Sozialprogramme (Çevik, 2019, S. 1-3). Ein Beispiel dafür sind Programme der sogenannten „Werteerziehung“ (*Değerler Eğitimi*), bei denen religiöse Stiftungen über Kooperationsprotokolle Zugang zu staatlichen Schulen erhalten und dort Bildungs- und Kulturangebote durchführen. Diese Kooperationsprotokolle könnten später ein signifikantes Erkennungsmerkmal in meiner Empirie darstellen.

Religiöse Stiftungen übernehmen dabei zunehmend Aufgaben im Bildungs- und Jugendbereich, etwa durch den Bau von Schulen, die Organisation von Bildungsprogrammen oder den Betrieb von Studentenwohnheimen. Diese Einrichtungen schaffen soziale Räume außerhalb des formalen Unterrichts, in denen religiöse Werte, Gemeinschaftsbindungen und politische Loyalitäten vermittelt werden können (Çevik, 2019, S. 2-3). Gleichzeitig ermöglichen solche Strukturen eine enge Verbindung zwischen staatlichen Institutionen, religiösen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken.

Teil starker AKP-Bezug

Ein besonders zentraler Bestandteil dieses Netzwerks sind Stiftungen, die direkt mit der politischen Elite um Präsident Erdoğan verbunden sind. Besonders hervorzuheben sind hierbei die Organisationen TÜRGEV (Türkiye Gençlik ve Eğitim Hizmet Vakfı) und TUGVA (Türkiye Gençlik Vakfı), die sich beide auf Jugend- und Bildungsarbeit konzentrieren und eine wichtige Rolle im Projekt der „frommen Generation“ spielen (Çevik, 2019, S. 3–4).

Die TÜRGEV-Stiftung wurde 1996 gegründet und verfolgt laut eigener Darstellung das Ziel, junge Menschen durch Bildungsprogramme, Seminare, Workshops und insbesondere Studentenwohnheime zu fördern und zu unterstützen (TÜRGEV, o. J.). Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Förderung weiblicher Studierender, für die zahlreiche Wohnheime und Bildungsangebote organisiert werden. Die Stiftung entwickelte sich aus Initiativen, die bereits in den 1990er Jahren während Erdoğan's Zeit als Bürgermeister von Istanbul entstanden, und erlebte insbesondere seit den 2010er Jahren eine erhebliche institutionelle Expansion (Çevik, 2022, S. 5–7). In dieser Phase entwickelte sich TÜRGEV von einer lokalen Organisation zu einer landesweiten Bildungsstiftung.

Auffällig ist dabei die enge familiäre Einbindung der politischen Führung. Bilal Erdoğan spielte eine zentrale Rolle in der Expansionsphase der Stiftung, während heute auch Esra Albayrak, Erdoğan's Tochter, im Vorstand aktiv ist. Gleichzeitig erhält die Stiftung regelmäßig öffentliche politische Unterstützung: Erdoğan selbst tritt häufig bei Veranstaltungen der Organisation auf und betonte bereits 2015, dass Stiftungen wie TÜRGEV eine zentrale Rolle bei der Heranbildung seiner „frommen Generation“ spielen sollen (Çevik, 2019, S. 3-4).

Eine ähnliche Rolle im Bereich der Jugendorganisation übernimmt die TUGVA-Stiftung, die 2013 gegründet wurde und sich ebenfalls stark auf Bildungs- und Jugendprogramme konzentriert. Während TÜRGEV insbesondere weibliche Studierende adressiert, richtet sich TUGVA vor allem an männliche Jugendliche und Studierende. Auch hier bestehen enge personelle Verbindungen zur politischen Führung: Bilal Erdoğan ist auch hier im hochrangigen Beirat der Stiftung aktiv (Çevik, 2019, S. 3–4).

Neben diesen AKP-nahen Jugendstiftungen existieren weitere religiös-konservative Organisationen, die im Bereich Bildung und Jugendarbeit aktiv sind und teilweise ebenfalls in staatliche Programme eingebunden wurden. Dazu gehört etwa die *Ensar Vakfı*, eine bereits 1979 gegründete Stiftung, die Bildungsprogramme, Stipendien, Studentenunterkünfte und religiöse

Veranstaltungen organisiert. In der öffentlichen Debatte wird sie häufig als Teil des konservativ-religiösen Netzwerks beschrieben (Nordic Monitor, 2020).

Eine weitere wichtige Organisation ist die *Aziz Mahmud Hüdayi Vakfı*, die 1985 in Istanbul gegründet wurde. Die Stiftung ist sowohl im Bildungsbereich als auch in karitativen Projekten aktiv und betreibt unter anderem Schulen, Wohnheime und religiöse Bildungsprogramme. In akademischen Analysen wird sie häufig im Zusammenhang mit der zunehmenden „NGOisierung“ religiöser Netzwerke diskutiert (Guner, 2020, S. 1–4).

Auch Organisationen wie die *İlim Yayıma Cemiyeti*, die bereits 1951 gegründet wurde, gehören zu den einflussreichen bildungsnahen religiösen Vereinigungen der türkischen Republikgeschichte. Sie spielte insbesondere bei der Förderung religiöser Bildung und beim Aufbau konservativer Bildungsnetzwerke eine wichtige Rolle. Eine ähnliche alte und bekannte Stiftung (gegründet 1958) ist *Önder* (İmam Hatipliler Derneği), die historisch eng mit der İmam-Hatip-Bildungslandschaft verknüpft ist. Ihr Schwerpunkt ist die Alumni-/Jugend-/Bildungsarbeit rund um İmam-Hatip-Schulen.

Im Vergleich betreibt die CHP selbst deutlich weniger große religiöse/konservative Stiftungen, da ihr ideologischer Grundsatz stark säkular geprägt ist. Stattdessen werden oft zivilgesellschaftliche Initiativen, säkulare Kultur- und Bildungsvereine unterstützt, die jedoch nicht die gleiche Größe und staatliche Verankerung besitzen wie die oben genannten AKP-nahen Stiftungen. Es gibt zwar NGOs in CHP-Nähe, die sich für Bildung, Laizität und soziale Projekte einsetzen, diese haben aber nicht denselben Umfang an Ressourcen, institutioneller Nähe und Einfluss auf staatliche Ressourcenvergabe wie die AKP-nahen Vakıf-Netzwerke (Çevik, 2019, S. 3–4).

Zusammenfassung des Kapitels

Aufbauend auf der dargestellten Literatur zeigt Kapitel 3, dass Religion in der Türkei nicht als vom Staat getrennte Sphäre existiert, sondern institutionell organisiert und durchaus politisch geprägt ist. Mit der Diyanet besteht eine zentrale Struktur, über die religiöse Normen, moralische Orientierung und gesellschaftliche Werte vermittelt werden. Unter der AKP wurden diese Strukturen nicht nur ausgebaut, sondern zunehmend in ihre politische Strategie eingebunden, die auf eine dauerhafte gesellschaftliche Verankerung zielt.

In diesem Zusammenhang rücken vor allem religiöse und bildungsbezogene Stiftungen in den Vordergrund, die unter anderem der AKP nahestehen. Sie sind nicht nur im Bereich sozialer Unterstützung aktiv, sondern prägen mit Bildungsangeboten, Wohnheimen und lokalen

Programmen den Alltag vieler Menschen. Dabei stehen sie oft in enger Verbindung zu den politischen Strukturen und wirken weit über einzelne Projekte hinaus in das gesellschaftliche Leben hinein. Auf diese Weise entstehen Formen der Einbindung, Orientierung und Zugehörigkeit, die langfristig wirken und soziale Beziehungen festigen können. Politische Stabilität entsteht damit nicht nur durch die konkrete Politik der Partei oder des Staates, sondern vor allem im Alltag, dort, wo solche Beziehungen gelebt werden und sich die Zustimmung Schritt für Schritt herausbildet.

Für meine Arbeit ergibt sich daraus eine zentrale analytische Perspektive: Politische Machtverhältnisse werden besonders dort sichtbar, wo staatliche und gesellschaftliche Akteure aufeinandertreffen und Ressourcen, Kooperationen sowie soziale Beziehungen organisiert werden. Religiöse Infrastruktur (insbesondere in Form der Stiftungen) bildet dabei einen zentralen Zugang, um diese Prozesse empirisch zu analysieren. Vor diesem Hintergrund richtet sich der Blick im folgenden Kapitel auf den konkreten Untersuchungsraum dieser Arbeit.

4. Istanbul als politischer Macht- und Ressourcenraum: Strukturen und Dynamiken

In diesem finalen Abschnitt wird nun der politisch-institutionelle und sozioökonomische Kontext, der für die Fallstudie so wichtig ist, dargelegt. Ziel ist es, die strukturellen Rahmenbedingungen zu verstehen, innerhalb derer kommunale Entscheidungsprozesse in Istanbul stattfinden. Im Fokus stehen dabei die besondere wirtschaftliche und politische Bedeutung der Stadt, die institutionelle Organisation der Kommunalpolitik sowie die prägenden politischen Machtverschiebungen seit den Kommunalwahlen von 2019.

4.1 Die Bedeutung Istanbuls

Istanbul nimmt innerhalb der Türkei eine außergewöhnliche demografische, wirtschaftliche und politische Stellung ein. Mit rund 16 Millionen Einwohnern ist die Metropole nicht nur die größte Stadt des Landes, sondern zugleich die größte Stadt Europas und Heimat von etwa 20 % der gesamten türkischen Bevölkerung (Istanbul Metropolitan Municipality, 2024). Diese demografische Größe spiegelt sich auch in der wirtschaftlichen Bedeutung der Stadt wider. Istanbul generiert etwa 30 % des gesamten türkischen Bruttoinlandsprodukts, während andere große Städte wie Ankara (9%) und Izmir (7%) deutlich geringere Anteile beitragen (Istanbul Metropolitan Municipality, 2024). Das regionale Bruttoinlandsprodukt der Metropolregion

wird auf rund 275 Milliarden US-Dollar geschätzt, womit Istanbul zu den wichtigsten urbanen Wirtschaftsräumen der Region zählt (Istanbul Metropolitan Municipality, 2024). Als zentraler Handels- und Finanzknotenpunkt fungiert die Stadt zudem als wichtigste Drehscheibe für Investitionen, Finanzmärkte und internationale Unternehmen in der Türkei (Istanbul Metropolitan Municipality, 2024; OECD, 2025). Diese wirtschaftliche Bedeutung spiegelt sich auch in den außergewöhnlich großen kommunalen Budgets wider. Die Istanbul Metropolitan Municipality (IMM) verfügt über das mit Abstand größte kommunale Budget des Landes. Einschließlich der städtischen Tochterunternehmen belief sich das Budget der Metropole im Jahr 2024 auf rund 516 Milliarden türkische Lira und übertraf damit die Budgets aller anderen türkischen Städte deutlich - zum Vergleich betrug das Budget der zweitgrößten Kommune Ankara rund 92 Milliarden Lira (Reuters, 2024). Bereits im Jahr 2022 lag das realisierte Gesamtbudget der Stadtverwaltung bei rund 64,3 Milliarden Lira (Istanbul Metropolitan Municipality, 2022). Ein großer Teil dieser Mittel entfällt auf Infrastruktur- und Investitionsausgaben, die etwa 41,7 % des Haushalts ausmachen (Istanbul Metropolitan Municipality, 2022). Insgesamt verwaltet die Stadt erhebliche materielle Vermögenswerte im Bereich Immobilien und Infrastruktur (Istanbul Metropolitan Municipality, 2024).

Diese institutionelle Struktur wird durch groß angelegte Infrastrukturprojekte weiter verstärkt. Zu den wichtigsten Projekten der letzten Jahre gehören der Ausbau des Metro-Netzes sowie umfangreiche Investitionen in Energie- und Abfallinfrastruktur (Istanbul Metropolitan Municipality, 2020). Solche Projekte verdeutlichen, dass die Stadtverwaltung nicht nur lokale Dienstleistungen organisiert, sondern Entscheidungen trifft, die erhebliche wirtschaftliche Bedeutung für die gesamte Türkei besitzen. Neben ihrer wirtschaftlichen Bedeutung besitzt Istanbul dadurch auch traditionell eine außergewöhnlich hohe symbolische und politische Relevanz innerhalb der türkischen Politik. Wer die Stadt regiert, hat die Möglichkeit, einer großen Wählerschaft durch große Infrastrukturprojekte seine Leistung und Wahlversprechen zu präsentieren. Die sichtbaren Ergebnisse wie neue Straßen, Brücken oder öffentliche Gebäude können als greifbare Zeichen staatlicher Handlungsfähigkeit wahrgenommen werden und den Eindruck von Fortschritt und Modernisierung vermitteln. Flyvbjerg hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass Megaprojekte eine hohe öffentliche Sichtbarkeit erzeugen, Aufmerksamkeit generieren und politischen Akteuren eine besondere mediale Präsenz verschaffen (Flyvbjerg, 2014, S. 7).

Diese politische Bedeutung wird zusätzlich durch die dichte institutionelle Infrastruktur der Stadtverwaltung der Metropole verstärkt. Die Istanbul Metropolitan Municipality kontrolliert

ein umfangreiches Netzwerk von mehr als dreißig kommunalen Tochterunternehmen (Istanbul Metropolitan Municipality, 2024). Diese Unternehmen betreiben große Teile der urbanen Infrastruktur der Metropole, darunter den öffentlichen Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, Abfallmanagement, Immobilienentwicklung sowie zahlreiche soziale Dienstleistungen (Istanbul Metropolitan Municipality, 2020, 2022). Dadurch fungiert die Stadtverwaltung nicht nur als politische Institution, sondern zugleich als bedeutender wirtschaftlicher Akteur innerhalb der Metropolregion.

Üsküders kommunales Budget vervierfacht sich fast

Diese finanziellen Ressourcen spiegeln sich auch auf Bezirksebene wider. Betrachtet man meinen Forschungsfall, den Bezirk Üsküdar, einer der größten in Istanbul und auf der asiatischen Seite der Stadt liegend, lässt sich Folgendes feststellen: Die Haushaltsentwicklung der Bezirksverwaltung zeigt eine stark wachsende finanzielle Ausstattung in den vergangenen Jahren. Zwischen 2019 und 2025 hat sich das kommunale Budget des Bezirks nahezu vervierfacht, wie sich aus der eigenen Auswertung der Leistungsberichte der Verwaltung herausgestellt hat (Üsküdar Belediyesi, Performance Reports, 2019-2025). Diese Entwicklung erweitert die Handlungsspielräume der lokalen Verwaltung erheblich und ermöglicht umfangreichere Investitionen sowie Kooperationen mit externen Akteuren. Man muss diese starke Steigerung jedoch unbedingt im Rahmen der äußerst hohen Inflationsentwicklung in der Türkei einordnen und auch den Bedarf wachsender kommunaler Investitionen und großer Infrastrukturprojekte in dem Zeitraum in Betracht ziehen. Trotzdem ist diese Entwicklung äußerst auffällig und betrachtenswert. Özgül & Susam weisen darauf hin, dass das Wachstum kommunaler Budgets in türkischen Metropolen eine zentrale Rolle in der Ressourcenallokation (Özgül & Susam, 2025, S. 155–156) spielt, was in der Literatur häufig auch im Kontext politischer Steuerung und Verteilung diskutiert wird.

Insgesamt ergibt sich damit ein klares Bild Istanbuls als zentraler Macht- und Ressourcenraum innerhalb der türkischen Politik. Die Kombination aus wirtschaftlicher Dominanz, außergewöhnlich großen kommunalen Budgets, umfangreichen Infrastrukturprojekten sowie der Kontrolle über ein weit verzweigtes Netz kommunaler Unternehmen macht die Stadt zu einem der wichtigsten politischen Machtzentren des Landes. Die Kontrolle über die Stadtverwaltung gilt somit traditionell als wichtiger Machtfaktor auf nationaler Ebene, weshalb Istanbul auch so politisch umkämpft ist.

4.2 Institutionelle Struktur der Kommunalpolitik

Um kommunale Entscheidungsprozesse in Istanbul zu verstehen, ist ein kurzer Blick auf die institutionelle Struktur der lokalen Verwaltung notwendig. Kommunalpolitik wird in der Türkei nicht allein vom Bürgermeister gesteuert, sondern durch mehrere institutionelle Ebenen geprägt, die an Entscheidungsprozessen beteiligt sind.

Auf Bezirksebene bildet die *Bezirks-gemeinde* (*İlçe Belediyesi*) die zentrale kommunale Verwaltung. In Üsküdar übernimmt diese Rolle die *Üsküdar Belediyesi*, die für lokale Dienstleistungen, Stadtentwicklung, soziale Programme sowie Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zuständig ist (T.C. Üsküdar Belediyesi). Das wichtigste politische Entscheidungsorgan ist der *Belediye Meclisi* (Gemeinderat), dessen Dokumente ich empirisch untersuche. Der Gemeinderat beschließt unter anderem Haushaltspläne, Kooperationen mit externen Organisationen sowie die Nutzung kommunaler Immobilien und Ressourcen. Die politischen Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat sind daher entscheidend für die Umsetzung kommunaler Entscheidungen.

Ergänzt wird der Gemeinderat durch den *Encümen*, ein exekutives Gremium, das administrative Entscheidungen vorbereitet und bestimmte operative Aufgaben übernimmt. Neben der kommunalen Selbstverwaltung existiert in der Türkei eine zweite staatliche Ebene: die *Kaymakamlık*. Der Kaymakam ist ein vom Innenministerium ernannter staatlicher Bezirksgouverneur und Teil der zentralstaatlichen Territorialverwaltung (*mülki idare*). Dadurch existieren kommunale Selbstverwaltung und staatliche Aufsicht parallel, was dem Zentralstaat Möglichkeiten zur Einflussnahme auf lokale Entscheidungen eröffnet. Dies wird im türkischen Fall klassisch auch *tutelar Aufsicht* genannt (Congress of Local and Regional Authorities, 2022).

In Istanbul kommt eine weitere wichtige Ebene hinzu: die Metropolgemeinde (*İstanbul Büyükşehir Belediyesi*, İBB). Sie ist für zentrale Bereiche wie Verkehr, große Infrastrukturprojekte und strategische Stadtplanung zuständig und verfügt über erhebliche finanzielle Ressourcen (Istanbul Metropolitan Municipality, 2020).

Diese Mehr-Ebenen-Struktur bedeutet, dass politische Kontrolle über eine Kommune nicht allein vom Bürgermeister abhängt. Vielmehr entstehen kommunale Entscheidungen im Zusammenspiel verschiedener Institutionen und politischer Mehrheiten. Vor diesem Hintergrund gewinnen die politischen Veränderungen nach den Kommunalwahlen von 2019

besondere Bedeutung, da sie neue Machtkonstellationen zwischen Metropolverwaltung, Bezirksgemeinden und staatlichen Akteuren hervorgebracht haben.

4.3 Kommunalwahlen 2019 und Machtverschiebungen

Mit den Wahlen 2019 änderten sich die politischen Machtverhältnisse nämlich bedeutend. Ein flächendeckender Wahlsieg der CHP bedeutete nicht nur die Änderung der regierenden Parteifarbe in einigen Großstädten, sondern auch das Ende einer 25-jährigen Kontrolle Istanbuls durch islamisch-konservative Parteien. Seit den frühen 2000er Jahren dominierte die AKP das politische System. Bereits ein Jahr nach ihrer Gründung gewann die Partei die Parlamentswahl 2002 und blieb seitdem sowohl bei nationalen als auch bei kommunalen Wahlen die stärkste politische Kraft und konnte damit allein regieren. Seit dem gescheiterten Militärputsch im Juli 2016 regiert die AKP zudem auf nationaler Ebene in enger Allianz mit der nationalistischen Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) im Rahmen der sogenannten *Volksallianz* (*Cumhur İttifakı*) (Aydın, 2024; Bundeszentrale für politische Bildung, 2023).

Die wichtigste Oppositionskraft im Parlament ist seither die CHP. Trotz ihrer langjährigen Oppositionsrolle gelang ihnen bei den Kommunalwahlen von 2019 der politisch bedeutsame Durchbruch. Erstmals seit einem Vierteljahrhundert verlor die AKP die Kontrolle über mehrere zentrale Metropolen, darunter Istanbul und Ankara, die beide von Kandidaten der CHP gewonnen wurden (Bundeszentrale für politische Bildung, 2023). Besonders symbolisch war vor allem der Sieg von Ekrem İmamoğlu in Istanbul. Die Wahl entwickelte sich zudem zu einer politischen Kontroverse auf nationaler Ebene. Nachdem das erste Wahlergebnis in Istanbul annulliert wurde, musste die Bürgermeisterwahl im Juni 2019 wiederholt werden. İmamoğlu gewann auch die Wiederholungswahl mit deutlich größerem Stimmenabstand, was den politischen Bedeutungsverlust der AKP in der Metropole zusätzlich sichtbar machte.

Auch bei den jüngsten Kommunalwahlen im März 2024 setzte sich dieser Trend teilweise fort. Die CHP wurde erstmals seit 1977 zur landesweit stärksten politischen Kraft und erreichte rund 37,8 % der Stimmen, während die AKP mit etwa 35,5 % ihr schwächstes Wahlergebnis seit 2002 erzielte (Aydın, 2024). Die CHP kontrolliert inzwischen zahlreiche große Städte, darunter Istanbul, Ankara, Izmir und Antalya, und regiert insgesamt 14 Großstädte sowie 21 Provinzhauptstädte. In den von ihr geführten Kommunen leben rund 62 % der türkischen Bevölkerung, und sie erwirtschaften einen Großteil der nationalen Wirtschaftsleistung (Aydın, 2024).

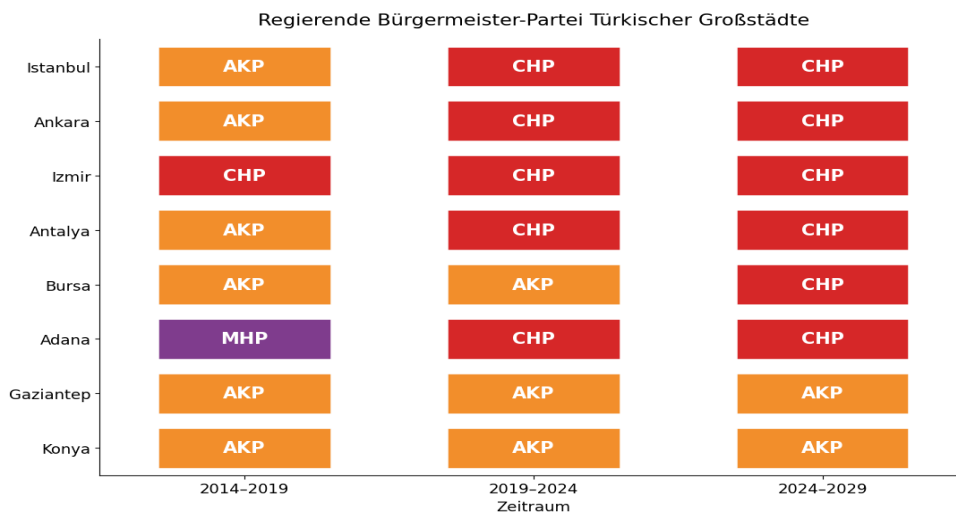


Abbildung 2: Überblick über die regierende Bürgermeisterpartei in türkischen Großstädten.²

Gleichzeitig bleiben die Unterschiede zwischen kommunalen und nationalen Wahlen erheblich. Während Kommunalwahlen über Bürgermeister, Gemeinderäte und lokale Verwaltungsstrukturen entscheiden, bestimmen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen die nationale Exekutive und die Gesetzgebung. Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der seit 2014 das Amt des Staatspräsidenten innehat und zuvor bereits mehr als ein Jahrzehnt als Ministerpräsident regierte, bleibt auf nationaler Ebene weiterhin der dominierende politische Akteur. Seit der Einführung des Präsidentsystems im Jahr 2018 konzentriert sich, wie bereits erwähnt, ein großer Teil der politischen Macht auf die Exekutive.

Tutelare Aufsicht schränkt Kommunen stark ein

Hinzu kommt, dass die kommunale Autonomie in der Türkei institutionell eingeschränkt ist. Obwohl Städte formal über gewählte Bürgermeister und Gemeinderäte verfügen, bleiben ihre Handlungsspielräume durch die zentrale Aufsicht stark eingeschränkt. Ein Großteil der kommunalen Budgets stammt aus staatlichen Transfers, während eigene Steuerquellen nur begrenzt vorhanden sind. Gleichzeitig verfügt die Zentralregierung über umfangreiche Kontrollinstrumente gegenüber den lokalen Verwaltungen. Diese Form der tutelarischen Aufsicht (*tutelary supervision*) erlaubt es dem Zentralstaat (die Behörden sind mit AKP-nahen Akteuren besetzt), über rechtliche, administrative und finanzielle Mechanismen in die Tätigkeit

² Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von Wahlergebnissen der YSK, verschiedene Jahre. Die Daten basieren auf den offiziellen Wahlergebnissen der YSK, die für einzelne Wahljahre separat abgerufen und für die Analyse zusammengeführt wurden (Yüksek Seçim Kurulu (YSK), 2024).

kommunaler Behörden einzugreifen (Congress of Local and Regional Authorities, 2022; European Commission, 2024).

Zu diesen Instrumenten gehören unter anderem die Möglichkeit, Bürgermeister während laufender Ermittlungen zu suspendieren, staatliche Treuhänder einzusetzen oder zentrale Genehmigungen für größere Infrastruktur- und Investitionsprojekte zu verlangen. Seit 2016 wurden auf dieser Grundlage zahlreiche gewählte Bürgermeister – insbesondere aus kurdisch geprägten Regionen – durch staatlich ernannte Verwalter ersetzt. Auch oppositionell geführte Metropolen wie Istanbul oder Ankara bleiben durch zentrale Kontrollmechanismen in ihren Handlungsspielräumen eingeschränkt (Congress of Local and Regional Authorities, 2022; European Commission, 2024). Besonders schwerwiegend sind die Entwicklungen im Fall İmamoğlu: Gegen ihn wurden in den vergangenen Jahren mehrere juristische Verfahren geführt, darunter ein viel beachtetes Urteil aus dem Jahr 2022 wegen angeblicher Beleidigung der Wahlbehörde (YSK), das eine Haftstrafe sowie ein politisches Betätigungsverbot vorsieht und derzeit im Berufungsverfahren geprüft wird. Neue Ermittlungen und politische Kontroversen um seine Amtsführung haben diese Auseinandersetzung weiter verschärft und werden von Beobachtern als Ausdruck des anhaltenden Konflikts zwischen der Zentralregierung und oppositionell geführten Großstädten interpretiert (Lueb, 2026).

Diese gesamtheitlich institutionelle Asymmetrie erklärt, warum selbst politisch starke oppositionelle Stadtverwaltungen häufig auf Kooperation mit der Zentralregierung angewiesen bleiben. Gleichzeitig begrenzt der Verlust großer Metropolen (wie auch Istanbul) für die Regierungsparteien den direkten Zugriff auf wichtige kommunale Ressourcen. Die politischen Veränderungen nach den Kommunalwahlen von 2019 und der weiterführenden Siege 2024 markieren daher zwar eine bedeutende Machtverschiebung auf lokaler Ebene, ermöglichen es jedoch der CHP nicht automatisch, Städte vollständig politisch zu kontrollieren und wegweisende Wechsel in der Politik, Ökonomie und anderen Bereichen herbeizuführen. Hinzu kommt, dass einzelne Bezirke einer Stadt eigene Entscheidungen treffen können und nur begrenzt zentral von der regierenden Partei im Bürgermeisteramt beeinflusst werden können.

4.4 Zusammenfassung und Forschungsstand

Die vorliegende Arbeit knüpft an mehrere etablierte Forschungsstränge zur politischen Entwicklung der Türkei an, geht dabei jedoch einen bewusst anderen, stärker mikroanalytischen Weg. In den vorangegangenen Kapiteln wurde gezeigt, dass sich die Türkei im Untersuchungszeitraum als hybride Ordnung beschreiben lässt, in der demokratische Verfahren formal bestehen bleiben, gleichzeitig jedoch durch exekutive Machtkonzentration,

neopatrimoniale Strukturen und strategischer Nutzung rechtlicher Instrumente überlagert werden.

Darauf aufbauend wurde insbesondere die Rolle von Klientelismus, Patronage und religiösen Netzwerken hervorgehoben. Die Literatur zeigt hier recht deutlich, dass politische Loyalität in der Türkei nicht allein über ideologische Zustimmung, sondern häufig auch über materielle Ressourcenvergabe, soziale Programme und institutionelle Zugänge organisiert wird. Religiöse und bildungsbezogene Stiftungen werden in diesem Zusammenhang als zentrale intermediäre Akteure verstanden, die zwischen Staat, Partei und Gesellschaft vermitteln und politische Ordnung im Alltag stabilisieren.

Ein weiterer zentraler theoretischer Baustein war die Perspektive Gramscis, die den Blick von formaler Herrschaft auf die Herstellung von Zustimmung („consent“) verschiebt. Dadurch wird deutlich, dass politische Stabilität nicht zwingend nur auf institutioneller Kontrolle beruht, sondern auch auf langfristigen gesellschaftlichen Prozessen, in denen Bildung, Religion und soziale Praxis miteinander verschränkt sind.

Während diese Ansätze wichtige Erklärungen auf Makro- und Mesoebene liefern, bleibt jedoch häufig offen, wie genau sich diese Mechanismen tatsächlich im konkreten politischen Alltag auf kommunaler Ebene zeigen. Genau an dieser Stelle setze ich an.

Eine gezielte Suche nach vergleichbarer Forschung zeigt, dass solche mikroanalytischen Studien zu konkreten kommunalen Entscheidungsprozessen bislang selten sind. Mir sind keine Studien bekannt, die konkrete Analysen von Ratsentscheidungen in der türkischen Kommunalpolitik vornehmen. Zudem werden solche Fragestellungen nur selten mit Klientelismus oder der Rolle religiöser Stiftungen verknüpft. Einzelne Arbeiten wie Merve Ateş (2021) nutzen zwar ebenfalls Sayıştay-Berichte, um Muster selektiver Ressourcenvergabe sichtbar zu machen, legen den Fokus jedoch stärker auf aggregierte Muster selektiver Ressourcenvergabe als auf die detaillierte Rekonstruktion einzelner Entscheidungsprozesse. Weitere Studien zur lokalen Politikgestaltung in der Türkei oder zu kommunalen Reformen (Güner & Yilmaz, 2017) betonen zwar die Bedeutung der Kommunen als politische Arenen, bleiben jedoch überwiegend auf einer allgemeinen oder institutionellen Ebene und greifen nur vereinzelt auf Beispiele aus großen Städten wie Istanbul, Ankara oder İzmir zurück, ohne jedoch konkrete Entscheidungsprozesse systematisch zu analysieren. Auch Arbeiten wie die von Sedef Bayraktar (2007) heben die wachsende politische Bedeutung der kommunalen Ebene hervor und zeigen, dass Kommunen zunehmend als eigenständige Akteure zwischen Staat und

Gesellschaft auftreten. Der Fokus liegt dabei jedoch auf institutionellen Transformationen und Reformprozessen, während konkrete Entscheidungspraktiken – etwa die Vergabe von Ressourcen oder die Ausgestaltung einzelner Kooperationen – nicht systematisch nachgezeichnet werden.

Gerade hierin liegt die Relevanz meiner Arbeit. Kommunen stellen zentrale Schnittstellen dar, an denen Ressourcen verteilt und gesellschaftliche Beziehungen konkret gestaltet werden. Durch die Kombination von Ratsbeschlüssen, Jahresberichten und den objektiven Sayıştay-Berichten soll sichtbar werden, wie sich potenziell politisch-motivierte Ressourcenvergabe nicht nur abstrakt, sondern in konkreten administrativen Entscheidungen und Fällen entfaltet. Damit leistet die Arbeit einen Beitrag, indem sie zeigt, wie die theoretisch beschriebenen Mechanismen auf der Mikroebene tatsächlich umgesetzt werden und wo ihre Grenzen liegen.

5 Forschungsdesign und methodisches Vorgehen

5.1 Forschungsdesign

Die Arbeit verfolgt einen qualitativen Forschungsansatz und nutzt ein Fallstudiendesign, um Veränderungen kommunaler Förderstrukturen religiöser und bildungsbezogener Organisationen in Istanbul zu untersuchen. Im Zentrum steht die Frage:

Wie veränderte sich die kommunale Unterstützung für religiöse und bildungsbezogene Stiftungen in Istanbul zwischen 2019 und 2025, und inwiefern markiert der Machtwechsel im Bezirk Üsküdar 2024 einen Bruch mit zuvor etablierten AKP-nahen Förder- und Netzwerkstrukturen?

Die Untersuchung orientiert sich methodisch an der Fallstudienlogik der qualitativen Sozialforschung. Fallstudien ermöglichen eine detaillierte Analyse politischer Prozesse innerhalb ihres institutionellen und gesellschaftlichen Kontextes und eignen sich insbesondere für die Untersuchung komplexer politischer Entscheidungsstrukturen. George und Bennett definieren eine Fallstudie als „a detailed examination of an aspect of a historical episode to develop or test historical explanations that may be generalizable to other events“ (George & Bennett, 2005, S. 5). Dieser Ansatz erlaubt es somit, konkrete politische Entwicklungen innerhalb eines spezifischen institutionellen Kontextes zu analysieren und daraus theoretisch relevante Erkenntnisse abzuleiten. Darüber hinaus eignet sich das Fallstudiendesign besonders zur Untersuchung kausaler Mechanismen politischer Prozesse. Wie George und Bennett

hervorheben, erlaubt die Methode „to trace causal mechanisms in detail“ (George & Bennett, 2005, S.6). Durch die detaillierte Analyse institutioneller Entscheidungen, kommunaler Dokumente und politischer Entwicklungen können somit Veränderungen von Förderstrukturen und Netzwerkbeziehungen nachvollzogen werden.

Mein Ansatz ist theoriegeleitet und hypothesenprüfend, da bestehende theoretische Annahmen über Patronage, Hegemonie und politische Netzwerke anhand eines konkreten empirischen Falls untersucht werden. Das Forschungsdesign dieser Arbeit kann daher als theoriegeleitete qualitative Fallstudie (“theory-testing case study”) eingeordnet werden. Ausgehend von der Forschungsfrage werden zwei zentrale Hypothesen formuliert:

H1 – Fortbestehen kommunaler Unterstützung:

Trotz oppositioneller Stadtregierung blieb die kommunale Unterstützung für religiöse und bildungsbezogene Stiftungen im Bezirk Üsküdar bis zum Machtwechsel im Jahr 2024 auf hohem Niveau bestehen. Kommunale Förderstrukturen dienten weiterhin der Unterstützung und Reproduktion AKP-naher religiöser und zivilgesellschaftlicher Netzwerke.

H2 – Rückgang kommunaler Unterstützung:

Nach dem Machtwechsel im Jahr 2024 nimmt die materielle und institutionelle Unterstützung religiöser und bildungsbezogener Stiftungen im Bezirk Üsküdar deutlich ab, etwa durch die Kündigung von Kooperationen, die Rückgabe kommunaler Immobilien oder den Wegfall finanzieller Transfers.

Die empirische Analyse orientiert sich somit an der Erwartung, dass politische Machtwechsel auf kommunaler Ebene Auswirkungen auf bestehende Förder- und Netzwerkstrukturen haben. Ziel der Untersuchung ist es daher, zu prüfen, ob der Machtwechsel eine tatsächliche institutionelle Zäsur darstellt oder ob bestehende Patronage- und Unterstützungsstrukturen fortbestehen.

Zur empirischen Untersuchung werden zentrale Begriffe der Arbeit operationalisiert. Unter religiösen und bildungsbezogenen Stiftungen werden Organisationen verstanden, die religiöse, moralische oder bildungsbezogene Programme anbieten und im Bereich Jugend-, Bildungs- oder Sozialarbeit tätig sind. Dazu zählen insbesondere Stiftungen (vakıf) und Vereine (dernek), die religiöse Bildungsprogramme, Studentenwohnheime, Jugendprogramme oder soziale Dienstleistungen betreiben.

Der Begriff kommunale Unterstützung bezeichnet dabei materielle oder institutionelle Formen der Förderung durch kommunale Behörden. Dazu gehören insbesondere finanzielle Transfers,

Immobilienüberlassungen, infrastrukturelle Unterstützung, Kooperationsprotokolle sowie institutionelle Partnerschaften zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Auf dieser Grundlage können die zentralen Aspekte der Untersuchung empirisch erfasst werden: die Form und Intensität kommunaler Unterstützung sowie deren Veränderungen im Zeitverlauf. Die qualitative Fallstudienanalyse ermöglicht es, diese Prozesse im lokalen Kontext nachzuvollziehen und dabei sowohl politische Entscheidungen als auch bestehende Netzwerkstrukturen zu untersuchen.

5.2 Fallauswahl

Die empirische Untersuchung dieser Arbeit konzentriert sich auf den Istanbuler Bezirk Üsküdar. Üsküdar ist ein großstädtischer Bezirk (İlçe) auf der asiatischen Uferseite des Bosphorus gegenüber des historischen Zentrum und gehört mit rund 512.981 Einwohnern (Stand 2024) zu den bevölkerungsreichen Bezirken der Metropole Istanbul (TÜİK, 2024b). Der Bezirk ist an eine hochverdichtete urbane Infrastruktur angebunden und ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt mit Verbindungen durch Fähren, U-Bahn und den Marmaray-Tunnel. Üsküdar gilt als einer der geschichtsträchtigsten Bezirke Istanbul mit zahlreichen Moscheen aus osmanischer Zeit, historischen Gebäuden und einer eher konservativeren Prägung im Vergleich zu anderen Teilen. Der Stadtteil ist bekannt für seine ruhige, bodenständige und zeitlose Atmosphäre, die ihn zu einem lebenswerten Wohnort macht (Britannica Editors, o. J.). Wie die Stadtverwaltung selbst beschreibt, gibt es “well-established communities” (Üsküdar Municipality, o. J.), was ein Indiz für starke nachbarschaftliche und lokale Bündnisse und Strukturen ist.

Politisch spiegeln sich diese gesellschaftlichen Strukturen lange Zeit in stabilen Mehrheiten konservativer Parteien wider. Bei den Kommunalwahlen vom 31. März 2019 gewann der Kandidat der AKP, Hilmi Türkmen, die Bürgermeisterwahl in Üsküdar mit 48,24 % der Stimmen, während die CHP 45,48 % erreichte (Yüksek Seçim Kurulu (YSK), 2019, eigene Auswertung). Erst bei den Kommunalwahlen vom 31. März 2024 kam es zu dem ausschlaggebenden politischen Machtwechsel: Die CHP-Kandidatin Sinem Dedetaş gewann die Wahl mit 49,9 %, während der bisherige AKP-Bürgermeister Hilmi Türkmen auf 42,37 %

kam (Yüksek Seçim Kurulu (YSK), 2024, eigene Auswertung)³. Damit endete die langjährige Dominanz konservativer Parteien im Bezirk.

In der Logik der Fallstudienmethodologie kann Üsküdar als ein sogenannter „most-likely case“ verstanden werden. George und Bennett definieren solche Fälle als Situationen, in denen eine theoretische Erwartung besonders wahrscheinlich zutreffen (George & Bennett, 2005, S. 121). Aufgrund der langjährigen politischen Dominanz der AKP sowie der starken Präsenz religiöser Institutionen erscheint Üsküdar als Bezirk, in dem kommunale Unterstützung für religiöse (und bildungsbezogene) Organisationen besonders ausgeprägt sein sollte.

Gleichzeitig ermöglicht der politische Machtwechsel im Jahr 2024 eine Analyse im Sinne eines Before-After-Vergleichs innerhalb desselben Falls. Durch den Vergleich kommunaler Förder- und Kooperationsstrukturen vor und nach dem Regierungswechsel kann untersucht werden, ob sich bestehende Unterstützungsmechanismen tatsächlich verändern. Fallstudien ermöglichen nach George und Bennett insbesondere die detaillierte Nachverfolgung politischer Prozesse und institutioneller Veränderungen innerhalb eines konkreten Kontextes (George & Bennett 2005, S. 6). Der zeitliche Vergleich innerhalb desselben Bezirks erlaubt es somit, mögliche Veränderungen kommunaler Unterstützungsstrukturen für religiöse und bildungsbezogene Organisationen empirisch zu analysieren.

5.3 Datengrundlage

Die empirische Analyse dieser Arbeit basiert auf der Auswertung mehrerer offizieller Dokumente der Bezirksverwaltung Üsküdar sowie externer Quellen. Im Zentrum stehen die Beschlüsse des Gemeinderats (Meclis Kararları), die als wichtigste Quelle für konkrete kommunale Entscheidungen dienen. Ergänzend wurden Jahresberichte des türkischen Rechnungshofs (Sayıştay) sowie die kommunalen Tätigkeitsberichte der Gemeinde (Faaliyet Raporları) herangezogen. Die Kombination dieser drei Dokumenttypen ermöglicht es, sowohl formale Entscheidungsprozesse als auch finanzielle Prüfungen und politische Selbstdarstellungen der Kommune zu berücksichtigen.

Gemeinderatsbeschlüsse (Meclis Kararları)

Die zentrale Datengrundlage der Untersuchung bilden die Beschlüsse des Gemeinderats von Üsküdar. Der Gemeinderat ist das wichtigste politische Entscheidungsorgan auf Bezirksebene

³ Die angegebenen Wahlergebnisse (2019 & 2024) basieren auf den offiziellen Daten der Yüksek Seçim Kurulu (YSK), die für die jeweiligen Wahljahre und Kommunen separat abgerufen und für die Analyse aufbereitet wurden.

und entscheidet unter anderem über Haushaltsfragen, Kooperationen mit externen Organisationen, die Nutzung kommunaler Immobilien sowie über zahlreiche Programme im Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich. Die Beschlüsse dokumentieren daher sehr konkret, welche politischen Entscheidungen tatsächlich getroffen wurden und welche Akteure daran beteiligt waren.

Gerade für die Fragestellung dieser Arbeit sind diese Dokumente besonders aufschlussreich, da viele Formen kommunaler Kooperation – etwa mit Stiftungen, Vereinen oder Bildungsorganisationen – formal über Gemeinderatsbeschlüsse geregelt werden. Die Meclis Kararları erlauben daher einen direkten Einblick in die konkrete Umsetzung kommunaler Politik und in die Verteilung kommunaler Ressourcen.

Die Beschlüsse konnten auf der offiziellen Website der Bezirksverwaltung Üsküdar (Üsküdar Belediyesi) abgerufen werden. Auf der Website lassen sich die Dokumente nach Jahr und nach Sitzungsterminen des Gemeinderats filtern, sodass für jeden Sitzungstag die einzelnen Beschlüsse separat eingesehen werden können.

Dabei zeigte sich jedoch, dass nicht alle Beschlüsse vollständig verfügbar sind. In einigen Fällen kommt es zu Sprüngen in der Nummerierung der Beschlüsse, sodass einzelne Dokumente offenbar nicht öffentlich zugänglich sind oder schlichtweg fehlen. Die Analyse basiert daher auf den jeweils verfügbaren Beschlüssen der jeweiligen Sitzungstage.

Eine weitere Besonderheit betrifft die Jahre 2020 und teilweise 2021. Im Zuge der COVID-19-Pandemie kam es wohl zu deutlichen Veränderungen im Sitzungs- und Abstimmungsrhythmus des Gemeinderats. Soweit nachvollziehbar, wurden einzelne Sitzungen verschoben oder zusammengelegt, und ein Großteil der Beschlüsse bezog sich auf unmittelbare Krisenmaßnahmen sowie auf organisatorische Fragen der Pandemiebewältigung. Dadurch rückten Themen wie Gesundheitsmaßnahmen, soziale Hilfsprogramme oder notwendige Anpassungen stärker in den Vordergrund, während andere Politikfelder, darunter auch solche, die für meine Untersuchung besonders relevant sind, zeitweise weniger präsent waren. Diese Verschiebung stellt eine inhaltliche Besonderheit des Untersuchungszeitraums dar, verändert jedoch nicht grundsätzlich die Aussagekraft der Beschlüsse im Allgemeinen.

Jahresberichte des Rechnungshofs (Sayıştay)

Eine weitere wichtige Datenquelle dieser Arbeit sind die Jahresberichte für die jeweiligen kommunalen Regierungen des türkischen Rechnungshofs (Sayıştay). Der Sayıştay ist die oberste staatliche Prüfinstitution für öffentliche Rechnungslegung und Haushaltskontrolle in der Türkei. Seine Aufgabe besteht darin, Einnahmen, Ausgaben und Vermögenswerte öffentlicher Institutionen zu prüfen und die Ergebnisse dieser Prüfungen dem türkischen Parlament vorzulegen. Die institutionelle Unabhängigkeit des Rechnungshofs ist gesetzlich verankert: Die Institution verfügt über funktionale, operationelle und finanzielle Autonomie, ihr Budget wird direkt der türkischen Nationalversammlung vorgelegt und sie legt ihre Prüfverfahren eigenständig fest (Sayıştay, o. J.).

Gleichzeitig wird die tatsächliche Unabhängigkeit staatlicher Kontrollinstitutionen in der Türkei in der Forschung und in öffentlichen Debatten teilweise kritisch diskutiert. Berichte internationaler Organisationen sowie mediale Analysen deuten darauf hin, dass die staatliche Einflussnahme auf Justiz- und Kontrollinstitutionen in den vergangenen Jahren zugenommen hat (ECPMF, 2024; Transparency International, 2024). Trotz dieser Diskussionen gilt der Rechnungshof aufgrund seiner gesetzlichen Schutzmechanismen, seiner direkten Berichtspflicht gegenüber dem Parlament sowie seiner internationalen Einbindung – etwa in die Standards der International Organization of Supreme Audit Institutions (INTOSAI) – weiterhin formal als relativ unabhängige Prüfbehörde.

Gerade deshalb stellen die Sayıştay-Berichte eine wertvolle zusätzliche Quelle für meine Analyse kommunaler Politik dar. Während die Gemeinderatsbeschlüsse vor allem politische Entscheidungen dokumentieren, bieten die Rechnungshofberichte eine externe Perspektive auf die Umsetzung dieser Entscheidungen und enthalten Hinweise auf mögliche administrative Unregelmäßigkeiten, Defizite in der Haushaltsführung oder problematische Formen der Mittelverwendung. Dadurch eröffnen sie meiner Forschung einen vergleichsweise nüchternen, institutionell kontrollierten Blick auf kommunales Verwaltungshandeln und helfen, relevante Daten zu generieren, die meiner Untersuchung entgangen sind oder in den Meclis Kararları schlichtweg nicht vorkommen.

Für den Untersuchungszeitraum standen allerdings nicht alle Berichte zur Verfügung. Ausgewertet werden konnten die Berichte der Jahre 2019, 2020, 2022 und 2023. Die Berichte für die Jahre 2021, 2024 und 2025 waren zum Zeitpunkt der Datenerhebung nicht öffentlich abrufbar. Dadurch beziehen sich die verfügbaren Prüfberichte ausschließlich auf den Zeitraum,

in dem die Bezirksverwaltung von Üsküdar von der AKP geführt wurde, während die Phase der CHP-geführten Verwaltung ab 2024 noch nicht in den veröffentlichten Prüfungen enthalten ist. Diese Einschränkung wurde bei der Interpretation der Befunde berücksichtigt.

Die verfügbaren Berichte wurden mithilfe des Übersetzungstools DeepL Plus vollständig aus dem Türkischen ins Deutsche übersetzt und anschließend systematisch ausgewertet. Im Fokus standen insbesondere jene Befunde, die auf administrative Unregelmäßigkeiten, unklare Haushaltsdokumentation oder mögliche Verstöße gegen Regeln der Mittelverwendung hinweisen. Die relevanten Befunde wurden anschließend daraufhin geprüft, ob sie in einem Zusammenhang mit meiner Forschungsfrage, also kommunalen Förderungen, Kooperationen oder Unterstützungsstrukturen im Bildungs- und Religionsbereich stehen. Andere Befunde ohne thematischen Bezug zur Fragestellung habe ich bewusst nicht in die weitere Analyse integriert.

Kommunale Jahresberichte (Faaliyet Raporları)

Als dritte Dokumentquelle wurden die jährlichen Tätigkeitsberichte der Gemeinde Üsküdar (Faaliyet Raporları) herangezogen. Diese Berichte dienen der offiziellen Darstellung der Aktivitäten der Kommune und bieten einen Überblick über Projekte, Programme und politische Schwerpunktsetzungen der jeweiligen Verwaltung.

Die Berichte sind teilweise sehr umfangreich und umfassen je nach Jahr mehrere hundert Seiten. Ein erheblicher Teil besteht aus Tabellen, Bildmaterial und standardisierten Verwaltungsübersichten. Um eine systematische Auswertung zu ermöglichen, wurden alle relevanten Dokumente ebenfalls mithilfe des Übersetzungstools DeepL Plus vollständig aus dem Türkischen ins Deutsche übersetzt.

Die Analyse der Tätigkeitsberichte erfolgte auf Grundlage eines qualitativen Vergleichs. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich bereits eine erste Auswertung der Gemeinderatsbeschlüsse abgeschlossen, wodurch mir zentrale Politikfelder, Akteurskonstellationen und Förderstrukturen bekannt waren. Dieses Vorwissen erleichterte mir, in den umfangreichen Dokumenten gezielt nach relevanten Passagen zu suchen und wiederkehrende Muster zu identifizieren.

Im Unterschied zu den Gemeinderatsbeschlüssen sind die Tätigkeitsberichte deutlich stärker sprachlich-politisch geprägt. Während die Beschlüsse überwiegend juristisch-administrativ formuliert sind und politische Wertungen weitgehend vermeiden, dienen die Jahresberichte auch der öffentlichen Darstellung der kommunalen Politik, wobei erfolgreiche und absolvierte

Projekte, Kooperationen oder Programme von der jeweiligen Verwaltung besonders hervorgehoben werden.

Für die Analyse dieser Arbeit sind die Berichte daher vor allem aus drei Gründen relevant. Erstens enthalten sie zusätzliche quantitative Angaben und Projektbeschreibungen, die in den Ratsbeschlüssen oft nur kurz oder gar nicht erscheinen. Zweitens machen sie politische Narrative und symbolische Dynamiken sichtbar, die in den normalen Beschlussdokumenten bewusst ausgeblendet werden. Drittens erlauben sie es, einzelne Projekte oder Kooperationen in einen größeren politischen Kontext (z.B. Wählerbefriedigung) einzuordnen.

Die Tätigkeitsberichte standen für den Zeitraum von 2019 bis 2024 zur Verfügung und umfassen damit auch den Bericht des Jahres 2024, in dem der Regierungswechsel stattfand.

Durch die Kombination von Gemeinderatsbeschlüssen, Rechnungshofberichten und kommunalen Tätigkeitsberichten lässt sich kommunale Politik somit sowohl aus der Perspektive formaler Entscheidungen als auch aus Sicht finanzieller Kontrolle und politischer Selbstdarstellung betrachten.

5.4 Methode und Operationalisierung

5.4.1 Methodischer Ansatz und analytische Grundlogik

Die vorliegende Arbeit nutzt die qualitative Inhaltsanalyse nach Klaus Krippendorff als methodischen Rahmen. Diese Methode eignet sich insbesondere für Forschungsprojekte, die institutionelle Dokumente systematisch auswerten und aus schriftlicher Kommunikation Rückschlüsse auf politische Entscheidungsstrukturen, Ressourcenverteilung und institutionelle Machtverhältnisse ziehen möchten. Krippendorff definiert Content Analysis als eine Forschungstechnik, mit der „replicable and valid inferences from texts to the contexts of their use“ gezogen werden können (Krippendorff, 2019a, S. 3). Texte werden nicht als neutrale Informationsquellen verstanden, sondern als Ausdruck sozialer und politischer Kontexte (Krippendorff, 2019b, S. 3).

Zentral für diesen Ansatz ist die Kontextgebundenheit der Analyse. Die Forschungsfrage bestimmt, welche Texte als relevant gelten, welche Textbestandteile analysiert werden und welche Arten von Schlussfolgerungen daraus gezogen werden können (Krippendorff, 2019e, S. 3–4). Auf dieser Grundlage wird die Analyse als inferenzieller Prozess angelegt: Aus dokumentierten Entscheidungen werden Rückschlüsse auf politische Entscheidungslogiken und mögliche Netzwerkstrukturen gezogen. Krippendorff beschreibt diese Verbindung

zwischen Text und Interpretation mithilfe sogenannter „analytical constructs“, die als begründete Brücke zwischen empirischen Daten und theoretischen Schlussfolgerungen fungieren (Krippendorff, 2019d, S. 3).

Das Forschungsdesign folgt daher den zentralen Komponenten der von Krippendorff beschriebenen Inhaltsanalyse: sampling, unitizing, recording/coding, Datenreduktion sowie die anschließende abduktive Inferenzbildung (Krippendorff, 2019). Diese Schritte strukturieren den Übergang von der Auswahl relevanter Dokumente über deren systematische Auswertung bis hin zur Interpretation der Ergebnisse.

5.4.2 Sampling, Unitizing und erste Datenreduktion

Sampling Frame

Die Analyse basiert auf einer vollständigen Erhebung aller öffentlich zugänglichen Ratsbeschlüsse (Meclis Kararları) der Gemeinde Üsküdar. Der Untersuchungszeitraum umfasst die Jahre 2019 bis Mitte 2024 unter der AKP-geführten Verwaltung sowie die darauffolgende Phase ab dem Regierungswechsel zur CHP-geführten Verwaltung bis zum 31.12.2025. Diese Gesamtheit bildet den sampling frame der Untersuchung. Ziel war es, potenziell relevante Fälle nicht durch eine vorzeitige Stichprobenbildung auszuschließen, sondern zunächst alle verfügbaren Beschlüsse zu berücksichtigen.

Unitizing

Im Sinne von Krippendorffs Konzept des „Unitizing“ wurde der einzelne Ratsbeschluss als zentrale Analyseeinheit definiert (Krippendorff, 2019e, S. 3). Jeder Beschluss stellt eine abgeschlossene kommunikative Einheit dar, in der ein Verwaltungsvorschlag, seine Beratung in einer Kommission sowie die abschließende Entscheidung des Rates dokumentiert werden. Innerhalb dieser Beschlüsse wurden zusätzliche recording units berücksichtigt, etwa die formale Struktur des Dokuments, der Gegenstand der Abstimmung, die Abstimmungsform (oybirliği oder oyçokluğu – Einstimmig oder einfache Mehrheit) sowie explizite Nennungen von Stiftungen, Vereinen oder bildungs- beziehungsweise religionsbezogenen Einrichtungen. Diese strukturellen Elemente bilden zugleich die erste Operationalisierung zentraler Analysebegriffe.

Für die Interpretation einzelner Entscheidungen wurden zudem breit definierte context units herangezogen. Dazu zählen das vollständige Dokument, die gesamte Ratssitzung oder mehrere thematisch zusammenhängende Beschlüsse aus unterschiedlichen Sitzungen. Diese

Kontextualisierung ist notwendig, da einzelne Beschlüsse häufig Teil größerer politischer Entscheidungsprozesse sind und ihre Bedeutung erst im Zusammenhang mehrerer Entscheidungen vollständig sichtbar wird.

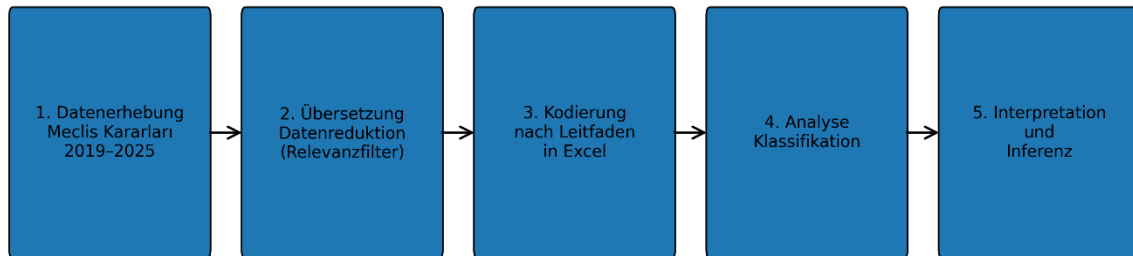


Abbildung 3: Research Design der Analyse der Ratsbeschlüsse (eigene Darstellung)

Übersetzung des Materials

Alle Dokumente wurden zunächst ins Deutsche übersetzt, wobei ich das Übersetzungstool DeepL Plus verwendet habe. Da ich selbst über keine Türkischkenntnisse verfüge, war dies Voraussetzung für die anschließende Auswertung des Materials. Um mögliche Übersetzungsungenauigkeiten zu reduzieren, wurden längere Dokumente zusätzlich im türkischen Originaltext mittels einer Stichwortanalyse geprüft. Diese zweite Prüfebene diente dazu, relevante Passagen zu identifizieren und das Risiko zu minimieren, dass zentrale Inhalte durch Übersetzungsfehler übersehen werden.

Erste Analyse und Datenreduktion

Auf dieser Grundlage erfolgte eine erste Datenreduktion. Beschlüsse wurden zunächst danach unterschieden, ob sie eindeutig irrelevant waren oder einen potenziellen Bezug zur Forschungsfrage aufwiesen. Eindeutig irrelevante Entscheidungen – etwa rein technische Verwaltungsfragen – wurden ausgeschlossen. Alle übrigen Beschlüsse wurden dokumentiert und zunächst als Kontext- oder potenziell relevante Fälle klassifiziert. Auch Kontextfälle wurden bewusst erfasst, da sie dabei helfen, typische Entscheidungsroutinen der kommunalen Politik zu verstehen und später als Vergleichsmaßstab für politisch relevante Entscheidungen zu dienen.

Viele Beschlüsse betreffen alltägliche Verwaltungsentscheidungen, etwa infrastrukturelle Anpassungen oder Projekte im Bildungs- und Sozialbereich. In einigen Fällen wurden diese zunächst durch die Stichwortsuche identifiziert oder im ersten Durchgang als potenziell relevant eingestuft. Bei genauerer Prüfung zeigte sich jedoch häufig, dass es sich um

unkontroverse Entscheidungen handelte – wie etwa im Beschluss 3214, der eine Kooperation mit TOKI für ein Kinderfreizeitprojekt betrifft und einstimmig verabschiedet wurde. Auch wenn es in solchen Fällen vereinzelt zu politischen Meinungsverschiedenheiten kommen kann, etwa bei Fragen der kommunalen Ressourcenverteilung, handelt es sich in der Regel um reguläre Governance-Entscheidungen ohne direkten Bezug zur Forschungsfrage. Diese Beschlüsse wurden daher als Kontextfälle eingeordnet, da sie typische Entscheidungs routinen der Kommune abbilden und als Vergleichsmaßstab für politisch relevantere Entscheidungen dienen.

5.4.3 Kodierung und Kodierleitfaden

Alle identifizierten Fälle wurden in einer Excel-Datenbank erfasst, die als zentrale Arbeitsstruktur für die Analyse diente (vgl. Anhang A: Kodierungsschema). Das Kodierschema wurde deduktiv aus der Forschungsfrage, dem theoretischen Vorwissen und den Annahmen sowie einer ersten Voranalyse des Materials entwickelt. Im Sinne von Krippendorffs Konzept des recording and coding werden Texte dabei in eine strukturierte Datenform überführt, die eine systematische Auswertung ermöglicht (Krippendorff, 2019c, S. 3, 2019d, S. 3).

Die Kodierung der relevanten Beschlüsse erfolgte auf Grundlage eines strukturierten Kodierleitfadens. Ziel des Kodierschemas war es, Formen kommunaler Unterstützung, politische Konfliktindikatoren sowie mögliche Veränderungen nach dem Machtwechsel systematisch zu erfassen. Für jede Kategorie wurden klare Entscheidungsregeln definiert, um eine konsistente und nachvollziehbare Kodierung zu gewährleisten.

Kodierleitfaden – Kategorien und Beispielcodes

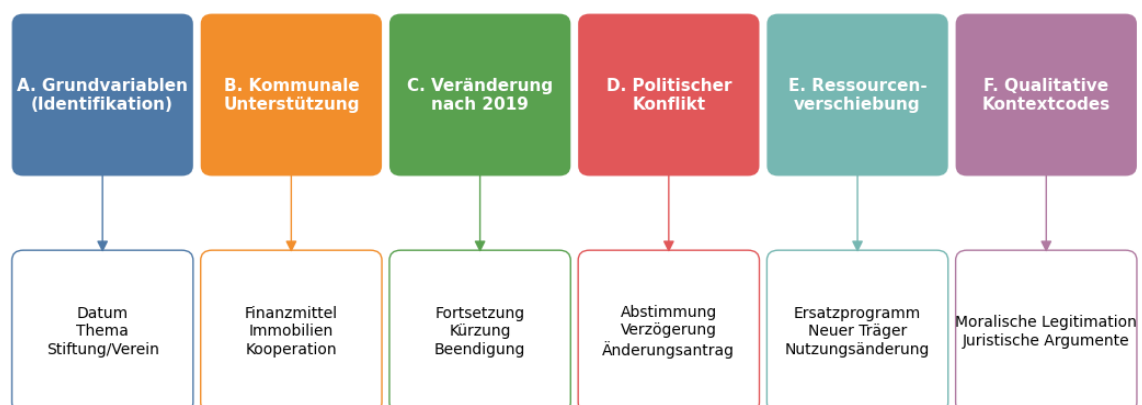


Abbildung 4: Kodierleitfaden mit Beispielcodes (eigene Darstellung)

Im Bereich der kommunalen Unterstützung wurde zunächst erfasst, ob eine Entscheidung eine direkte oder indirekte Förderung einer Stiftung oder Organisation umfasst. Eine finanzielle

Zuwendung wurde dann kodiert, wenn der Beschluss direkte Geldmittel der Kommune vorsah, etwa Zuschüsse, Projektförderungen oder Budgetzuweisungen. Wurden keine finanziellen Mittel erwähnt, wurde die Kategorie mit 0 kodiert. Als Beispiel gilt ein Beschluss, in dem kommunale Mittel für ein Bildungsprojekt einer Stiftung bereitgestellt werden.

Die Kategorie „Immobilien oder Räume“ wurde mit 1 kodiert, wenn kommunale Gebäude, Grundstücke oder Räumlichkeiten einer Stiftung oder Organisation zur Nutzung oder zum Eigentum überlassen wurden. Dies betrifft etwa die Bereitstellung eines Gebäudes für ein Studentenwohnheim oder ein Jugendzentrum. Wenn keine kommunalen Immobilien überlassen wurden, wurde die Kategorie mit 0 kodiert.

Unter „Betriebskosten“ wurde kodiert, ob die Kommune die laufenden Kosten einer Einrichtung übernimmt. Dazu zählen etwa die Energieversorgung, die Reinigung, die Sicherheitsdienste sowie die Instandhaltungskosten. Wird eine solche Kostenübernahme im Beschluss erwähnt, wurde die Kategorie mit 1 kodiert, andernfalls mit 0.

Die Kategorie Personal wurde mit 1 kodiert, wenn kommunale Mitarbeiter für Projekte oder Einrichtungen einer Stiftung eingesetzt oder finanziert werden. Wenn kein kommunales Personal involviert war, wurde 0 kodiert.

Ein Kooperationsprotokoll wurde mit 1 kodiert, wenn zwischen Kommune und Stiftung oder Verein ein formelles Kooperationsabkommen beschlossen wurde. Wenn keine formelle Kooperation vorgesehen war, wurde die Kategorie mit 0 kodiert. Die Vertragslaufzeit wurde hingegen nicht binär kodiert, sondern als Zeitraum dokumentiert, sofern sie im Beschluss angegeben war.

Zur Analyse von Veränderungen wurde erfasst, ob eine bestehende Unterstützung nach 2019 fortgeführt, reduziert, beendet oder neu begonnen wurde. Wurde eine bestehende Kooperation unverändert fortgeführt, wurde dies als „Unterstützung fortgesetzt“ (0) kodiert. Wurde sie teilweise reduziert, etwa durch geringere finanzielle Mittel oder eine eingeschränkte Nutzung von Ressourcen, wurde dies als „Unterstützung gekürzt“ kodiert (1). Wurde eine Kooperation vollständig beendet, beispielsweise durch Kündigung eines Vertrags oder Rückgabe einer Immobilie, wurde dies als „Unterstützung beendet“ erfasst (2). Wurde eine Kooperation erstmals im Untersuchungszeitraum beschlossen, wurde dies als „neue Unterstützung“ kodiert (3).

Ein weiterer Teil der Analyse betraf politische Konfliktindikatoren in den Ratsbeschlüssen. Hier wurde dokumentiert, ob Beschlüsse einstimmig oder mit einfacher Mehrheit verabschiedet

wurden, da dies Hinweise auf einen politischen Dissens geben kann. Zudem wurde kodiert, ob Entscheidungen vertagt wurden, Änderungsanträge gestellt wurden oder ein Thema von der Tagesordnung genommen wurde. Diese Variablen dienen dazu, mögliche Konflikte zwischen den Parteien sichtbar zu machen. Zur Untersuchung möglicher Ressourcenverschiebungen wurde erfasst, ob kommunale Ressourcen nach politischen Veränderungen anders eingesetzt wurden. Dies betrifft insbesondere Fälle, in denen ein Ersatzprogramm geschaffen wurde, ein neuer Träger eingesetzt wurde oder eine bestehende Immobilie anders genutzt wurde. Zusätzlich wurde dokumentiert, welche Zielgruppen im jeweiligen Beschluss adressiert werden, etwa Jugend-, Bildungs- oder Frauenprogramme.

Ergänzend wurden qualitative Kontextcodes vergeben, wenn die Beschlüsse bestimmte argumentative Muster aufwiesen. Dazu zählen moralische oder religiöse Legitimationen, Sicherheitsargumente, juristische Begründungen sowie explizite politische Rhetorik. Diese Codes dienen nicht der quantitativen Auswertung, sondern unterstützen die interpretative Einordnung der Entscheidungen im Kontext der Forschungsfrage.

Die Kodierung wurde jedoch nur für jene Fälle durchgeführt, die in der ersten Analyse als potenziell relevant identifiziert wurden. Kontextfälle wurden schlussendlich nicht vollständig kodiert, jedoch inhaltlich analysiert, um die Funktionsweise solcher kommunalen EntscheidungsROUTINEN besser zu verstehen. Gerade Entscheidungen mit einstimmiger Abstimmung weisen häufig auf administrative Normalität hin – etwa in Bereichen wie Denkmalschutz, Infrastruktur oder regulärer Bildungspolitik – und bilden daher einen wichtigen Vergleichsrahmen für stärker politisierte Entscheidungen.

5.4.4 Ergänzende Auswertung von Sayıştay-Berichten und Jahresberichten

Neben den Ratsbeschlüssen wurden die Jahresberichte des türkischen Rechnungshofs (Sayıştay) sowie die kommunalen Tätigkeitsberichte (Faaliyet Raporları) der Gemeinde Üsküdar ausgewertet.

Alle Dokumente wurden zunächst vollständig mit DeepL Plus aus dem Türkischen ins Deutsche übersetzt. Das Übersetzungstool gilt mittlerweile als sehr zuverlässig und wird häufig in wissenschaftlichen Arbeitskontexten eingesetzt. Dennoch können bei automatisierten Übersetzungen vereinzelt Ungenauigkeiten auftreten. Um dieses Risiko zu reduzieren, wurden zentrale Passagen mehrfach geprüft und inhaltlich im Kontext der jeweiligen Dokumente interpretiert.

Die Auswertung der Sayıştay-Berichte erfolgte gezielt entlang jener Themenbereiche, die bereits in der Voranalyse der Meclis Kararları als besonders relevant identifiziert worden waren. Dadurch lag bereits inhaltliches Vorwissen zu zentralen Politikfeldern, Kooperationsformen und Ressourcenflüssen innerhalb der Kommune vor.

Auch die kommunalen Jahresberichte wurden auf Grundlage dieser Voranalyse untersucht. Aufgrund ihres Umfangs erfolgte die Analyse selektiv entlang relevanter Themenbereiche, insbesondere Bildungsprogramme, Jugendprojekte, Kooperationen mit Stiftungen sowie die Nutzung kommunaler Immobilien.

Während Ratsbeschlüsse formale Entscheidungen dokumentieren, enthalten die Tätigkeitsberichte eine stärker politisch-kommunikative Darstellung der kommunalen Arbeit und liefern zusätzliche Informationen zu Prioritätensetzungen und programmatischen Schwerpunkten.

5.4.5 Fallbewertung und analytische Einordnung

Die Klassifikation der einzelnen Meclis Kararları-Fälle erfolgt auf Basis mehrerer Kriterien: des Inhalts der Entscheidung, der Abstimmungsform im Rat sowie möglicher (klaren oder unklaren) Verbindungen zu religiösen oder bildungsbezogenen Organisationen. Ein zentraler analytischer Anker ist dabei die Abstimmungsform: Während einstimmige Entscheidungen häufig auf administrative Routine hinweisen, können kontroverse Abstimmungen auf politisierte Entscheidungsprozesse und damit auf mögliche Netzwerklogiken hindeuten. Ein weiterer und letztlich entscheidender Faktor bei der Abgrenzung zwischen einem abgeschwächten und einem klaren H1-Fall war die nachweisbare institutionelle oder gesellschaftliche Nähe der beteiligten Organisationen zur AKP.

Ein Beschluss wurde somit als H1-Fall klassifiziert, wenn eine klare Form kommunaler Unterstützung für eine Stiftung oder Organisation vorliegt und zugleich eine nachvollziehbare politische Nähe dieser Organisation zum AKP-Milieu besteht.

Ein Beschluss wurde dann als H1-abgeschwächt eingeordnet, wenn zwar eine kommunale Unterstützung vorlag, die politische Nähe der Organisation jedoch nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte. In solchen Fällen bestehen häufig indirekte Hinweise, etwa eine stark religiöse oder konservative Ausrichtung, ohne dass eine direkte institutionelle Verbindung zur AKP belegt werden konnte. Diese Fälle wurden gesondert erfasst, da sie möglicherweise Teil desselben Netzwerks sind, die empirische Evidenz jedoch nicht ausreicht, um eine eindeutige Zuordnung vorzunehmen. Die besondere Rolle der Diyanet (Präsidium für religiöse

Angelegenheiten) wurde gesondert betrachtet, da mein Forschungsvorhaben primär auf Stiftungen und Organisationen abzielt. Weil staatliche religiöse Institutionen, wie im Theorieteil festgestellt werden konnte, ebenfalls eine steigende strukturelle Nähe zur AKP aufweisen und dennoch staatlicher und nicht privater Natur sind, befinden sie sich in einer Grauzone. Ich habe sie deshalb je nach Inhalt des Beschlusses als abgeschwächt oder kontextuell eingeordnet.

Als *Kontextfälle* wurden Beschlüsse eingeordnet, die zwar thematisch relevante Politikfelder wie Bildung, Religion oder soziale Programme betreffen, jedoch keine spezifische Förderung einzelner Organisationen oder Netzwerke darstellen. Hierzu zählen beispielsweise allgemeine Infrastrukturentscheidungen, Schulbauprojekte, soziale Programme oder administrative Maßnahmen, die unabhängig von der politischen Netzwerkpflege getroffen werden. Auch Beschlüsse, bei denen Stichwortanalysen zunächst Relevanz vermuten ließen, sich jedoch bei genauerer Analyse als reguläre kommunale Governance herausstellten, wurden dieser Kategorie zugeordnet.

Ein Beschluss wurde schließlich als *H2-Fall* klassifiziert, wenn er klar auf eine strukturelle Veränderung der bisherigen Unterstützungslogik hindeutete. Dazu zählen insbesondere Entscheidungen, durch die bestehende Kooperationen beendet werden, kommunale Ressourcen umverteilt (zurückgenommen) oder alternative Programme geschaffen werden.

Alle Fälle wurden mehrfach überprüft und gegebenenfalls neu bewertet. Im Verlauf dieser iterativen Analyse wurden einzelne Beschlüsse etwa von H1 zu Kontextfällen zurückgestuft oder von H1 zu „abgeschwächtem H1“ umklassifiziert. Diese wiederholte Prüfung der Kategorien dient der methodischen Absicherung und erhöht die Reliabilität der Analyse. Abschließend wurden die kodierten Fälle inhaltlich zusammengeführt, miteinander verglichen und in den jeweiligen politischen Kontext des Untersuchungszeitraums eingeordnet.

Dabei wird insbesondere berücksichtigt, dass vor dem Regierungswechsel im Jahr 2024 keine Fälle auftreten können, die auf eine Governance-Veränderung durch die neue Verwaltung (H2) hinweisen. Entscheidungen aus der Zeit vor dem Machtwechsel dienen daher primär als Kontext- und Vergleichsfälle, während H2-bezogene Veränderungen erst in der späteren Phase der Untersuchung sichtbar werden können.

5.5 Einsatz digitaler Hilfsmittel und KI

Im Rahmen dieser Arbeit wurden digitale Hilfsmittel unterstützend eingesetzt. Künstliche Intelligenz wurde ausschließlich zur sprachlichen Überarbeitung, zur strukturellen Unterstützung des Textes sowie zur Erstellung der Visualisierungen (Abbildungen 1–4)

verwendet. Für einzelne türkische Fachwörter (z.B. was Ecrimisil-Schulden sind) wurde eine KI-Erklärung zum ersten Verständnis herangezogen, die durchwegs durch eigene nachträgliche Recherche überprüft wurde. Hierfür wurden ChatGPT-Version 5.2 sowie Grammarly verwendet. Die inhaltliche Analyse der Dokumente, die Entwicklung des Kodierleitfadens, die Kodierung der Fälle, die Klassifikation der Beschlüsse, der Hypothesentest sowie die Interpretation der Ergebnisse wurden vollständig eigenständig durchgeführt und nicht durch KI-Systeme vorgenommen.

Zur Übersetzung der türkischsprachigen Dokumente (insbesondere Meclis Kararları, Sayıştay-Berichte und kommunale Jahresberichte) wurde das Übersetzungstool DeepL Plus verwendet. Bei automatisierten Übersetzungen können vereinzelt Ungenauigkeiten auftreten. Um dieses Risiko zu reduzieren, wurden zentrale Passagen zusätzlich überprüft (doppelt übersetzt) und im jeweiligen Dokumentkontext interpretiert. Die Übersetzungen dienten somit als Arbeitsgrundlage für die Analyse, ohne den Anspruch einer perfekten sprachlichen Übertragung zu erheben.

Alle analytischen Entscheidungen, Klassifikationen und Schlussfolgerungen wurden unabhängig von KI-Systemen getroffen. Die Verantwortung für sämtliche Inhalte, Analysen und Interpretationen dieser Arbeit liegt somit vollständig beim Autor.

6 Empirische Befunde

6.1 Auswertung der Meclis-Kararları (Ratsbeschlüsse)

Insgesamt wurden 69 Fälle in die Analyse aufgenommen. Davon waren 42 Kontextfälle, 15 abgeschwächte H1-Fälle, 8 H1-Fälle und 4 H2-Fälle. Damit bilden Kontextfälle den größten Teil der untersuchten Beschlüsse, gefolgt von den abgeschwächten H1-Fällen, den klaren H1-Fällen und schließlich den H2-Fällen.

	H1	H1 abgeschwächt	H2	Kontext
2019	1	0	0	3
2020	0	4	0	5
2021	4	2	0	10
2022	1	5	0	6
2023	2	1	0	6
2024	0	3	3	8
2025	0	0	1	4

Abbildung 5: Quantitative Verteilung der Beschlüsse nach Kategorien und Jahren (eigene Darstellung)

Gleichzeitig wird sichtbar, dass abgeschwächte H1-Fälle kontinuierlich auftreten, was von einer routinemäßigen Stabilität kommunaler Entscheidungen zeugt. Klare H1-Fälle treten unregelmäßiger auf und erreichen ihren Höhepunkt insbesondere in den Jahren 2021 und 2023. Die gegensätzlichen H2-Fälle traten vermehrt direkt nach dem Regierungswechsel im Jahr 2024 (3) auf, während im Jahr 2025 ein weiterer Fall festgestellt wurde. Insgesamt lässt sich erkennen, dass die Struktur der Beschlüsse bis zur Übernahme der CHP von stabilen Unterstützungs- und Kooperationsmustern geprägt ist, während sich ab 2024 erste Veränderungen in Richtung einer Einschränkung dieser Strukturen abzeichnen.

Diese quantitativen Muster geben einen ersten Überblick über die Verteilung und die zeitliche Entwicklung der verschiedenen Falltypen. Sie lassen jedoch noch offen, wie genau sich diese Kategorien inhaltlich unterscheiden und durch welche konkreten Entscheidungen sie geprägt werden.

6.1.1 Typische kommunale Alltagsentscheidungen

Im Zuge der Analyse der Ratsbeschlüsse zeigte sich, dass ein großer Teil der identifizierten Beschlüsse keine Hinweise auf klientelistische Netzwerkförderung oder auf eine gezielte Unterstützung parteinaher Akteure enthält.

Diese „Kontextfälle“ zeigen typische Muster kommunaler Alltagsentscheidungen. Zum besseren Verständnis habe ich sie in Kategorien zusammengefasst. Sie dienen nicht der politischen Bewertung einzelner Beschlüsse, sondern helfen, die Funktionsweise kommunaler Entscheidungsprozesse im Alltag zu verstehen und eine Vergleichsfolie für die später analysierten H1- und H2-Fälle zu erstellen. Kontextfälle machen deutlich, welche Formen der Ressourcenverteilung, Kooperation oder politischen Dissens als normale kommunale Governance gelten können.

Eine erste Gruppe von Fällen lässt sich als *einstimmige Ressourcenvergabe ohne politischen Widerstand* beschreiben. Diese Fälle zeigen, dass Kommunalpolitik regelmäßig Ressourcen bereitstellt oder Kooperationen eingeht, ohne dass politischer Dissens zwischen den Fraktionen entsteht und ohne dass intermediäre Netzwerke eine Rolle spielen. Solche Entscheidungen sind wichtig, weil sie zeigen, wie institutionelle Kooperationen oder Überlassungen administrativ funktionieren können, ohne automatisch auf einen klientelistischen Mechanismus zu schließen.

Ein Beispiel ist der Beschluss 3430 – die Überlassung eines Gebäudes an die Stiftung Bereket Aşevi ve Yardımlaşma Derneği (2022). In diesem Beschluss wird ein kommunales Gebäude einem zivilgesellschaftlichen Verein zur Nutzung als Suppenküche für Bedürftige überlassen.

Die Entscheidung erfolgt einstimmig (oybirliği). Obwohl der Verein Räumlichkeiten erhält, zeigt die Einstimmigkeit, dass diese Entscheidung nicht auf parteipolitischem Widerspruch beruht und eher Wohltätigkeit schlichtweg konsensual unterstützt. Es gibt zwar einen materiellen Transfer, doch fehlt hier die politische Streitlinie, die für die klientelistische Netzwerkförderung charakteristisch wäre. Der Beschluss 3997 (2025) sieht ein Protokoll zur Vergabe bedarfsgerechter Stipendien an Studierende in Kooperation mit der Türk Eğitim Vakfı (TEV) vor. Die Entscheidung ist einstimmig und betrifft die Zusammenarbeit mit einer etablierten Bildungstiftung, die als säkulare, politisch unabhängige Organisation gilt. Diese Partnerschaft zeigt, wie kommunale Bildungspolitik jenseits von Parteipolitik im Sinne des Gemeinwohls verläuft. Dieser Fall dient als wichtige Kontrastfolie zu H1-Fällen, in denen Bildungszugänge oft über AKP-nahe Akteure verlaufen. In Beschluss 2957 (2020) geht es um die Mitfinanzierung eines staatlichen Schulneubaus (20 Klassenräume sowie eine Sport- und Konferenzhalle), da das MEB-Budget nicht ausreicht. Das ist eine klassische Ko-Finanzierung öffentlicher Bildung zwischen Kommune und Zentralstaat (§ 75 Belediye Kanunu). Somit ist es wichtig zur Abgrenzung, da es eine normale Bildungsgovernance (Bildungsausgaben) ohne intermediäre Akteure zeigt.

Ein weiteres Muster zeigt sich in Fällen, die sich als *staatlich-religiöse Infrastrukturpolitik ohne Netzwerkförderung* beschreiben lassen. Hier unterstützt die Gemeinde die religiöse Infrastruktur, jedoch nicht im Rahmen einer politischen Netzwerklogik, sondern als Teil der administrativen Verwaltung religiöser Orte. Wenn solche Entscheidungen einstimmig getroffen werden, deutet dies darauf hin, dass sie als infrastrukturelle oder denkmalpflegerische Maßnahmen verstanden werden können und nicht als politische Ressourcenverteilung.

Ein Beispiel wäre der Beschluss 3871 – eine Kooperation mit der Vakıflar Genel Müdürlüğü (2024). Hier arbeitet die Kommune zur Restaurierung der Selimiye-Moschee mit der staatlichen Vakıf-Behörde zusammen. Die Einstimmigkeit und der staatliche Akteur ohne dazwischengeschaltete NGOs zeigen, dass die administrative Unterstützung religiöser Orte kommunal normal sein kann. Diese Fälle helfen, zwischen institutioneller Religionspolitik und Netzwerkförderung zu unterscheiden.

Darüber hinaus finden sich zahlreiche Beschlüsse (eindeutig der Großteil auf die Gesamtheit gesehen), die *administrative Normalität und Standard-Governance* zeigen. Sie betreffen alltägliche Verwaltungsentscheidungen oder organisatorische Fragen der Kommune, die politisch relevant sein können, jedoch keine Hinweise auf klientelistische Muster enthalten. Zum Beispiel wird im Beschluss 2750 aus dem Jahr 2019 über eine Projektdurchführung von

„Bilim Bakalım“ und „Atölye Üsküdar“ abgestimmt. Die Entscheidung regelt einfache Zeichnungs- und Vertretungsbefugnisse für zwei öffentlich finanzierte Förderprogramme. Die einstimmige Entscheidung zeigt, wie normale Verwaltungsorganisation funktioniert, wenn keine externen NGOs oder Stiftungen involviert sind. Der Beschluss 2789 betrifft Bau- und Infrastrukturmaßnahmen (2019). Hier geht es um Reparaturen und Erhalt öffentlicher Gebäude. Der politische Dissens bei der Abstimmung resultiert vermutlich aus Prioritätsfragen, nicht aber aus ideologischer oder klientelistischer Logik nach meinen Untersuchungskriterien.

Eine weitere Gruppe von Fällen betrifft *Konflikte (Dissens) in Bildungs- und Planungsfragen, jedoch ohne klientelistische Logik*. Ich konnte politische Auseinandersetzungen beobachten, die jedoch eher fachliche oder fiskalische Fragen betreffen und nicht auf die Förderung spezifischer Netzwerke zurückzuführen sind. Die beiden Beschlüsse 3052 & 3308 (2019/2020) behandeln solche fiskalisch-administrativen Konflikte. Die Abstimmung über Grundstücksverrechnungen zu Schadensregulierungen mit dem Finanzministerium (Maliye Hazinesi) zeigt, dass Mehrheitsentscheidungen auch bei rein administrativen Verteilungsfragen auftreten können. Solche Fälle verdeutlichen noch einmal, dass einfache Mehrheits-Abstimmungen kein H1-Beweis, sondern ein Indikator sind. Obwohl im Beschluss 3144 (2021) ein Vakıf-Eigentum, der Stiftung Şeyh Himmet Efendi Vakfı, betroffen ist, handelt es sich nur um eine planungsrechtliche Anpassung, wie sie auch bei privaten Eigentümern üblich ist. Der politische Dissens zeigt eher fachliche Differenzen, nicht klientelistische Präferenz.

Ein weiteres Muster lässt sich als *konsensuale Sicherung religiöser Flächen* beschreiben. In diesen Fällen werden religiöse Nutzungen geschützt oder erhalten, ohne dass sich daraus zwingend eine Förderung spezifischer Netzwerke ableiten ließ. In 3453 aus dem Jahr 2022 wird ein Antrag zur Umwidmung eines Grundstücks in Wohnnutzung einstimmig abgelehnt, um die bestehende religiöse Nutzung zu bewahren. Die Entscheidung zeigt, dass religiöse Flächensicherung oft auch ein konsensuales Feld sein kann/ist.

Schließlich existieren Fälle, die sich als *sozialpolitische Großprojekte ohne NGO-Beteiligung* einordnen lassen. Diese Projekte können politisch umstritten sein, weisen jedoch keine Hinweise auf eine klientelistische Begünstigung bestimmter Akteure auf. Als Beispiel kann der Beschluss 3214 (2021) dienen – eine Kooperation mit TOKİ (die staatliche türkische Behörde für Wohnungsbau und Städteplanung) für ein Kinder-Freizeitprojekt. Diese Entscheidung über ein staatlich-kommunales Freizeit-/Erholungsprojekt zeigt, dass auch große soziale Projekte

ohne NGO/Begünstigten-Bezug politischen Streit (einfache Mehrheitsabstimmung) erzeugen können, ohne dass sie gleich klientelistisch sind.

Zusammen zeigen diese Beispiele, dass ein erheblicher Teil der kommunalen Beschlüsse alltägliche Governance-Prozesse widerspiegelt. Gerade diese Kontextfälle sind analytisch wichtig, da sie eine Vergleichsgrundlage schaffen und verdeutlichen, welche Formen von Ressourcenverteilung, Kooperation oder politischem Dissens als normale kommunale Entscheidungslogik gelten können. Erst vor diesem Hintergrund lassen sich jene Fälle identifizieren, in denen Ressourcenvergabe, institutionelle Kooperation oder politische Konfliktlinien tatsächlich auf klientelistische Netzwerkstrukturen oder eine veränderte Governance nach 2024 hinweisen.

6.1.2 Erste Hinweise auf AKP-Nähe

Aufbauend auf den zuvor dargestellten Kontextfällen kommen wir nun zur Zwischenkategorie, in der erstmals konkrete Hinweise auf mögliche klientelistische Strukturen sichtbar werden. Diese abgeschwächten H1-Fälle zeichnen sich dadurch aus, dass zentrale Merkmale von H1 bereits vorhanden sind, etwa die Vergabe von Ressourcen oder institutionellen Zugängen, jedoch keine eindeutig belegbare Nähe zu AKP-nahen Akteuren nachgewiesen werden konnte oder in einzelnen Fällen eine gewisse Unsicherheit bei der Einordnung bestand. Sie markieren damit eine analytische Übergangszone, in der erste wichtige belastbare Hinweise vorliegen, die Evidenz jedoch noch nicht ausgereicht hat, um von klaren H1-Fällen zu sprechen. Trotzdem haben sie eine große Aussagekraft.

Ein zentraler Aspekt dieser Fälle betrifft den *Zugang zu institutionellen Räumen und Ressourcen*. Hier stehen Entscheidungen im Vordergrund, die Vereinen und Stiftungen den Zugang zu kommunaler Infrastruktur ermöglichen, ohne dass zwingend direkte finanzielle Transfers erfolgen. Wie im Beschluss 3191 (2021) deutlich wird, kommt es zu einem Kooperationsprotokoll mit dem Verein *İstanbul Tasavvuf ve Musiki Araştırmaları Derneği*, damit dieser die Nutzung einer Tekke (klosterähnliches Gebäude) und einer angeschlossenen Hazire (kleiner Friedhof) übernimmt. Dieser Verein lässt sich nach Analyse der öffentlich zugänglichen Daten und Social-Media-Aktivitäten als kulturell-religiös orientiert beschreiben. Eine eindeutig belegte Nähe zur AKP konnte hier nicht nachgewiesen werden. Da der Verein dennoch institutionellen Zugang zu einem relevanten kommunalen Objekt erhält und dies politisch nur mehrheitlich entschieden wurde, zählt dieser Fall zu den abgeschwächten H1-Fällen. Ähnlich gelagert ist der Beschluss 2979 (2020), der der NGO TOGEM die temporäre Nutzung eines kommunalen Grundstücks ermöglicht, bis ein neuer Bebauungsplan vorliegt.

TOGEM engagiert sich in verschiedenen sozialen Projekten, insbesondere im Bildungsbereich, um benachteiligte Gruppen zu unterstützen, ist in der politischen Landschaft aber nahe der AKP einzuordnen. Der Unterschied zu einem klassischen H1-Fall besteht darin, dass die Nutzung zeitlich begrenzt und nicht dauerhaft zugesichert wird. Auch wenn die politische Nähe klar ist, wird dieser Fall als abgeschwächt bewertet, weil die Förderung nicht auf langfristige institutionelle Bindung angelegt ist.

Auch der Beschluss 3193 aus dem Jahr 2021 zeigt eine umfangreiche Form solcher Ressourcenöffnung, indem ein kommunales Grundstück im Viertel Burhaniye Mahallesi der Stiftung *Rize Dernekler ve Vakıflar Birliği Vakfı* für 25 Jahre kostenlos überlassen wird. Die Stiftung plant dort vielfältige Aktivitäten wie eine Suppenküche, einen Studenten-Gästehausbetrieb, Bibliothek, Bildungs- und Versammlungsräume sowie sozial-kulturelle Veranstaltungen. Zwar konnte die Stiftung nicht eindeutig als AKP-nah ausgewiesen werden, doch die langfristige Überlassung sowie die Mehrheitsabstimmung zeigen eine mögliche klientelistische Ressourcenzuteilung und werden daher als abgeschwächter H1-Fall gewertet. In ähnlicher Weise zeigt 3648 (2023), in dem die *Selase Hilal Vakfı* Stiftung über ein Kooperationsprotokoll die Nutzung eines kommunalen Gebäudes für soziale und kulturelle Aktivitäten erhält, die nach Analyse der Social-Media-Kanäle religiöse Tätigkeiten betreiben. Auch hier konnten keine belastbaren Beweise für eine AKP-Nähe gefunden werden, die Mehrheitsabstimmung deutet jedoch auf politische Brisanz hin. Auch der Beschluss 3572 (2022), in welchem dem Verein *Çağrgan İlim Kültür ve Eğitim Derneği* über §75 die Nutzung eines Gebäudes für Bildungs- und Kulturangebote ermöglicht wird, gehört in diesen Bereich. Nach Recherche erscheint der Verein stark religiös geprägt, tritt aber öffentlich nicht eindeutig belegbar zugunsten der AKP auf. Somit zeigt der Beschluss die gezielte institutionelle Öffnung kommunaler Bildungsräume für religiös oder kulturell orientierte Organisationen und ist als abgeschwächter H1-Fall anzusehen.

Ebenso gehört 3574 (2022) mit dem Antrag der *Ferşad Vakfı* in diese Kategorie, da der Gemeinderat die Ermächtigung zur Kooperation ausspricht, jedoch bei der Vakfı keine belastbaren Hinweise auf eine spezifische politische Nähe gefunden werden konnten. Diese ist dennoch eindeutig stärker religiös geprägt, weshalb dies ein abgeschwächter H1-Fall ist. Auch die Mehrheitsabstimmung deutet hier wieder auf politische Umstrittenheit hin. Schließlich legt auch der Beschluss 3732 (2023), in dem die Stiftung *Klasik Türk Sanatları Vakfı* die Nutzung eines historischen Gebäudes für kulturelle Zwecke erhält, dar, wie kommunale Immobilien institutionell vergeben werden. Auch hier zeigen die öffentlich verfügbaren Informationen, dass

die Stiftung im kulturell-religiösen Milieu aktiv ist, ohne jedoch einem nachweislich parteipolitisch motivierten Netzwerk zuzugehören. Die politische Relevanz ergibt sich aus der Mehrheitsentscheidung und der Ressourcenöffnung, weshalb dieser Fall ebenfalls als abgeschwächter H1-Fall zählt.

Denkmalschutz und staatliche Religionsverwaltung

Neben diesen Formen der direkten oder indirekten Ressourcenöffnung lassen sich auch Fälle beobachten, die eher im Bereich der *Denkmal- und Symbolpolitik* liegen. So dokumentiert der Beschluss 2910 (2020) eine Grundstücksübertragung zwischen der Kommune und der Maliye Hazinesi (Finanzministerium) im Zusammenhang mit dem 15.-Juli-Märtyrer-Denkmal und -Museum. Obwohl hier keine zivilgesellschaftliche Organisation begünstigt wird, fördert der Beschluss institutionell eine staatlich dominierte Symbol- und Erinnerungspolitik, die in der politischen Ausrichtung gesellschaftlich umstritten ist, da sie die AKP-Ideologie unterstützt. Diese Entscheidung ist relevant, weil sie verdeutlicht, wie kommunale Ressourcen zur Unterstützung historisch-politisch bedeutsamer Orte mit hoher symbolischer Aufladung eingesetzt werden.

Eine weitere Gruppe von Fällen lässt sich unter der Kategorie *staatliche Religionsverwaltung als strategischer Akteur* zusammenfassen. Hier wird sichtbar, wie staatliche religiöse Institutionen direkt in Kooperation mit der Kommune agieren und dadurch die religiöse Infrastruktur gestärkt wird. So zeigt der Beschluss 3379 (2022) eine Kooperation zwischen der Kommune und dem Üsküdar İlçe Müftülüğü zur Restaurierung der Meşruta-Gebäude der Selimiye-Moschee, wobei das Gelände der Vakıflar Genel Müdürlüğü gehört. Die Entscheidung stärkt unmittelbar die religiöse Alltagsinfrastruktur, auch wenn kein Verein oder keine Stiftung im klassischen Sinne davon profitiert. Dennoch verfestigen solche Investitionen in moscheennahe Infrastruktur die religiöse Alltagspräsenz, erzeugen Personalbindung (als kommunale Ressource) und schaffen institutionelle Reichweite. Weil es sich um einen staatlichen Akteur handelt, der Teil der offiziellen Religionsverwaltung ist, wird der Fall als abgeschwächter H1-Fall eingeordnet, da der Mechanismus der Ressourcenzuweisung vergleichbare Wirkungen entfalten kann und die staatliche religiöse Infrastruktur zunehmend politisch geprägt ist.

Auch der Beschluss 2980 aus dem Jahr 2020 umfasst die Genehmigung eines gemeinsamen Dienstleistungsprotokolls zur Restaurierung historischer Vakıf-Immobilien, die dem Diyanet zugewiesen sind. Der inhaltliche Fokus liegt dabei auf Denkmalschutz und Instandhaltung. Es

handelt sich somit nicht um eine klassische NGO-Förderung, sondern um eine fortbestehende kommunale Unterstützung staatlich-religiöser Infrastruktur nach 2019. Gleichzeitig sind auch Grundstücke von Stiftungen direkt involviert, weshalb der Fall als abgeschwächter H1-Fall eingeordnet werden kann. Die Beteiligung der Diyanet weist zudem auf institutionell verankerte Unterstützung im religiösen Bereich hin. Der Beschluss wurde mit einfacher Mehrheit angenommen, was auf eine gewisse politische Brisanz hindeutet. Ähnlich gelagert ist auch der Beschluss 3434 (2022), der einen Grundstückstausch zur Begleichung von Ecrimisil-Schulden (Entschädigung für unberechtigte Besetzung) zwischen der Kommune und der Vakıflar Genel Müdürlüğü regelt. Dieser zeigt, wie die staatliche Religionsverwaltung durch kommunale Entscheidungen Ressourcen umschichten und strategisch sichern kann und wie die Kommunalregierung dadurch religiöse Liegenschaften aufwerten oder stabilisieren kann. Auch hier handelt es sich formal um einen fiskalisch-administrativen Vorgang. Politisch ist der Kontext jedoch relevant, da die Vakıflar Genel Müdürlüğü ein umfangreiches Portfolio religiöser Immobilien verwaltet. Da kein intermediärer Träger beteiligt ist, bleibt die Einordnung als abgeschwächter H1-Fall bestehen, wobei die Mehrheitsabstimmung erneut auf politischen Dissens hinweist.

Schließlich finden sich auch Fälle, die als *administrative Entscheidungen mit religiöser Relevanz* beschrieben werden können. Der Beschluss 3854 (2024) erlaubt dem Bürgermeister die Zusammenarbeit mit der privaten Alp Group – Yavuz Group Adi Ortaklığı beim Wiederaufbau der Mescid-i Aksa-Moschee in Bahçelievler. Obwohl kein Verein oder keine Stiftung explizit profitiert, wird hier ein kommunal legitimer Raum geschaffen und unterstützt, was als Förderung religiöser Infrastruktur interpretiert werden kann. Gleichzeitig kann dies auch als administrative Normalität gelten, wobei die Mehrheitsabstimmung zumindest auf Dissens hinweist. Da keine eindeutig belegte politische Nähe zur AKP erkennbar ist, wird dieser Fall als sehr schwacher H1-Fall eingeordnet, der administrative und religiöse Aspekte verbindet und sich nur marginal von klassischen Kontextfällen abhebt. Ergänzend zeigt der Beschluss 3858 (2024) eine planungsbezogene Umwidmung eines kommunalen Grundstücks von „kulturelle Einrichtung“ zu „Cami-Alanı“ – was auf Türkisch „Moschee“ bedeutet – um dort eine Moschee mit Koran-Kurs und Yurt zu ermöglichen. Auch hier handelt es sich nicht um eine direkte Ressourcenvergabe an einen Verein, sondern um eine institutionelle Ermöglichung der religiösen Nutzung. Die Mehrheitsentscheidung weist auf politische Umstrittenheit hin, ohne dass eine klare intermediäre Förderung vorliegt, weshalb auch dieser Fall als abgeschwächter H1-Fall eingeordnet wird.

Insgesamt zeigen diese abgeschwächten H1-Fälle, dass sich zwischen klarer Verwaltungsroutine und eindeutig identifizierbarer Netzwerkförderung eine breite Grauzone befindet. In dieser werden Entscheidungen getroffen, die bereits politische und strukturelle Relevanz besitzen, ohne dass sich die zugrunde liegenden Netzwerke in jedem Fall eindeutig nachweisen lassen. Auch wenn in vielen Fällen entsprechende Hinweise auf entsprechende Strukturen vorliegen, bleibt die Beweislage teilweise unklar. Diese Fälle sind daher besonders wichtig, da sie die Grenze zwischen plausibler Annahme und eindeutig belegbarer Netzwerkförderung markieren.

6.1.3 Eindeutige klientelistische Muster

Im Anschluss konnten mehrere Beschlüsse identifiziert werden, die sich eindeutig als H1-Fälle einordnen lassen. In diesen Fällen werden kommunale Ressourcen – etwa Gebäude, institutionelle Zugänge oder Kooperationen – gezielt an Akteure vergeben, die dem religiös-konservativen oder regierungsnahen Umfeld zuzuordnen sind. Die Formen dieser Unterstützung sind vielfältig und reichen von Bildungs Kooperationen und sozialen Projekten bis hin zur langfristigen Absicherung materieller Ressourcen. Als ein wichtiges Feld konnte dabei die Unterstützung durch zivilgesellschaftliche Vereine mit religiösem Schwerpunkt ausgemacht werden. Ein klassischer Fall solcher kommunalen Ressourcenvergabe zeigt sich im Beschluss 2696 aus dem Jahr 2019, in dem die Üsküdar-Gemeinde die Nutzung der restaurierten Afghan Tekkesi dem religiös-intellektuellen Verein *Klasik Düşünce Okulu Derneği* überträgt. Der Verein ist im Bereich islamischer Bildung und kultureller Aktivitäten aktiv und erhält über ein Kooperationsprotokoll nach § 75 einen institutionalisierten Zugang zu einem religiösen Gebäude, obwohl er nicht formell Eigentümer ist. Dieser Fall verbindet kommunale Investitionen in religiöse Infrastruktur mit der Stärkung eines intermediären Akteurs und ist daher ein klarer H1-Fall. In eine ähnliche Richtung weist auch der Beschluss 3319 (2021), in dem TOGEM-DER ein Kooperationsprotokoll zur Durchführung eines Vorschulkooperationsprojekts mit der Kommune und der Bezirks-Schulbehörde erhält. TOGEM-DER ist, wie bereits erwähnt, öffentlich als AKP-nah verortet, und die Gewährung institutioneller Ressourcen im Bildungsbereich zeigt die klientelistische Netzwerkpflge der Kommune, weshalb auch dieser Beschluss als deutlicher H1-Fall klassifiziert wird.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf kommunalen *Bildungs Kooperationen mit intermediären Akteuren*. So zeigt sich im Beschluss 3316 ein Kooperationsprotokoll zwischen der Üsküdar Belediyesi und dem Verein İstanbul Gönüllü Eğitimciler Derneği (İGEDER), wonach der Verein Zugang zu kommunalen Räumen erhält, um Bildungs-, Kultur- und

Fortbildungsangebote anzubieten. IGEDER stellt laut eigenen Angaben „nationale und moralische Werte“ (milli ve manevi değerler) ins Zentrum seiner Arbeit und arbeitet eng mit staatlichen Institutionen zusammen. Es besteht beispielsweise ein offizielles Protokoll für die Lehrerfortbildung mit dem türkischen Erziehungsministerium (MEB), das seit Jahren unter AKP-Führung steht. Die Mehrheitsabstimmung unterstreicht dabei den politischen Dissens und hebt den Fall von rein administrativen Bildungsentscheidungen ab.

Auch im *sozialpolitischen Bereich* lassen sich entsprechende Muster erkennen. Wie im Beschluss 3233 deutlich wird, beantragt die Stiftung *Kalyon Vakfi* eine Zusammenarbeit mit der Kommune zur Unterstützung junger vulnerabler Frauen, die nach Volljährigkeit Einrichtungen der Sozialdienste oder des Kinderschutzes verlassen haben. Der Beschluss ist inhaltlich als klassische Kooperation in der Sozialpolitik gestaltet, ohne dass konkret materielle oder finanzielle Ressourcen genannt werden, was den H1-Gehalt zunächst begrenzt. Der ausschlaggebende Aspekt liegt hier jedoch in der Einbindung eines externen Trägers in die kommunalen Sozialleistungen, da die Kalyon Vakfi in der breiten Öffentlichkeit als stark regierungsnah bekannt ist. Die Abstimmung per einfacher Mehrheit weist zudem auf politischen Dissens hin und unterstützt die Einordnung als H1-Fall.

Defensive Strategie der AKP?

Im weiteren Verlauf habe ich zwei besonders prägnante Fälle gefunden, die eine eher umgekehrte Logik aufweisen, aber deshalb umso interessanter sind. Sie können als *defensive Taktiken zur Sicherung von Ressourcen und Immobilien* verstanden werden.

Neben der direkten Vergabe von Ressourcen finden sich nämlich auch Fälle, in denen bestehende Ressourcen institutionell gesichert oder in ihrer Nutzung stabilisiert werden. So zeigt sich im Beschluss 3551 aus dem Jahr 2022, dass mehrere kommunale Immobilien als „kamu hizmet alanı“ (dem öffentlichen Dienstleistungsbereich) gewidmet werden, wodurch ihre Nutzung rechtlich abgesichert wird. Diese Widmung ermöglicht es, die Kontrolle über Räume zu behalten, die, wie aus der Literatur bekannt, häufig von vereins- und stiftungsnahen Akteuren oder Tochtergesellschaften für soziale, kulturelle oder Bildungsaktivitäten genutzt werden. Diese Maßnahmen können als institutionelle Absicherung bestehender Ressourcen interpretiert werden, insbesondere vor dem Hintergrund eines möglichen politischen Machtwechsels oder des Drucks durch die oppositionelle Stadtregierung. In eine ähnliche Richtung weist auch der Beschluss 3592 aus dem Jahr 2023, in dem dem Belediye Encümeni (Gemeindevorstand) eine umfassende Ermächtigung eingeräumt wird, kommunale Immobilien

flexibel zu verwalten. Auch hier lässt sich eine Vorbereitung erkennen, die darauf abzielen könnte, bestehende Ressourcenzugänge vor einem möglichen politischen Wechsel zu stabilisieren. Beide Fälle werden als H1 klassifiziert, da sie solche Mechanismen betreffen, die die Kontrolle über politisch relevante Ressourcen sichern, auch wenn sie nicht unmittelbar einer spezifischen Organisation zugewiesen werden.

Ein weiterer Typ von H1-Fällen betrifft die *Unterstützung staatlich-religiöser Infrastruktur*. So wird im Beschluss 3060 aus dem Jahr 2021 dem Bürgermeister die Möglichkeit eingeräumt, mit der İlçe Müftülüğü zusammenzuarbeiten, wodurch die Gemeinde Bau-, Instandhaltungs- und Transportkosten für eine Meşruta auf einem Vakıflar-Grundstück übernimmt. Die Kommune erbringt hier materielle Leistungen für eine religiös-staatliche Institution. Diese Form der Unterstützung geht über eine rein administrative Funktion hinaus, da entsprechende Maßnahmen keine zwingende Pflichtaufgabe der Kommune darstellen, wie ich in weiterer Recherche feststellen konnte. In Verbindung mit der nicht konsensualen Abstimmung ergibt sich daher eine Einordnung als H1-Fall.

Besonders deutlich wird die Logik kommunaler Ressourcenvergabe im Beschluss 3741, in dem die Stiftung Aziz Mahmud Hüdayi Vakfı ein 49-jähriges kostenloses Erbbaurecht zum Bau und Betrieb von Bildungs- und Studierendenwohnheimen erhält. Die Stiftung ist öffentlich als religiös-konservativ und AKP-nah vernetzt bekannt, und die langfristige Überlassung kommunaler Flächen stellt eine substanzielle materielle Ressourcenbindung dar. Die Anwendung eines speziellen rechtlichen Rahmens zur Ermöglichung dieser Zuweisung unterstreicht die strukturelle Bedeutung dieses Falls innerhalb der H1-Kategorie. Die Abstimmung darüber verlief dementsprechend nicht einstimmig und wurde nur mit einfacher Mehrheit beschlossen.

Insgesamt zeigen die H1-Fälle, dass kommunale Unterstützung nicht auf eine einzelne Form beschränkt ist, sondern sich über verschiedene öffentliche Bereiche hinweg entfaltet. Während einige Entscheidungen auf den ersten Blick klassischen Politikfeldern wie Bildung, Sozialpolitik oder Infrastruktur zuzuordnen sind, zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass sie bestimmten Akteuren einen privilegierten Zugang zu kommunalen Ressourcen ermöglichen oder bestehende Zugänge absichern. Gerade im Vergleich zu den zuvor behandelten abgeschwächten H1-Fällen wird hier eine größere Klarheit sichtbar: Die Verbindungen zu religiös-konservativen oder regierungsnahen Akteuren sind deutlicher erkennbar, ebenso wie die materielle oder institutionelle Bedeutung der jeweiligen Entscheidungen. Die Fälle verdeutlichen, dass kommunale Governance nicht nur aus alltäglichen

Verwaltungsentscheidungen besteht, sondern auch gezielt eingesetzt werden kann, um bestimmte Strukturen zu stabilisieren oder auszubauen.

6.1.4 Bruch und Auflösung alter Arrangements

Mit dem politischen Machtwechsel in der Bezirksverwaltung von Üsküdar zum 31.03.2024 verändert sich der institutionelle Kontext der kommunalen Entscheidungsprozesse grundlegend. Nachdem die CHP die Mehrheit im Gemeinderat übernommen hatte, begann die neue Ratsmehrheit, bestehende Arrangements und langfristige Nutzungsrechte, die in den früheren Legislaturperioden unter der AKP gewährt worden waren, kritisch zu überprüfen und in mehreren Fällen aufzuheben oder zu begrenzen. Im untersuchten Zeitraum lassen sich insgesamt vier Fälle identifizieren, die als H2-Fälle eingeordnet werden können. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass bestehende Arrangements nicht fortgeführt, sondern eingeschränkt, angepasst oder beendet werden. Im Unterschied zu den zuvor dargestellten Kategorien liegt der Fokus hier somit nicht auf der Vergabe oder Ausweitung von Ressourcen, sondern auf deren Neuordnung unter den veränderten politischen Mehrheitsverhältnissen.

Im Beschluss 3975 vom 06.06.2024 hebt der Üsküdar-Gemeinderat frühere Entscheidungen des Rates aus den Jahren 2017 und 2018 auf, die insgesamt fünf kommunale Immobilien für jeweils 49 Jahre drei Stiftungen überlassen hatten. Diese langjährigen Überlassungen waren formal durch Eintragungen von „irtifak hakkı“ (Nutzungsrechte) zugunsten der betroffenen Stiftungen realisiert worden, was faktisch einer kostenlosen und dauerhaften Nutzung gleichkam. Die betroffenen Organisationen sind TÜRGEV, Ensar Vakfi und die Aziz Mahmud Hüdayi Vakfi, die jeweils Gebäude als Studentenwohnheime nutzten. Im Ratsbeschluss wird argumentiert, dass solche Überlassungen mit dem Gemeindegesetz kollidieren, weil kommunale Immobilien nach geltendem Recht nur an öffentliche Institutionen und nur für maximal 25 Jahre vergeben werden dürfen, nicht für nahezu Dauernutzungen an nichtstaatliche Akteure. Zur Begründung wird Bezug auf kommunalrechtliche Normen (u. a. §§ 75/d und 18/e) genommen. Der Gemeinderat hebt daher die früheren Beschlüsse auf, um diese langfristigen Nutzungsrechte zu beenden. Die Entscheidung fällt per oyçokluğu (Mehrheitsentscheidung), was angesichts der juristisch geprägten Argumentation so interpretierbar ist, dass die AKP-Fraktion den Rückbau verhindern wollte. Gerade TÜRGEV und Ensar Vakfi sind stark mit AKP-nahen Netzwerken verknüpft, etwa über ihre Rolle in Bildungs- und Jugendprogrammen und über personelle Netzwerke. Der Beschluss hebt damit eine frühere klientelistisch wirksame Infrastruktur auf, er entzieht den Stiftungen ihre langfristigen Privilegien und stellt sie rechtlich infrage. Da dies keine Förderung, sondern ein gezielter Rückbau der früheren Arrangements ist, bewerte ich

diesen Beschluss eindeutig als H2-Fall. Das Mehrheitsvotum zeigt den politischen Konflikt, der mit dem Rückbau dieser Infrastruktur verbunden ist.

Der Beschluss 3976 vom gleichen Tag setzt die systematische Aufarbeitung früherer Immobilienüberlassungen fort und ordnet die Aufhebung zahlreicher bisheriger Entscheidungen und Kooperationsprotokolle an, nach denen insgesamt 25 kommunale Immobilien dauerhaft oder langfristig verschiedenen Vereinen, Stiftungen und NGOs zur Nutzung überlassen worden waren. Der Beschlusstext stellt klar, dass viele dieser Überlassungen in der Praxis formal nicht ordnungsgemäß nach den einschlägigen Rechtsnormen abgewickelt wurden und daher als rechtswidrig bewertet werden. Diese Protokolle seien keine echten gemeinsamen Projekte, sondern praktisch Immobilienüberlassungen, die NGOs/Vakıfs die Nutzung ermöglichen, ohne den Weg über das 2886-Vergaberecht zu gehen. Zusätzlich wird auf Feststellungen des türkischen Rechnungshofs verwiesen, die unzulässige Überlassungen ohne Ausschreibungen feststellten, aber auch der Einsatz kommunaler Ressourcen wie Mietzahlungen, Ausstattung (Möblierung) und Personal (Reinigung und Sicherheit) dokumentieren, was als „kamu zararı“ (öffentlicher Schaden) gerahmt wird. Für solche angemieteten Objekte seien jährlich etwa 6 Mio. TL Miete gezahlt worden. Im Beschluss werden die früheren Entscheidungen aufgehoben, und die Bürgermeisterin wird ermächtigt, auch weitere fragwürdige Protokolle zu kündigen oder zu beenden. Die Abstimmung erfolgt ebenfalls per einfacher Mehrheit, was signalisiert, dass es innerhalb des Rates politischen Widerstand gegen diese Korrektur gibt. Inhaltlich ist der Fall kein administrativer Normalvorgang, sondern stellt einen Strukturbruch dar, weil eine ganze Reihe langjähriger kooperationsprotokollbasierter Immobilienverwendungen aufgehoben und damit das institutionelle Handeln der Vorperiode infrage gestellt wird. Damit fällt dieser Beschluss klar in die H2-Kategorie.

Auch einzelne Rücknahmen und Begrenzung

Solche Fälle traten auch im kleineren Rahmen mit einem einzelnen betroffenen Akteur auf, wie im Beschluss 3999 vom 04.07.2024: Hier hebt die Kommune eine frühere, langfristige Nutzungsregelung für ein Gebäude in Üsküdar auf, das über ein Kooperationsprotokoll dem Verein *İlim Yayma Cemiyeti* zur Nutzung als Studentenwohnheim überlassen worden war. Die ursprüngliche Vertragssituation basierte auf einer Kombination von kommunalem Zugang und langjähriger, kostenloser Nutzung durch den Verein, der als islamistisch-konservative Bildungsorganisation gilt und in Zusammenhang mit AKP-nahen Netzwerken gebracht wird, etwa durch seinen Einfluss im Bereich religiöser Bildung und Imam-Hatip-Schulen. Die neue

Mehrheit begründet die Aufhebung wieder damit, dass kommunale Immobilien nach geltendem Recht nicht dauerhaft und kostenlos an nicht-öffentliche Akteure vergeben werden dürfen und verweist explizit auf bindende Normen des Gemeinderechts sowie auf Kritik und Prüfungen des Rechnungshofs. Darüber hinaus wird im Text erneut ein „öffentlicher Schaden“ benannt, der sich aus der unentgeltlichen Nutzung über einen langen Zeitraum ergibt. Die Abstimmung erfolgt per einfacher Mehrheit, was darauf hindeutet, dass dieser Rückbau politisch umstritten ist. Inhaltlich hebt der Beschluss eine typische klientelistische Unterstützungsform auf, indem er die bestehende privilegierte Nutzung beendet und damit den institutionellen Zugang des Vereins zu dieser Infrastruktur beschränkt. Da hier Rechte entzogen werden und rückläufiges Ressourcenmanagement vorliegen, ist dieser Beschluss eindeutig als H2-Fall zu interpretieren.

Während in den vorherigen Fällen bestehende Nutzungsrechte konkret entzogen werden, zeigt sich eine ähnliche Logik auch auf der Ebene planerischer Entscheidungen, in denen potenzielle Erweiterungen von Nutzungsansprüchen gezielt eingeschränkt werden.

Der Beschluss 4101 aus 2025 behandelt Einwendungen gegen den schutzbezogenen Bebauungsplan im Umfeld der Valide-i Atik Cami, einer bedeutenden Moschee in Üsküdar, und dessen Umgebung. Zahlreiche vakıf-bezogene Akteure hatten versucht, über Einwendungen eine Erweiterung von Bau- und Nutzungsrechten zu erreichen, etwa durch Umwidmung von Park- und Freiflächen zu Bauland oder sozial genutzten Flächen. Der Gemeinderat bestätigt jedoch in der Mehrheit die bestehenden, restriktiven Pläne und lehnt die überwiegende Zahl der Einwendungen ab, während nur zwei eng umrissene Anpassungen zugelassen werden (etwa eine Höhenbegrenzung für ein bestimmtes Grundstück). Diese Entscheidung wurde mit einfacher Mehrheit getroffen, was zeigt, dass sie nicht als reine Routine wahrgenommen wurde, sondern politisch umstritten war und sich gegen bestimmte Ansprüche richtete, die vor allem aus den früheren politischen Konstellationen und Strukturen entstanden sind. Inhaltlich handelt es sich um eine aktive Begrenzung oder Blockade potenzieller Erweiterungen, die in der Vergangenheit Vorteile für religiös-orientierte Netzwerke bedeuten können. Dieser Beschluss schränkt frühere, weitergehende Nutzungsmöglichkeiten ein und begrenzt die Ausweitung der religiösen oder netzwerkbezogenen Nutzungen. Stattdessen folgt er einer eher restriktiven Auslegung der Planungsregeln und kann daher klar als H2-Fall eingeordnet werden.

Zusammenfassend zeigen alle vier H2-Beschlüsse, dass mit dem Machtwechsel ab Anfang 2024 vermehrt Entscheidungen getroffen werden, die frühere Nutzungsregelungen, Zugänge oder Ressourcenverteilungen betreffen und teilweise einschränken oder beenden. Die juristischen Begründungen (Bezug auf kommunal- und vergaberechtliche Vorgaben sowie auf

Feststellungen des Sayıştay) spielen dabei eine zentrale Rolle. Gleichzeitig weisen die Mehrheitsentscheidungen politischen Dissens auf, was darauf hindeutet, dass diese Maßnahmen von der AKP-Minderheit versucht wurden zu blockieren. Die Fälle unterscheiden sich damit klar von den zuvor dargestellten H1-Fällen, da sie nicht auf die Vergabe oder Ausweitung von Ressourcen abzielen, sondern auf deren Begrenzung oder Neuordnung. Sie machen sichtbar, dass sich mit den veränderten Mehrheitsverhältnissen auch die Behandlung bestehender Arrangements verändert und dass rechtliche Argumentationen dabei eine wichtige Rolle in der Begründung dieser Entscheidungen einnehmen.

6.2 Auswertung der Jahresberichte

Eine weitere und sinnvolle Alternativ-Perspektive bringt nun die Analyse der Jahresberichte der Kommune. Diese bilden eine Selbstdarstellung & Einordnung dieser Entscheidungen direkt ab und sind in politisch aufgeladenen Worten formuliert.

In den Tätigkeitsberichten der Gemeinde Üsküdar aus der Zeit der AKP-Mehrheit wird schon zu Beginn ein klarer politischer Rahmen gesetzt. Die Berichte starten häufig mit Zitaten von Recep Tayyip Erdoğan, zum Beispiel „Entwicklung und Demokratie beginnen im Lokalen“ (2019). Diese Zitate geben die Richtung vor und zeigen, dass die kommunale Arbeit bewusst im politischen Verständnis der Regierungspartei eingeordnet wird.

Der damalige Bürgermeister Hilmi Türkmen greift diese Führungszentrierung im Vorwort mehrfach auf. Erdoğan wird wiederholt als „unser Mitbürger“ (*hemşehrimiz*) bezeichnet, ihm wird für seine Vision und Unterstützung gedankt (2019), ein maßgeblicher Anteil an den kommunalen Erfolgen zugeschrieben (2022) oder seine Wirksamkeit für Üsküdar als dauerhaft hervorgehoben (2020). Die Gemeinde positioniert sich damit nicht nur administrativ, sondern auch symbolisch in enger Nähe zur nationalen Führungsebene.

Ergänzt wird diese narrative Rahmung durch die systematische Einbindung des staatlichen 15.-Juli-Narrativs. Dem „15. Juli-Märtyrerdenkmal“ wird in den Berichten eine hervorgehobene Stellung eingeräumt, wobei Üsküdar als aktiver Teil des „Demokratie-Wachdienstes“ gegen den Putschversuch von 2016 inszeniert wird (2019). Die fortlaufende Zusammenarbeit mit der NGO *15 Temmuz Derneği* sowie die Durchführung entsprechender Gedenk- und Bildungsformate verankern dieses staatsoffizielle Erinnerungsnarrativ dauerhaft in der lokalen Kultur- und Bildungsarbeit (2022; 2023).

Diese ideologische Rahmung wird zudem visuell und performativ unterstrichen. Die wiederkehrende Präsenz Erdoğan's bei zentralen symbolischen Projekten – etwa bei der

Eröffnung der Şhriban Hatun Moschee und des Prestigeprojekts und historischen Gebäudes Nevmeikân Selimiye (2021) – sowie bei Großveranstaltungen wie dem Üsküdar-Iftar (Fastenbrechen) in der Kadir-Nacht (2022) markiert Üsküdar als politisches Aushängeschild der Regierungspartei und als bevorzugten Ort symbolischer Staatsrepräsentation.

Finanzielle Unterstützungen, Sachleistungen und konfessionelle Schwerpunktsetzung (2019–2023)

Ein besonders aussagekräftiger Indikator für die kommunale Prioritätensetzung im Untersuchungszeitraum sind die umfangreichen Sachleistungen im Bereich Logistik und Reinigung religiöser Einrichtungen. Diese Leistungen werden in den Tätigkeitsberichten detailliert ausgewiesen und erlauben eine vergleichende Betrachtung über mehrere Jahre hinweg.

Bereits 2019 stellte die Gemeinde Personal und Material für die Reinigung von 651 Moscheen, 68 Mescits und 101 Kurankursen zur Verfügung, ergänzt um 16 Stiftungs- und 24 Vereinsgebäude (2019). Damit entfiel ein erheblicher Teil der kommunalen Sachleistungen auf religiöse Infrastruktur. Dieses Muster setzte sich in den Folgejahren fort: 2020 wurden weiterhin 640 Moscheen und 50 Kurankurse regelmäßig gereinigt (2020). Auch in den späteren Jahren blieb der Schwerpunkt deutlich erkennbar. So betreute die Gemeinde 2022 unter anderem 507 Moscheen und 34 Kurankurse, während lediglich ein Cem-Haus und vier Kirchen in den Reinigungsleistungen berücksichtigt wurden (2022).

Über den gesamten Zeitraum hinweg zeigt sich somit eine konstante und strukturelle Schwerpunktsetzung zugunsten sunnitisch-islamischer Einrichtungen. Während die absolute Zahl der betreuten Objekte schwankt, bleibt das Verhältnis zwischen islamischen Einrichtungen und anderen Glaubensstätten deutlich asymmetrisch.

Geförderte Stiftungen und institutionelle Netzwerke (2019–2023)

Neben allgemeinen Sachleistungen lassen sich in den Tätigkeitsberichten auch konkrete Stiftungen und Institutionen identifizieren, die gezielt von kommunalen Maßnahmen profitierten. Im Bereich der Erwachsenenbildung betrieb die Gemeinde mehrere ÜSMEK-Zentren, darunter Standorte wie das Aziz Mahmut Hüdayi Kurs Merkezi, das namentlich auf einen bedeutenden islamischen Gelehrten verweist und damit eine klare religiös-symbolische Bezugnahme aufweist (2021). Darüber hinaus übernahm die Gemeinde bauliche Maßnahmen für explizit religiöse Stiftungen. So wurde 2023 das Gebäude der *Osmanlı Vakfi* umfassend restauriert, während bei der *Din Görevlileri Vakfi* Instandsetzungs- und Wartungsarbeiten

durchgeführt wurden (2023). Beide Stiftungen sind dem Bereich religiöser Infrastruktur zuzuordnen.

Die kommunale Unterstützung beschränkte sich dabei nicht auf einmalige Investitionen. Neben der regelmäßigen Reinigung übernahm die Gemeinde auch laufende bauliche Instandhaltungen für private Kurankurse, etwa den Küplüce Kuran Kursu (2023). Diese Leistungen stellten eine dauerhafte indirekte finanzielle Entlastung religiöser Netzwerke dar und banden sie strukturell an kommunale Ressourcen.

Auch im Bildungs- und Jugendbereich trat die Gemeinde als Partner zivilgesellschaftlicher Organisationen auf, die programmatisch mit den religiös-konservativen Zielsetzungen der AKP korrespondieren. Dazu zählen Kooperationen mit *KADEM*, dem *15 Temmuz Derneği* und *BİLAD* im Rahmen von Förder- und Bildungsprojekten (2022). Diese Organisationen stehen jeweils in engem inhaltlichen oder personellen Bezug zur AKP und verfolgen Programme, die Themen wie religiöse Wertevermittlung und nationale Identität in den Mittelpunkt stellen. Die Zusammenarbeit deutet darauf hin, dass kommunale Ressourcen gezielt zur Stabilisierung des politisch und ideologisch nahestehenden zivilgesellschaftlichen Netzwerks eingesetzt wurden.

Umgesetzte Bauprojekte im Bereich religiöser und religionsnaher Infrastruktur (2019–2023)

Neben laufenden Sachleistungen und Unterstützungsmaßnahmen floss ein erheblicher Teil der kommunalen Ressourcen im Zeitraum 2019–2023 in den Neubau, die Erweiterung und die Restaurierung religiöser sowie religionsnaher Einrichtungen. Die Tätigkeitsberichte weisen für mehrere Jahre eine hohe Dichte entsprechender Bauprojekte aus.

Bereits 2019 wurden mehrere Moscheen neu errichtet oder erweitert, darunter die Hacı Harun Ekşi Moschee mit einer Fläche von 2.370 m², die Küplüce Cennet Moschee, die Hattat Hasan Çelebi Moschee sowie die Hacı Nuri Topbaş Moschee. Parallel dazu errichtete die Gemeinde Studentenwohnheime, darunter das Burhaniye-Wohnheim für männliche Studierende mit integriertem Mescit und Lehrräumen sowie das Çamlıca-Wohnheim für Studentinnen (2019).

Diese Bautätigkeit setzte sich in den Folgejahren fort. Im Jahr 2020 wurde das Wohnheim Burhaniye Erkek Öğrenci Yurdu für 132 Studenten abgeschlossen, das neben Wohnräumen auch einen Gebetsraum und Seminarräume umfasst. Zudem wurden Moscheen fertiggestellt, etwa die Fatma Cengiz Camii mit Kurankurs sowie die Yamandede Mehmet Efendi Camii mit Kurankurs und Dienstwohnung (2020). Im Bildungsbereich wurden gleichzeitig neue schulische Einrichtungen geplant, darunter eine Mädchen-Imam-Hatip-Schule mit großem Konferenzsaal sowie eine staatliche weiterführende Schule (2020).

Im Jahr 2021 lag ein deutlicher Schwerpunkt auf großvolumigen religiösen Bauprojekten. Hervorzuheben ist die Şehriban Hatun Moschee, die eine Gesamtfläche von rund 3.000 m² aufweist und einen integrierten Kurankurs für bis zu 600 Personen umfasst (2021). Weitere Moscheen wie die Mustafa Kavsar Baba Camii und der Hattat Hasan Çelebi Mescidi wurden abgeschlossen. Darüber hinaus entfiel ein erheblicher Teil der Tätigkeit der Direktion für technische Angelegenheiten auf die Restaurierung historischer religiöser Stätten, darunter die Rifai Asitanesi des Sufi-Ordens sowie die Gülfem Hatun und Fevziye Hatun Moscheen (2021).

Auch in den Jahren 2022 und 2023 blieb die bauliche Unterstützung religiöser Infrastruktur zentral. 2022 standen insbesondere Restaurierungsprojekte im Fokus, etwa an Gebäuden der Osmanlı Vakfi-Stiftung, der Şeyh Nevruz Moschee, der Fevziye Hatun Moschee sowie der Rekonstruktion des Afgan Tekkesi (letzteres kam so schon teilweise in den Meclis Kararları vor). Ergänzend wurden pädagogische Bauten realisiert, darunter die Vakıfbank Sümer Günay Güzel Sanatlar Lisesi, sowie Instandsetzungsarbeiten an zahlreichen Imam-Hatip-Schulen durchgeführt (2022).

Im Jahr 2023 kam es zu einer Häufung multifunktionaler religiöser Bauprojekte: Neben der fortgeführten Nutzung der Şehriban Hatun Moschee wurden Moscheen realisiert oder weitergebaut, die religiöse Nutzung mit Bildungs-, Gesundheits- oder Sozialfunktionen verbinden. Dazu zählen die Albayrak Moschee mit angeschlossenem Gesundheitszentrum, die Gümüşsu Moschee mit Vorschule und Frauen-Kurankurs sowie laufende Großprojekte wie die Sultan Murat Moschee mit Aşevi und Kurankurs, die Kırıoğlu Moschee und die Mahmut Armağan Moschee. Parallel dazu wurden weitere historische religiöse Stätten, darunter erneut der Afgan Tekkesi, die Şeyh Nevruz Moschee und das Fatih Mahkemesi, restauriert (2023).

Diese Bau- und Restaurierungsmaßnahmen zeigen, dass religiöse und religionsnahe Infrastruktur im Zeitraum 2019–2023 einen kontinuierlichen und quantitativ bedeutsamen Schwerpunkt der kommunalen Investitionstätigkeit der AKP bildete. Über mehrere Jahre hinweg wurden nicht nur einzelne Moscheen errichtet oder instand gesetzt (was eine Normalität darstellen würde), sondern ein breites Spektrum an Einrichtungen geschaffen, erweitert oder restauriert, das von Kurankursen über Moscheen bis hin zu studentischem Wohnraum mit integrierten Gebets- und Unterrichtsräumen reicht.

Religiöse Wertevermittlung in Bildungs- und Jugendprogrammen (2019–2023)

Neben baulichen Maßnahmen und finanziellen Unterstützungsleistungen finden sich in den Tätigkeitsberichten zahlreiche Hinweise auf Programme, in denen religiöse Inhalte und Werte

explizit Bestandteil der kommunalen Bildungsarbeit sind. Diese Programme gehen über allgemeine Jugend- oder Sozialarbeit hinaus und weisen eine klare inhaltliche Ausrichtung auf.

Bereits 2019 legten Angebote wie „Şahsiyet Okulu“ den Schwerpunkt ausdrücklich auf religiöse Bildung und moralische Persönlichkeitsentwicklung (2019).

In den folgenden Jahren wurden solche Ansätze weiter ausgebaut und spezifiziert. Programme wie *Genç Enderun* und *İrfan Okulu* vermittelten Inhalte, die als „islamische Wissenschaften“ und „nationale Werte“ beschrieben werden (2022). Die Benennung dieser Programme – etwa in Anlehnung an das osmanische Enderun-System – verweist zugleich auf eine historisch-religiöse Traditionslinie. Bis 2023 umfassten die Lehrpläne explizit Themen wie *İslami İlimler* und *Ümmet Coğrafyası*, womit religiöse Weltdeutungen und eine übernationale islamische Gemeinschaftsperspektive Bestandteil der pädagogischen Arbeit wurden (2023).

Insgesamt zeigen die Berichte, dass sich die Gemeinde im Zeitraum 2019–2023 nicht auf die Bereitstellung neutraler Bildungsangebote beschränkte, sondern auch Programme förderte, in denen religiöse Werte, Identitätsvorstellungen und moralische Leitbilder systematisch vermittelt wurden.

Der Tätigkeitsbericht 2024: Politische, soziale und institutionelle Neuakzentuierung

Der Tätigkeitsbericht 2024 markiert einen deutlichen Einschnitt in der politischen Ausrichtung der Gemeinde Üsküdar. Nach mehreren Jahren AKP-geführter Verwaltung zeigt sich mit dem Amtsantritt der neuen Bürgermeisterin Sinem Dedetaş eine veränderte Schwerpunktsetzung in Symbolik, Programmatik und Ressourcennutzung.

Im Vergleich zu den Tätigkeitsberichten der Jahre 2019–2023 fällt zunächst die veränderte politische Symbolik auf. Während in den Vorjahren Zitate und Verweise auf Recep Tayyip Erdoğan fester Bestandteil der Einleitung waren, verzichtete der Bericht 2024 vollständig auf solche Bezüge. Stattdessen rücken Begriffe wie Gleichheit (*Eşitlik*), Leistungsprinzip (*Liyakat*) und Teilhabe in den Vordergrund. Statt sich auf politische Führungsfiguren zu beziehen, wird die kommunale Arbeit stärker über grundlegende Werte und die Aufgaben der Verwaltung beschrieben.

Auch die visuelle Darstellung folgt diesem Muster. Die Fotografien im Bericht zeigen die Bürgermeisterin überwiegend im direkten Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Schülern oder bei der Eröffnung von *Kent Lokantaları* (Stadt-Restaurants) in den Bezirken Yavuztürk und Burhaniye, um preiswerte Verpflegung anzubieten. Begleitet wird sie dabei

häufig vom Istanbuler Oberbürgermeister Ekrem İmamoğlu, was die neue Einbindung Üsküders in eine breitere kommunalpolitische Linie der CHP unterstreicht. Im Unterschied zur vorherigen Phase stehen repräsentative Großereignisse mit nationaler Symbolik deutlich weniger im Fokus.

Bildung, Jugend und der Umgang mit bestehenden Programmen

Im Bildungsbereich zeigt sich 2024 eine inhaltliche Umgewichtung bestehender Programme. Formate wie die zuvor erwähnte *Genç Enderun*, die in den Jahren 2019–2023 stark religiös und ideologisch gerahmt waren, werden nun als Zentren kultureller und akademischer Förderung dargestellt. Der Bericht hebt Kurse in Robotik, Drama und Wissenschaftsgeschichte hervor und ordnet das Programm stärker in einen allgemeinbildenden Kontext ein.

Diese Neuausrichtung steht im Kontrast zur früheren Betonung religiöser Wertevermittlung. Während unter der AKP zahlreiche Programme explizit auf „nationale und spirituelle Werte“ verwiesen und religiöse Inhalte integraler Bestandteil der Bildungsarbeit waren, treten solche Bezüge 2024 deutlich in den Hintergrund. Ergänzend werden neue soziale Maßnahmen eingeführt, etwa Unterstützungsprogramme für Schüler oder der Ausbau preiswerter Verpflegungsangebote (genannte Kent-Restaurants), die Bildung und soziale Teilhabe miteinander verknüpfen.

Religiöse Infrastruktur, kulturelles Erbe und institutionelle Kontinuitäten

Trotz des politischen Wechsels bleiben viele unter der vorherigen Verwaltung geschaffene Infrastrukturen physisch bestehen. Der Bericht 2024 dokumentiert die Fertigstellung bereits begonnener Großprojekte wie der Şehriban Hatun-Moschee und der Sultan Murat-Moschee. Gleichzeitig beschränkt sich die Gemeinde weitgehend auf Abschluss- und Instandhaltungsarbeiten an bestehenden Moscheen wie der Sultan Murat Camii, der Kiroğlu Camii oder der Gümüşsuyu Camii.

Die Zusammenarbeit mit der Vakıflar Genel Müdürlüğü wird fortgeführt, insbesondere bei der Restaurierung historischer Gebäude wie der Hacı Selimağa-Bibliothek oder dem Fatih-Mahkemes-Gericht. Diese Maßnahmen werden im Bericht jedoch primär im Kontext von Denkmalschutz, Stadtbildpflege und kulturellem Erbe verortet, weniger als aktive Förderung religiöser Praxis. Die Gemeinde verweist zudem verstärkt auf externe Finanzierungsquellen wie staatliche Fonds (z. B. YİKOB), wodurch religiöse Restaurierungsprojekte nicht mehr mehrheitlich aus dem kommunalen Haushalt getragen werden.

Finanzielle Unterstützungen und Verschiebung der Sachleistungen

Ein zentraler Vergleichspunkt zwischen 2023 und 2024 ist die Entwicklung der kommunalen Sachleistungen, insbesondere im Bereich der Reinigung religiöser Einrichtungen. Während 2023 noch 43 Kurankurse regelmäßig von kommunalen Reinigungsteams betreut wurden, sinkt diese Zahl 2024 auf 32. Gleichzeitig steigt die Anzahl der gereinigten alevitischen Cemevis im selben Zeitraum deutlich von 5 auf 12 Einrichtungen.

Auch im Investitionsfokus zeigt sich eine Neupriorisierung. Während in den Jahren zuvor erhebliche Mittel in den Neubau und die Erweiterung religiöser Komplexe flossen, liegt der Schwerpunkt 2024 auf der Fertigstellung laufender Projekte sowie auf der Umschichtung von Ressourcen in direkte soziale Unterstützungsmaßnahmen. Dazu zählen Programme wie *Emeklilere Pazar Desteği* (Markt-Unterstützung für Rentner) oder Hilfen für Schulmaterial und Schulkleidung.

Stiftungen, Netzwerke und Verwaltungsverständnis

Im Unterschied zu den Vorjahren werden Stiftungen im Bericht 2024 seltener als Träger religiöser oder wertorientierter Bildungsarbeit dargestellt. Stattdessen werden Kooperationen verstärkt im Rahmen von Erasmus+-Projekten oder Umweltinitiativen wie *WeAReUskudar* oder *Yeşil Gelecek Kardeşliği* ins Blickfeld gerückt. Religiös geprägte Stiftungen, die in den Jahren zuvor prominent genannt wurden, treten in den Hintergrund oder werden nicht mehr explizit hervorgehoben.

Begleitet wird diese inhaltliche Verschiebung durch ein verändertes Verwaltungsverständnis. Die Gemeinde formuliert den Anspruch einer „transparenten, partizipativen und ganzheitlichen“ Verwaltung.

Zusammenfassend zeigt der Tätigkeitsbericht 2024 eine deutliche Veränderung gegenüber dem Zeitraum 2019–2023. Während die frühere Verwaltung religiöse Infrastruktur, Bildungsprogramme und Stiftungsnetzwerke eng miteinander verband und ideologisch rahmte, setzt die neue Verwaltung stärker auf soziale Daseinsvorsorge, Gleichberechtigung und eine breiter gefasste Bildungs- und Kulturpolitik. Religiöse Strukturen bleiben zwar Bestandteil der kommunalen Realität, verlieren jedoch ihre zentrale Stellung als politisch-programmatischer Bezugspunkt der Gemeindearbeit.

6.3 Befunde des Rechnungshofs (Sayıştay)

Die Analyse des Jahres 2019 offenbart erhebliche finanzielle Unregelmäßigkeiten, systemische Buchhaltungsfehler und eine intransparente Haushaltsführung, bei der viele relevante Vergabevorschriften umgangen worden sind. Relevant ist besonders die fehlerhafte Vermögensdarstellung: Gebäude und Grundstücke, die an andere öffentliche Einrichtungen vergeben oder von diesen übernommen wurden, sind oft nicht korrekt verbucht, also buchhalterisch falsch erfasst worden. Durch diese fehlerhafte Buchführung wird verschleiert, wer tatsächlich diese Gebäude der Gemeinde mietfrei oder unter Wert nutzen. Das kann sich auch auf Vereine oder Stiftungen beziehen, muss es aber nicht. Hinsichtlich der religiösen Infrastruktur gibt es weitere Auffälligkeiten. Unter den Objekten, die von bestimmten Steuern befreit wurden oder für die die Gemeinde die Stromkosten übernahm, finden sich Einrichtungen wie die Şemsi Paşa Moschee und das Engelsiz Yaşam Merkezi (ein barrierefreies *Lebenszentrum*). Erwähnt wird auch eine Einrichtung von TOGEM sowie ein dazugehöriger Kindergarten.

Allgemein wird vom Rechnungshof kritisiert, dass Finanzierungsflows schwer nachzuzeichnen sind, da Gelder oft nicht über die vorgesehenen Konten fließen (z. B. Investitionskosten als Direktausgaben). Weiter wurden Investitionen in Höhe von ca. 46,99 Millionen TL direkt als laufende Ausgaben verbucht, statt sie ordnungsgemäß über das Konto für „laufende Investitionen“ zu führen. Dies verzerrt die Bilanz und lässt die laufenden Kosten künstlich hoch erscheinen. Der Rechnungshof kritisiert auch die Zweckentfremdung der Gelder aus dem „Gecekondü-Fonds“ (vorgesehen für die Sanierung von Elendsvierteln), welche gesetzeswidrig für allgemeine Ausgaben wie Personal, Steuern, Versicherungsprämien verwendet wurden. Zudem wurde das „Verhandlungsverfahren“ (Pazarlık Usulü), das eigentlich für Notfälle gedacht ist, weit verbreitet angewendet, um den Wettbewerb auszusetzen.

Auch im Bericht 2020 zeichnen sich sehr ähnliche Muster wie 2019 ab. So soll das Notfallverfahren erneut systematisch genutzt worden sein, diesmal für Standard-Sach- und Dienstleistungen (64 Ausschreibungen im Wert von ca. 17,8 Millionen TL), was den Wettbewerb erheblich einschränkte. Der Bericht rügt erneut, dass Immobilien wieder nicht ordnungsgemäß erfasst wurden und Bauinvestitionen von ca. 32 Millionen TL fälschlicherweise auf Konten für „laufende Investitionen“ verblieben, anstatt sie als fertige Anlagen zu verbuchen. Zusätzlich wird festgestellt, dass 67 Immobilien trotz abgelaufener Verträge ohne neue Ausschreibung einfach gegen eine "Entschädigung" (Ecrimisil) weitergenutzt wurden. Dies ermöglicht es der Gemeinde, bestehende Nutzer in den Immobilien

zu belassen, ohne sie dem Wettbewerb einer neuen Ausschreibung auszusetzen. Konkret hinsichtlich der Unterstützung religiöser und bildungsbezogener Stiftungen/Vereinen ist auffällig, dass es hohe Transferzahlungen gab, welche allerdings nicht nach Empfänger aufgeschlüsselt worden sind. Die Gemeinde leistete solche „Laufende Transfers“ (Cari Transferler) in Höhe von 34.361.262,59 TL. Dies sind Gelder, die oft an Vereine, Stiftungen oder andere Organisationen fließen. Zudem gab es einen massiven Anstieg bei Investitionstransfers (Sermaye Transferleri) um 135,81 % auf 19,77 Millionen TL.

Im Bericht von 2022 erreichten die Praktiken hinsichtlich der intransparenten Immobilienverwaltung ihren Höhepunkt: Es wurden 28 Grundstücke, die der Gemeinde geschenkt wurden, gar nicht erst in den Buchhaltungsunterlagen erfasst. Zudem wurde die „Nutzungsentschädigung“ (Ecrimisil) für 457 Immobilien zur dauerhaften Verwaltungspraxis erhoben, anstatt ordnungsgemäße Mietverträge abzuschließen. Dabei wurde auch die Bilanz gefälscht, indem z.B. Abschreibungen falsch berechnet wurden. Durch die Vergabe via „Protokoll“ (Bulgu 20) entzieht die Gemeinde Objekte dem freien Markt. Belegt ist, dass dabei 13 Immobilien über „Kooperationsprotokolle“ statt über öffentliche Ausschreibungen an diverse Vereine und Stiftungen vergeben wurden. Drei dieser Immobilien wurden sogar völlig kostenlos überlassen. Ein weiterer Faktor ist die gezielte informelle Umgehung des Staates: Die Gemeinde zahlte 2,4 Millionen TL für ÖPNV-Karten und ca. 65.000 TL für Gasrechnungen direkt an 19.868 Studenten. Dies verstößt gegen geltendes Recht, da solche Hilfen zwingend über die staatliche Kreditanstalt KYK abgewickelt werden müssen. Der Bericht weist auch darauf hin, dass das Verfassungsgericht bereits 2008 eine Ausnahmeregelung für Gemeinden gekippt hat. Seitdem unterliegen auch Kommunen der strikten Regelung, dass finanzielle Unterstützung für Hochschulstudenten nur über die KYK erfolgen darf. Somit ist das eine klare Kompetenzüberschreitung.

Im 2023er Bericht lassen sich ebenfalls mögliche Hinweise auf Klientelismus und partielle Begünstigung finden. Die Gemeinde stellte Bussen und Minibussen für verschiedene Vereine und Stiftungen kostenlos zur Verfügung, obwohl hierfür eine Gebühr festgeschrieben war (Bulgu 1). Allein dadurch entgingen der Gemeinde Einnahmen in Höhe von 576.039,60 TL. Der Bericht nennt beispielhaft eine Fahrt für einen namentlich nicht genannten Verein am 03.02.2023. Die Gemeinde unterhält zudem Mietverhältnisse, die teilweise seit 1989 bestehen, ohne jemals eine neue Ausschreibung gemacht zu haben. Viele Mieten wurden über Jahre nicht an den Marktpreis angepasst. Die Praxis, Mietverträge nach 10 Jahren nicht neu auszuschreiben

(Bulgu 25 & 26), kann ein Instrument sein, um politisch loyale Pächter in wertvollen Immobilien zu halten.

Auch die Finanztransfers lassen sich wieder dafür nehmen: Die laufenden Transfers (Cari Transferler) beliefen sich 2023 auf 218.735.659,39 TL. Dies ist eine Verdopplung gegenüber 2022 und zeigt, wie massiv Gelder an externe Empfänger fließen. Man muss diese aber auch unbedingt im Hintergrund der starken Inflation zu der Zeit sehen. Dennoch habe ich die Höhe für relevant erachtet.

7 Interpretation der Ergebnisse

7.1 Bewertung der Daten und Anknüpfung an Theorie

Wie lassen sich diese Ergebnisse nun konkret auf die zentrale Fragestellung dieser Arbeit, nämlich inwiefern die kommunale Ressourcenvergabe und Kooperationen im Bezirk Üsküdar im Zeitraum von 2019 bis 2025 zur Unterstützung religiöser und bildungsbezogener Akteure beitragen und ob sich mit dem politischen Machtwechsel 2024 eine Veränderung dieser Praxis erkennen lässt, einordnen? Im Folgenden betrachte ich die empirischen Ergebnisse erneut im Lichte der aufgestellten Hypothesen. Hypothese 1 ging davon aus, dass diese Unterstützungsstrukturen auch nach dem Machtverlust der AKP auf Metropolebene im Jahr 2019 auf Bezirksebene fortbestanden. Im Mittelpunkt stand hier die Annahme, dass sich etablierte Netzwerke und institutionelle Arrangements nicht unmittelbar durch die veränderten politischen Mehrheiten auf höherer Ebene auflösen, sondern weiterhin über kommunale Instrumente wie Kooperationsprotokolle, Immobilienüberlassungen oder Bildungsprogramme getragen werden. Hypothese 2 knüpfte daran an und nahm an, dass mit dem Machtwechsel im Bezirksgemeinderat im Jahr 2024 eine erkennbare Veränderung einsetzt, bei der bestehende Unterstützungsstrukturen zumindest teilweise eingeschränkt, überprüft oder zurückgenommen werden.

Eine erste direkte Antwort auf die Forschungsfrage würde ich so formulieren: Ja, teilweise konnten klare wiederkehrende Muster erkannt werden, in denen kommunale Ressourcen gezielt an religiös-konservative und eindeutig AKP-nahe Akteure vergeben wurden. Durch den Machtwechsel und die Übernahme der CHP veränderte sich das politische Klima merklich, wobei zu erkennen ist, dass die explizite Förderung solcher Stiftungen und Vereine zumindest abnahm und es einige Fälle gab, in denen im großen Stil bestehende, symbolische Wirkkraft

aufweisende, bevormundende Arrangements aus AKP-Zeiten aufgelöst wurden. Somit lassen sich beide Hypothesen im Kern bestätigen.

Trotzdem muss ich diese auch etwas abschwächen. In meiner Empirie konnte ich viele Fälle herausarbeiten, die in einer gewissen Grauzone lagen und daher nicht eindeutig einen Hinweis auf die Bestätigung von H1 lieferten. In diesen Fällen werden ebenfalls Räume, Kooperationen oder institutionelle Zugänge gewährt, allerdings ohne dass eine eindeutige AKP-Nähe der beteiligten Akteure in jedem Einzelfall nachgewiesen werden kann. Interessant ist hier weniger die klare politische Zuordnung als vielmehr die Struktur der Entscheidungen: Ressourcen werden selektiv vergeben, häufig mehrheitlich beschlossen und betreffen Organisationen mit religiösem oder zumindest konservativem Profil. Dieses Muster deutet darauf hin, dass die Unterstützung nicht ausschließlich über die klar identifizierbaren Kernakteure abläuft, die ich im Vorfeld vorgestellt habe. So gab es kaum eindeutige Befunde zu den größeren, öffentlich bekannten AKP-nahen Stiftungen wie TÜGVA, TÜRGEV, Ensar Vakfi oder Aziz Mahmud Hüdayi Vakfi. Für Letztere konnte ich zumindest einen klaren H1-Fall sowie Erwähnungen von Kooperationen und Projekten in den Jahresberichten identifizieren. Auch für die Imam-Hatip-Schulen ließen sich nur wenige Anhaltspunkte für eine übermäßige Unterstützung im Vergleich zu anderen Schulformen finden. Trotz ihrer zentralen Rolle in der Literatur lassen sich bis zum Regierungswechsel in den Beschlüssen und in den Jahresberichten nur vereinzelte, jedoch keine besonderen Beispiele der Förderung oder Ausweitung finden. Dies deutet darauf hin, dass ihre Bevormundung möglicherweise stärker über andere politische Ebenen geschieht. Somit zeigte sich, dass die klientelistische Unterstützung in meiner Case Study in Üsküdar eher über ein breiteres Umfeld von Organisationen, die in ähnliche gesellschaftliche und institutionelle Kontexte eingebunden sind, abgelaufen ist.

Eine etwas andere Rolle als erwartet nehmen die staatlichen religiösen Institutionen wie die Diyanet oder die Vakıflar Genel Müdürlüğü ein. In meinen Befunden treten sie vor allem als institutionelle Partner im Bereich religiöser Infrastruktur auf, etwa bei Moscheebauten, Restaurierungen oder Instandhaltungsmaßnahmen. Die Jahresberichte zeigen, dass diese Tätigkeiten einen festen Bestandteil der kommunalen Politik bilden. Es fehlt hier jedoch häufig eine klar erkennbare zugeschnittene Bevorzugung. Vielmehr handelt es sich um eine kontinuierliche und administrativ eingebettete Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und diesen Institutionen, die sich weniger durch selektive Zuweisungen als durch stabile institutionelle Kooperationen auszeichnet. Gleichzeitig verweist ihre Präsenz auf die gewachsene Bedeutung religiöser Institutionen in der Politik und im kommunalen Raum, auch

wenn sich diese Entwicklung auf kommunaler Ebene in Üsküdar nicht immer eindeutig greifen lässt. Was sich jedoch aus den Jahresberichten ergeben hat, sind Hinweise auf die Bevorzugung der sunnitischen Mehrheit durch die Diyanet und die kommunale Ausrichtung der AKP: Bis zum Regierungswechsel wurden Korankurse und Moscheen über Jahre hinweg mit Ressourcen betreut (Reinigung und Personal), während diese Praktiken unter der säkularen Bürgermeisterin zurückgefahren wurden und gleichzeitig minderheitliche alevitische Cemevis, also Institutionen einer religiösen Minderheit, im selben Zeitraum mehr gefördert wurden.

Besonders klare Fälle konnten trotzdem gefunden werden, wie die Kooperation mit TOGEMDER, die Zusammenarbeit mit İGEDER im Bildungsbereich oder die Einbindung der Kalyon Vakfi belegen. Diese Fälle zeigen, dass nicht nur punktuelle Unterstützung wie in den abgeschwächten Fällen stattfindet, sondern auch stabile institutionelle Zugänge geschaffen werden, etwa über Räume, Bildungsprogramme oder langfristige Nutzungsrechte. Diese Muster lassen sich nicht nur in den einzelnen Ratsbeschlüssen erkennen, sondern werden auch durch die kommunalen Jahresberichte gestützt. Dort werden Programme im Bildungs- und Sozialbereich, insbesondere im Kontext von Wertevermittlung, Jugendförderung oder religiös geprägten Angeboten, wiederholt hervorgehoben. In den Berichten bis 2024 werden diese Aktivitäten als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und der gesellschaftlichen Entwicklung gerahmt, was darauf hindeutet, dass solche Kooperationen nicht die Ausnahme darstellten, sondern als Bestandteil der damaligen kommunalen Praxis und Strategie verstanden werden können. Damit ergänzen die Jahresberichte die Beschlüsse insofern, als dass sie zeigen, dass die in den Meclis Kararları sichtbaren Kooperationen auch auf programmatischer Ebene verankert sind.

Ein zusätzlicher interessanter Befund sind die Fälle der defensiven Strategien zur Sicherung bestehender Ressourcen. Sie zeigen, dass manche kommunale Immobilien bewusst auf eine Weise umgewidmet oder administrativ abgesichert wurden, die ihre zukünftige Nutzung politisch stabilisiert. Auch wenn hier keine direkte Übergabe an eine konkrete Organisation erfolgt ist, wird deutlich, dass es um die Sicherung von Strukturen geht, die in engem Zusammenhang mit bereits bestehenden Netzwerken stehen. In der Analyse konnten zwar nur zwei solcher Fälle gefunden werden, dennoch erachte ich sie als relevant, da sie das Verständnis von „Unterstützung“ erweitern können. Sie zeigen, dass es nicht immer nur um die Vergabe neuer Ressourcen geht, sondern auch um die Absicherung bereits etablierter Abmachungen.

Hinzu kommt, dass sich auch in den Sayıştay-Berichten genau solche Praktiken wiederfinden und kritisiert werden. Dort werden wiederholt Aspekte wie die langfristige und teilweise

unentgeltliche Überlassung kommunaler Ressourcen, unklare vertragliche Regelungen oder fehlende wirtschaftliche Gegenleistungen thematisiert. Diese Kritikpunkte beziehen sich genau auf jene Strukturen, die in den H1-Fällen sichtbar werden. Dadurch entsteht eine zusätzliche Perspektive auf die empirischen Befunde: Während die Ratsbeschlüsse die konkrete Umsetzung zeigen, machen die Sayıştay-Berichte deutlich, dass diese Praktiken auch aus kontrollrechtlicher Sicht bereits vor 2024 als problematisch eingeordnet wurden.

Wie lassen sich diese Ergebnisse nun mit der vorangestellten Theorie verbinden?

Ein naheliegender Ausgangspunkt ist die Frage, ob sich in meinen Befunden tatsächlich Muster klientelistischer Ressourcenvergabe erkennen lassen, wie sie etwa von Hicken (2011), Yörük (2012) oder Ark-Yıldırım (2017; 2020) beschrieben werden. In weiten Teilen spricht meine Analyse dafür. Kommunale Ressourcen werden nicht ausschließlich breit oder neutral verteilt, sondern wiederholt bestimmten Akteuren zugänglich gemacht. Besonders in den klar ausgeprägten Fällen zeigt sich, dass institutionelle Zugänge, Räume oder Programme selektiv bereitgestellt werden. Damit verschiebt sich die Frage weniger auf das *Ob*, sondern vielmehr darauf, *wie eindeutig* und *wie konsistent* diese Muster nachweisbar sind.

Diese Beobachtung erhält durch die Sayıştay-Berichte zusätzliche Schärfe. Sie machen sichtbar, dass bestimmte Praktiken – etwa langfristige, unentgeltliche Nutzungsüberlassungen oder direkte Unterstützungsleistungen außerhalb regulärer Kanäle – nicht nur selektiv wirken, sondern teilweise auch bestehende Verfahren umgehen oder dehnen. Gerade hier verschwimmt die Grenze zwischen regulärer Sozialpolitik und gezielter Begünstigung. Wenn etablierte Nutzer ohne Ausschreibung in kommunalen Immobilien verbleiben oder Leistungen an vorgesehenen Verteilungswegen vorbei vergeben werden, lässt sich dies als Hinweis auf klientelistische Praktiken interpretieren, die darauf abzielen, politische Loyalität zu sichern und bestehende Unterstützungsnetzwerke zu stabilisieren. Somit konnte ich im Rahmen meiner qualitativen Fallstudie darstellen, wie diese Praktiken nun konkret in Üsküdar aussehen, was Ateş Forschung (Ateş, 2021) quantitativ in breiteren Mustern für viele Kommunen anhand ihrer Auswertung der Sayıştay-Berichte gemacht hat.

Auffällig ist dabei, dass diese Prozesse nicht außerhalb der formalen Institutionen (dem Gemeinderat) stattfinden, sondern eng mit ihnen verknüpft sind. Genau hierin spiegelt sich die von Cengiz und Bektaş beschriebene neopatrimoniale Logik wider: Formale Regeln bleiben bestehen und werden eingehalten, gleichzeitig entfalten sie in ihrer konkreten Anwendung eine selektive Wirkung. Die politische Steuerung erfolgt somit nicht primär durch einen offenen

Regelbruch, sondern durch die Nutzung von Spielräumen innerhalb bestehender Verfahren – ein Punkt, den auch Gürakar sowie Esen und Gümüşçü betonen. Die Kooperationsprotokolle und Nutzungsregelungen mit den jeweiligen Organisationen oder planungsrechtliche Anpassungen erscheinen nach außen hin technisch und routinemäßig, werden jedoch in einer Weise eingesetzt, die bestimmte Akteure wiederholt begünstigt.

In diesem Sinne lässt sich auch der Gedanke des *strategic legalism* anschließen. Meine Befunde legen nahe, dass rechtliche Instrumente nicht nur einen Rahmen darstellen, sondern aktiv genutzt werden, um Handlungsspielräume zu gestalten. Die wiederkehrende Anwendung von Verfahren, die Wettbewerb einschränken oder bestehende Arrangements absichern, zeigt, dass das Recht selbst zu einem Mittel politischer Steuerung in Üsküdar wird – nicht durch seine Verletzung, sondern durch seine gezielte Anwendung.

Diese Dynamik entfaltet sich besonders deutlich auf der kommunalen Ebene. Wie Helmke und Levitsky sowie Hull argumentieren, liegt die politische Wirkung gerade in der alltäglichen Verwaltungspraxis. Meine Befunde bestätigen dies insofern, als dass die politische Steuerung weniger in großen, sichtbaren Entscheidungen liegt, sondern in der Vielzahl kleiner, scheinbar technischer Maßnahmen. Gerade diese unspektakulären Entscheidungen strukturieren jedoch, wer Zugang erhält, wer ausgeschlossen bleibt und welche Akteure sich institutionell verankern können.

Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage nach der selektiven Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Argumentation von Yabancı (2019) sowie von Toepler et al. (2020), wonach Kooperationen bevorzugt mit politisch anschlussfähigen Organisationen erfolgen, lässt sich in Teilen wiederfinden. In den klaren Fällen entsteht der Eindruck, dass bestimmte Akteure wiederholt eingebunden werden und dadurch stabile Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeit entstehen. Gleichzeitig bleibt diese Selektivität in meiner Empirie nicht durchgängig eindeutig. Neben klar bevorzugten Organisationen finden sich zahlreiche Fälle, in denen Kooperationen breiter oder weniger eindeutig politisch zuordenbar sind. Die Einbindung der Zivilgesellschaft erfolgt damit weniger gezielt, sondern ergibt sich aus den jeweiligen politischen Interessen, praktischen Anforderungen und der Routine.

Gerade bei religiösen Stiftungen und Vereinen zeigt sich diese Ambivalenz besonders deutlich. Viele dieser Organisationen sind genau in jenen Bereichen aktiv, die auch in den Jahresberichten stark präsent sind: Bildung, Jugendprogramme und soziale Unterstützung. Durch ihre Verankerung im Alltag erreichen sie gesellschaftliche Gruppen, die staatliche

Institutionen allein nur begrenzt erreichen könnten. In diesem Sinne fungieren sie tatsächlich als Schnittstellen zwischen Kommune und Gesellschaft, wie bereits festgestellt wurde (Arbatli & Arbatli, 2025; Arslan Köse, 2019). Gleichzeitig zeigt meine Empirie aber, dass diese Rolle nicht immer eindeutig politisch zuzuordnen ist. Neben klar AKP-nahen Organisationen existiert ein breiteres Umfeld von Akteuren, deren Einbindung zwar strukturell ähnlich funktioniert, deren politische Verortung jedoch weniger eindeutig ist.

Insgesamt ergibt sich damit kein geschlossenes Bild eines eindeutig gesteuerten Systems, sondern vielmehr eine abgestufte Struktur. Klare Formen selektiver Begünstigung stehen neben Graubereichen und funktionalen Kooperationen. Gerade diese Mischung scheint jedoch zentral zu sein: Sie deutet darauf hin, dass politische Steuerung nicht nur über klar erkennbare Netzwerke erfolgt, sondern auch über ein erweitertes Umfeld von Akteuren, in dem sich politische Nähe, institutionelle Praxis und gesellschaftliche Einbindung miteinander verschränken.

Mit Blick auf die Forschung zu religiösen Stiftungen lässt sich meine Analyse dennoch deutlich einordnen und in zentralen Punkten bestätigen. Auf der Mikroebene zeigt sich, dass stiftungs- und vereinsnahe Organisationen wiederkehrend Zugang zu Ressourcen, Räumen und institutionellen Arrangements erhalten und dadurch zentrale Funktionen bei der Umsetzung von Bildungs-, Sozial- und Unterstützungsangeboten übernehmen. Damit bestätigen meine Befunde konkret, was in der Literatur häufig auf einer breiteren Ebene beschrieben wird: Stiftungen sind keine randständigen Akteure, sondern zentrale Schnittstellen, über die staatliche und kommunale Politik in den Alltag hineinwirkt.

Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass diese Strukturen weniger geschlossen und eindeutig sind als andere Arbeiten es vermuten lassen. Neben klar identifizierbaren, politisch anschlussfähigen Organisationen existiert ein breiteres Feld von Akteuren, deren Einbindung strukturell ähnlich funktioniert, deren politische Zuordnung jedoch unscharf bleibt. Die Vermittlerrolle von Stiftungen lässt sich somit klar bestätigen – jedoch nicht als strikt kontrolliertes Netzwerk, sondern als abgestuftes Gefüge, in dem sich politische Nähe, funktionale Kooperation und institutionelle Praxis überlagern.

Gerade an diesem Punkt eröffnet sich eine weiterführende, jedoch bewusst vorsichtig zu behandelnde Perspektive. Wie lässt sich dies im Kontext des von Erdoğan formulierten Ziels einer „frommen Generation“ einordnen? Ein direkter Nachweis im engen Sinne ist mit meinen Daten nicht möglich. Dennoch zeigen die Jahresberichte und Beschlüsse eine klare Tendenz:

Bildung, soziale Angebote und religiöse Praxis werden wiederholt miteinander verknüpft. Programme der Wertevermittlung, Kooperationen im Bildungsbereich oder die Verbindung religiöser Infrastruktur mit sozialen und pädagogischen Angeboten schaffen Kontexte, in denen mehr vermittelt wird als nur reine Dienstleistungen.

Hier bietet sich, indem wir noch einmal auf Gramsci zurückkommen, eine mögliche, aber bewusst interpretative Perspektive. Wenn Hegemonie über die Herstellung von *common sense* funktioniert, also über alltägliche Selbstverständlichkeiten, moralische Vorstellungen und verinnerlichte Ordnungen, dann lassen sich genau solche Programme als Orte denken, an denen diese Prozesse stattfinden. Nicht durch offene politische Botschaften, sondern anhand der wiederkehrenden Praxis: durch Bildungsangebote, soziale Einbindung und institutionelle Routinen. In diesem Sinne könnten die beobachteten Arrangements als Teil jener gesellschaftlichen „Stützstrukturen“ verstanden werden, die Gramsci als „fortresses and earthworks“ beschreibt – also als Räume, in denen Zustimmung langfristig verankert wird.

Gleichzeitig muss diese Einordnung klar als theoretische Überlegung auf einer Metaebene verstanden werden. Meine Befunde zeigen vor allem, dass die strukturellen Voraussetzungen für solche Prozesse vorhanden sind: die enge Verschränkung von Bildung, Religion und sozialer Praxis sowie die institutionelle Einbindung entsprechender Akteure. Ob und in welchem Ausmaß daraus tatsächlich eine gezielte gesellschaftliche Prägung im Sinne einer „frommen Generation“ entsteht, lässt sich mit meinem Material nicht eindeutig belegen.

Rücknahme und Neubewertung bestehender Strukturen ab 2024

Mit Blick auf H2 zeigt sich mit dem Machtwechsel 2024 dann eine deutlich andere Dynamik. Besonders prägnant sind hier die Beschlüsse 3975 und 3976, in denen mehreren eindeutig AKP-nahen Stiftungen gleichzeitig bestehende Rechte entzogen werden. Anders als in den vorherigen Jahren geht es hier nicht mehr um die Vergabe oder Stabilisierung von Ressourcen, sondern um deren aktive Rücknahme. Gerade die Bündelung mehrerer Fälle und die klare Betroffenheit zentraler, politisch einzuordnender Akteure machen diesen Befund besonders stark, da es auch als eine politische Botschaft an alte Strukturen verstanden werden kann.

Auffällig ist dabei auch die Art der Begründung. Die Entscheidungen werden systematisch mit rechtlichen Argumenten untermauert, etwa durch Verweise auf kommunalrechtliche Vorgaben oder auf Feststellungen des Sayıştay. Dabei greifen die neuen Mehrheitsverhältnisse der CHP auf bereits formulierte Kritik zurück und nutzen sie als Grundlage, um bestehende Arrangements neu zu bewerten und teilweise aufzuheben.

Trotzdem würde ich es nicht so einschätzen, dass es ab 2024 zu einem vollständigen Bruch kommt. Vielmehr zeigen meine Befunde erste klare Schritte in eine andere Richtung. Bestehende Strukturen werden nun systematischer überprüft, teilweise zurückgenommen und stärker rechtlich eingeordnet. Gleichzeitig ist die Zahl dieser Fälle noch begrenzt, was darauf hindeutet, dass es sich eher um einen beginnenden Wandel als um eine vollständige Umkehr handelt, da gegebenenfalls auch die Möglichkeiten noch eingeschränkt sind. Man möchte sich eventuell auch nicht als „zu radikal“ gegenüber der Gesamtbevölkerung oder Opposition darstellen, da die Stiftungen eine wichtige Rolle in der Gesellschaft einnehmen. Die Ergebnisse zeichnen damit insgesamt ein Bild von Kontinuität bis 2024 und danach einsetzendem, klar erkennbarem Wandel.

Fazit und Implikation der Ergebnisse

Die Resultate dieser Fallstudie zeigen vor allem, wie viel sich auf kommunaler Ebene tatsächlich abspielt. Entscheidungen, die auf den ersten Blick technisch oder nebensächlich wirken – etwa Kooperationsprotokolle, Nutzungsregelungen oder kleinere Infrastrukturprojekte – haben in der Summe eine große Wirkung. Sie bestimmen, wer Zugang zu Räumen, Programmen oder Unterstützung erhält, und wie sich bestimmte Strukturen im Laufe der Zeit stabilisieren oder verändern.

Für die Forschung bedeutet dies, dass genau diese scheinbar alltäglichen Entscheidungen stärker in den Blick genommen werden müssen. Klientelistische Strukturen entstehen nicht nur durch große politische Maßnahmen (wie z.B. Megaprojekte), sondern oft gerade durch viele kleine, wiederkehrende Entscheidungen im Verwaltungsalltag.

Gleichzeitig zeigen meine Befunde, dass diese Strukturen weniger eindeutig sind, als ich es vermutet habe. Neben klar erkennbaren Mustern gibt es viele Fälle, die sich nicht klar einordnen lassen. Diese Graubereiche sind somit kein Randphänomen, sondern spiegeln die politische Realität vor Ort wider.

Die Analyse zeigt insgesamt, dass kommunale Politik in Üsküdar weder als rein neutrale Verwaltung noch als durchgehend klientelistisches System beschrieben werden kann. Vielmehr entsteht ein komplexes Bild, in dem sich formale Regeln, politische Entscheidungen und institutionelle Routinen überlagern. Besonders deutlich wird, dass politische Steuerung oft nicht offen sichtbar ist, sondern sich in konkreten Entscheidungen, rechtlichen Begründungen und langfristigen Arrangements ausdrückt. Der Wandel ab 2024 zeigt zudem, dass diese

Strukturen nicht festgeschrieben sind, sondern sich verändern können – wenn auch schrittweise und innerhalb bestehender institutioneller Grenzen.

7.2 Limitation

Die Aussagekraft der Ergebnisse ist jedoch an einige wichtige Einschränkungen gebunden. Die Analyse basiert ausschließlich auf schriftlichen Dokumenten – insbesondere Ratsbeschlüssen, Jahresberichten und Sayıştay-Berichten. Dadurch lassen sich zwar formale Entscheidungen und ihre Begründungen nachvollziehen, nicht jedoch die dahinterliegenden Aushandlungsprozesse und Diskussionen. Informelle Absprachen, persönliche Netzwerke oder politische Motive der jeweiligen Parteien und kommunalen Akteure bleiben damit weitgehend unsichtbar. Interviews oder zusätzliche qualitative Zugänge hätten hier eine deutlich tiefere Einordnung ermöglicht, was im Rahmen meiner Arbeit jedoch nicht möglich war.

Ein weiterer zentraler Punkt betrifft die Zuordnung der beteiligten Organisationen. Während einige Akteure klar als AKP-nah identifiziert werden konnten, bewegt sich ein großer Teil der untersuchten Stiftungen und Vereine im Graubereich. Oft standen nur indirekte Hinweise zur Verfügung, etwa in Form von Selbstbeschreibungen, Aktivitäten oder öffentlichen Auftritten im Internet. Eine eindeutige politische Einordnung war daher nicht in allen Fällen möglich, was die Interpretation teilweise unsicher machte und bewusst vorsichtig gehalten werden musste. Da diese auf meinem eigenen Einschätzungsvermögen beruhte, können Fehler passiert sein.

Auch die Datenbasis selbst weist Lücken auf. Nicht alle Beschlüsse waren vollständig verfügbar, einzelne Jahre sind in den ergänzenden Berichten nur teilweise abgedeckt, und gerade in Übergangsphasen – etwa während der Corona-Zeit – zeigen sich Unregelmäßigkeiten in der Dokumentation. Dies bedeutet, dass die Analyse auf dem bestmöglich ausgewerteten, jedoch nicht vollständigen Material basiert. Leider gab es keinen Zugang zur offiziellen Website der Istanbuler Stadtverwaltung (IBB). Dort wären noch mehr interessante Dokumente und möglicherweise die fehlenden Sayıştay-Berichte sowie Budgetpläne zu finden, die einen tieferen Einblick in konkrete Zahlen zu Förderungen einzelner Stiftungen oder in die Plausibilität einzelner Zusammenhänge hätten gewähren können.

Ein weiterer methodischer Punkt ist, dass es mir nicht möglich war, eine vollständige Netzwerkanalyse durchzuführen. Meine Empirie zeigt Muster, Wiederholungen und strukturelle Zusammenhänge, kann jedoch nicht alle Verbindungen zwischen politischen Akteuren, Institutionen und Organisationen systematisch rekonstruieren. Gerade im Hinblick auf klientelistische Strukturen wäre eine solche Vertiefung ein sinnvoller nächster Schritt. Somit

schränkt das auch die Aussagekraft hinsichtlich größerer Zusammenhänge oder anderer Bezirke etwas ein. Es fehlen beispielsweise die Betrachtung größerer Zeiträume und andere Bezirke als gute Vergleichspunkte, um die untersuchten klientelistischen Strukturen weiter zu belegen und auch die hervorgebrachte Veränderung durch die neue Regierung klar zu verstehen und darüber auszusagen.

8 Konklusion

Diese Arbeit hat untersucht, wie sich die kommunale Unterstützung religiöser und bildungsbezogener Organisationen im Istanbuler Bezirk Üsküdar zwischen 2019 und 2025 entwickelt hat und inwiefern der Machtwechsel im Jahr 2024 bestehende Förder- und Netzwerkstrukturen verändert hat. Grundlage war eine qualitative Inhaltsanalyse von Ratsbeschlüssen, Jahresberichten und Rechnungshofberichten. Der Fokus lag bewusst auf der Mikroebene administrativer Entscheidungen, um sichtbar zu machen, wie politische Steuerung im Alltag konkret umgesetzt wird.

Dieser Zugang ermöglicht es, bestehende Forschung zu klientelistischen Strukturen und hybrider Governance auf Meso- und Makroebene zu ergänzen. Während viele Studien solche Prozesse auf aggregierter Ebene nachweisen, macht die vorliegende Analyse sichtbar, wie genau sich solche Strukturen im Alltag darstellen. Wie zeigen sie sich in einzelnen Beschlüssen? Und wo lassen sich Brüche oder Veränderungen tatsächlich beobachten?

Die Ergebnisse zeigen, dass bis 2024 wiederkehrende Muster selektiver Ressourcenvergabe bestehen, von denen insbesondere politisch anschlussfähige, häufig religiös-konservative Organisationen profitieren. Diese Unterstützung erfolgt meist nicht in einzelnen auffälligen Maßnahmen, sondern in einer Vielzahl alltäglicher Entscheidungen, die sich langfristig auf die Struktur der zivilgesellschaftlichen Akteure auswirken können. Gleichzeitig wird deutlich, dass diese Prozesse nicht vollständig durchgesteuert werden. Neben klaren Fällen selektiver Förderung finden sich zahlreiche Entscheidungen, die breiter angelegt oder politisch weniger eindeutig zuordenbar sind.

Vor diesem Hintergrund lässt sich die Forschungsfrage wie folgt beantworten: Der Machtwechsel im Jahr 2024 stellt keinen abrupten Bruch dar, sondern markiert den Beginn eines schrittweisen Wandels. Erste Veränderungen sind erkennbar, etwa bei der Überprüfung bestehender Kooperationen oder der Einschränkung einzelner Unterstützungsformen.

Gleichzeitig bleiben viele Strukturen zunächst bestehen, was darauf hindeutet, dass kommunale Netzwerke und institutionelle Arrangements eine gewisse Beständigkeit aufweisen.

Die Analyse unterstreicht damit die zentrale Bedeutung der kommunalen Ebene für das Verständnis politischer Steuerung. Politische Macht manifestiert sich nicht nur in großen institutionellen Veränderungen oder Umbrüchen, sondern vor allem in alltäglichen Entscheidungen, die Zugänge zu Ressourcen verwalten und gesellschaftliche Akteure langfristig prägen. Für mich zeigt sich somit besonders deutlich: Kommunale Politik ist weit mehr als bloße Verwaltung. Sie ist ein zentraler Ort politischer Steuerung, an dem sich entscheidet, wer Zugang zu Ressourcen erhält, welche Akteure gestärkt werden und wie politische Strukturen im Alltag verankert bleiben. Gerade weil diese Prozesse oft unscheinbar wirken, sind sie besonders wirkungsvoll.

Für zukünftige Forschung wäre es daher spannend, den Blick über Üsküdar hinaus zu erweitern. Insbesondere andere Istanbuler Bezirke, in denen ähnliche politische Ausgangsbedingungen und Machtwechsel stattgefunden haben, bieten sich als Vergleich an. Ein solcher Vergleich könnte zeigen, ob die hier beobachteten Muster spezifisch für Üsküdar sind oder Teil einer breiteren Entwicklung sind. Ebenso wäre es interessant zu untersuchen, wie sich diese Prozesse über einen längeren Zeitraum hinweg weiterentwickeln und ob sich die angedeuteten Veränderungen tatsächlich verstärken. Insgesamt zeigt die Arbeit, dass politische Veränderungen auf kommunaler Ebene selten abrupt verlaufen, sondern sich schrittweise innerhalb bestehender Strukturen entwickeln. Gerade deshalb ist der Blick auf die Mikroebene entscheidend, um zu verstehen, wie politische Macht im Alltag tatsächlich wirkt.

Abschließend bleibt es allgemein sehr interessant zu beobachten, in welche politische Richtung sich die Türkei in den kommenden Jahren entwickeln wird. Vor allem der finale Ausgang des Prozesses um den eigentlichen Istanbuler Bürgermeister İmamoğlu könnte einen erheblichen Einfluss auf die politische Landschaft nicht nur in Istanbul, sondern auch landesweit haben. Für die in der Arbeit beobachtete kommunale Ebene Istanbul bleibt es spannend zu sehen, inwiefern die AKP wieder an Macht gewinnt, ihren Einfluss beibehält oder durch Mittel im legalen Graubereich diesen ausweiten kann. Schafft es die CHP, ihre kommunalen Wahlerfolge zu nutzen, um größere Veränderungen in den einzelnen Bezirken sowie in ganz Istanbul hervorzubringen und so ein überzeugendes Gegenprogramm zu Erdoğan darzustellen? Zumindest in Üsküdar wurden die ersten Weichen gestellt und den alten Strukturen der AKP bereits vereinzelt der Kampf angesagt.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Klientelismus- und Patronagetrends im Ländervergleich (2011, 2017, 2024)...	13
Abbildung 2: Überblick über die regierende Bürgermeisterpartei in türkischen Großstädten.	38
Abbildung 3: Research Design der Analyse der Ratsbeschlüsse (eigene Darstellung).....	50
Abbildung 4: Kodierleitfaden mit Beispielcodes (eigene Darstellung)	51
Abbildung 5: Quantitative Verteilung der Beschlüsse nach Kategorien und Jahren (eigene Darstellung)	56

Literaturverzeichnis

- Adar, S., & Seufert, G. (2021). *Turkey's presidential system after two and a half years: An overview of institutions and politics*. In *SWP Research Paper 2/2021* (Version 1).
Stiftung Wissenschaft und Politik. <https://doi.org/10.18449/2021RP02>
- Alemdaroğlu, A. (2018, Dezember 15). *The AKP's Problem with Youth—MERIP*. Middle East Research and Information Project. Abgerufen am 20. März.2026, von
<https://www.merip.org/2018/12/the-akps-problem-with-youth/>
- Arbatli, E., & Arbatli, C. E. (2025). *Proliferation of religious associations and local incumbency advantage: Evidence from municipal elections in Turkey*.
Democratization, 32(4), 963–992. <https://doi.org/10.1080/13510347.2024.2428277>
- Ark-Yıldırım, C. (2020). *The 2018 'Construction Peace' in Turkey: A Neoliberal Inclusion or Populist Electoral Exchange?* *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*, 22(5),
613–628. <https://doi.org/10.1080/19448953.2020.1799595>
- Ark-Yıldırım, C. (2017). *Political Parties and Grassroots Clientelist Strategies in Urban Turkey: One Neighbourhood at a Time*. *South European Society and Politics*, 22(4),
473–490. <https://doi.org/10.1080/13608746.2017.1406431>
- Arslan Köse, S. (2019). *Faith-based organizations in Turkey as indirect political patronage tools*. *Palgrave Communications*, 5(1), 88. <https://doi.org/10.1057/s41599-019-0301-2>
- Ateş, M. (2021). *Democracy at the local level in Turkey: An empirical analysis of municipalities*. Sabancı University.
- Aydın, H. A. A. Y. (2024). *Kommunalwahlen in der Türkei: Neue Freiräume und deutsch-türkische Kooperationsfelder*. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).
<https://doi.org/10.18449/2024A25>

- Bayraktar, S. U. (2023). *Turkish municipalities: Reconsidering local democracy beyond administrative autonomy*. *European Journal of Turkish Studies*, 36.
<https://doi.org/10.4000/ejts.1103>
- Bektaş, E. (2025). *Neopatrimonial Rule through Formal Institutions: The Case of Turkey*. *Government and Opposition*, 60, 1–22. <https://doi.org/10.1017/gov.2024.36>
- Bermeo, N. (2016). On Democratic Backsliding. *Journal of Democracy*, 27(1), 5–19.
<https://doi.org/10.1353/jod.2016.0012>
- Britannica Editors. (o. J.). *Üsküdar*. Encyclopedia Britannica. Abgerufen am 12. März 2026, von <https://www.britannica.com/place/Uskudar>
- Bruinessen, M. V. (2018). *The Governance of Islam in Two Secular Polities: Turkey's Diyanet and Indonesia's Ministry of Religious Affairs*. *European Journal of Turkish Studies*, 27. <https://doi.org/10.4000/ejts.5964>
- Bundeszentrale für politische Bildung. (2023, Mai 17). *Parteien der Türkei*. Abgerufen am 10. Dezember 2025, von <https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/188249/parteien-der-tuerkei/>
- Cammett, M., & Issar, S. (2010). *Bricks and Mortar Clientelism: Sectarianism and the Logics of Welfare Allocation in Lebanon*. *World Politics*, 62(3), 381–421.
<https://doi.org/10.1017/S0043887110000080>
- Çarkoğlu, A., Toprak, B., & Aksoy Fromm, Ç. (2007). *Religion, society and politics in a changing Turkey*. TESEV Publ.
- Cengiz, F. Ç. (2020). *Proliferation of neopatrimonial domination in Turkey*. *British Journal of Middle Eastern Studies*, 47(4), 507–525.
<https://doi.org/10.1080/13530194.2018.1509693>
- Çevik, S. (2019). *Erdoğan's Comprehensive Religious Policy. Management of the Religious Realm in Turkey*. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

- Çevik, S. (2022). *New Turkey and Management of the Religious Realm: Continuities and Ruptures*. *European Journal of Turkish Studies*, 34. <https://doi.org/10.4000/ejts.8080>
- Cizre, Ü. (Ed.) (2008). *Secular and Islamic politics in Turkey: The making of the Justice and Development Party*. Routledge.
- Congress of Local and Regional Authorities. (2022, März 2). *Monitoring of the application of the European Charter of Local Self-Government in Turkey*.
<https://search.coe.int/congress?i=09000001680a5b1d3>
- Cünel, G. (2006). *Review of Markets of dispossession: NGOs, economic development, and the state in Cairo*, by J. Elyachar. *New Perspectives on Turkey*, 35, 135–140.
<https://doi.org/10.1017/S0896634600004519>
- Dahl, R. A. (1971). *Polyarchy: Participation and Opposition*. Yale University Press.
- Desai, R., Olofsgård, A., & Yousef, T. (2009). *The Logic of Authoritarian Bargains*. *Economics & Politics* 21(1), 93–125. <https://doi.org/10.1111/j.1468-0343.2008.00337.x>
- European Centre for Press and Media Freedom (ECMPF). (2024, März 19). *MFRR Monitoring Report 2023*. Abgerufen am 10. März 2026, von
<https://www.ecpmf.eu/1117-media-freedom-alerts-in-the-past-year-mfrr-monitoring-report-2023/>
- Esen, B., & Gümüşçü, S. (2016). *Rising competitive authoritarianism in Turkey*. *Third World Quarterly*, 37(9), 1581–1606. <https://doi.org/10.1080/01436597.2015.1135732>
- Esen, B., & Gümüşçü, S. (2021). *Why did Turkish democracy collapse? A political economy account of AKP's authoritarianism*. *Party Politics*, 27(6), 1075–1091.
<https://doi.org/10.1177/1354068820923722>
- European Commission. (2024). *Türkiye 2024 Report*.
https://enlargement.ec.europa.eu/turkiye-report-2024_en

- Flyvbjerg, B. (2014). *What you should know about Megaprojects and Why: An Overview*. *Project Management Journal*, 45(2), 6–19. <https://doi.org/10.1002/pmj.21409>
- George, A. L., & Bennett, A. (2005). *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*. MIT Press.
- Gerschewski, J. (2013). *The three pillars of stability: Legitimation, repression, and co-optation in autocratic regimes*. *Democratization*, 20(1), 13–38. <https://doi.org/10.1080/13510347.2013.738860>
- Gozaydin, I. & Öztürk, A. E. (2014). *The management of religion in Turkey*. Turkey Institute.
- Gramsci, A. (1971). *Selections from the prison notebooks of Antonio Gramsci*. Lawrence & Wishart.
- Güner, A., & Yilmaz, S. (2017). *Impact of recent changes on local government discretion and accountability in Turkey*. *Marmara Journal of Economics*, 1(2), 229–250. <https://doi.org/10.24954/mjecon.2017.12>
- Guner, E. (2020). *NGOization of Islamic Education: The Post-Coup Turkish State and Sufi Orders in Africa South of the Sahara*. *Religions*, 12(1), 24. <https://doi.org/10.3390/rel12010024>
- Gürakar, E. Ç., & Bircan, T. (2016). *POLITICAL CONNECTIONS AND PUBLIC PROCUREMENT IN TURKEY: EVIDENCE FROM CONSTRUCTION WORK CONTRACTS* (Working Paper 1053). Economic Research Forum.
- Hellmann, J., S., Jones, G., & Kaufmann, D. (2000). *State Capture, Corruption and Influence in Transition (POLICY RESEARCH WORKING PAPER 2444)*. World Bank.
- Helmke, G., & Levitsky, S. (2004). *Informal Institutions and Comparative Politics: A Research Agenda*. *Perspectives on Politics*, 2(4), 725–740. <https://doi.org/10.1017/S1537592704040472>
- Hicken, A. (2011). Clientelism. *Annual Review of Political Science*, 14, 289–310. <https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.031908.220508>

- Hull, M. S. (2012). *Government of Paper: The Materiality of Bureaucracy in Urban Pakistan* (1. Aufl.). University of California Press.
- Istanbul Metropolitan Municipality. (2020). *Strategic Plan 2020–2024*. Istanbul Metropolitan Municipality.
- Istanbul Metropolitan Municipality. (2022). *Annual Report 2022*. Istanbul Metropolitan Municipality.
- Istanbul Metropolitan Municipality. (2024). *Investor Presentation / Investor Report*. Istanbul Metropolitan Municipality.
- Kaya, E. (2018). *Secularism and state religion in modern Turkey: Law, policy-making and the Diyanet*. I.B. Tauris. <https://doi.org/10.5040/9781350987975>
- Krippendorff, K. (2019a). Analytical Constructs. In *Content Analysis: An Introduction to Its Methodology*. SAGE Publications, Inc. <https://doi.org/10.4135/9781071878781>
- Krippendorff, K. (2019b). Conceptual Foundation. In *Content Analysis: An Introduction to Its Methodology*. SAGE Publications, Inc. <https://doi.org/10.4135/9781071878781>
- Krippendorff, K. (2019c). Data Languages. In *Content Analysis: An Introduction to Its Methodology*. SAGE Publications, Inc. <https://doi.org/10.4135/9781071878781>
- Krippendorff, K. (2019d). Recording and Coding. In *Content Analysis: An Introduction to Its Methodology*. SAGE Publications, Inc. <https://doi.org/10.4135/9781071878781>
- Krippendorff, K. (2019e). The Logic of Content Analysis Designs. In *Content Analysis: An Introduction to Its Methodology*. SAGE Publications, Inc. <https://doi.org/10.4135/9781071878781>
- Krippendorff, K. (2019f). Unitizing. In *Content Analysis: An Introduction to Its Methodology*. SAGE Publications, Inc. <https://doi.org/10.4135/9781071878781>
- Krippendorff, K. (2019g). Uses and Inferences. In *Content Analysis: An Introduction to Its Methodology*. SAGE Publications, Inc. <https://doi.org/10.4135/9781071878781>

- Kuru, A. T. (2009). *Secularism and State Policies toward Religion: The United States, France, and Turkey*. Cambridge University Press.
- Latief, H. (2013). *The Politics of Benevolence: Political Patronage of Party-based Charitable Organizations in Contemporary Indonesian Islam*. *Al-Jami'ah: Journal of Islamic Studies*, 51(2), 337–363. <https://doi.org/10.14421/ajis.2013.512.337-363>
- Ledeneva, A. V. (1998). Chapter 5: Blat Exchange: Between Gift and Commodity. In *Russia's Economy of Favours: Blat, Networking and Informal Exchange* (pp. 121–148). Cambridge University Press.
- Ledeneva, A. V. (2009). From Russia with 'Blat': Can Informal Networks Help Modernize Russia? *Johns Hopkins University Press, Social Research*, 76(1), 257–288.
- Levitsky, S., & Way, L. A. (2010). *Competitive Authoritarianism: Hybrid Regimes after the Cold War*. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511781353>
- Linz, J. J. (2000). *Totalitarian and Authoritarian Regimes*. Lynne Rienner Publishers. <https://doi.org/10.1515/9781685850043>
- Lorch, J. (2023). Civil Society Between Repression and Cooptation: Adjusting to Shrinking Space in Cambodia. *Journal of Current Southeast Asian Affairs*, 42(3), 395–420. <https://doi.org/10.1177/18681034231214397>
- Lueb, U. (2026). *Mammutprozess gegen abgesetzten Istanbuler Oberbürgermeister İmamoğlu*. Tagesschau. Abgerufen am 14.03.2026, von <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/imamoglu-prozess-tuerkei-100.html>
- Lust, E., & Waldner, D. (2015). *Unwelcome Change: Understanding, Evaluating, and Extending Theories of Democratic Backsliding*. United States Agency for International Development (USAID).
- Mardin, Ş. (1973). *Center-Periphery Relations: A Key to Turkish Politics?* *Daedalus*, 102(1), 169–190.

- Nord, M., Altman, D., Angiolillo, F., Fernandes, T., Gaston, E., & Lindberg, S. I. (2025). *Democracy Report 2025: 25 Years of Autocratization – Democracy Trumped?* V-Dem Institute.
- Nordic Monitor. (2020, Februar 3). *UN committee deferred applications for consultative status by Erdogan-linked foundations*. Abgerufen am 22. Januar 2026, von <https://nordicmonitor.com/2020/02/the-un-body-put-off-applications-for-a-status-by-erdogan-linked-foundations/>
- OECD. (2025). *OECD Economic Surveys: Türkiye 2025* (Bd. 2025). OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/d01c660f-en>
- Özgül, H., & Susam, N. (2025). *A Decision Support System (Dss-M) for Municipal Budget and Investment Program Planning Processes in Türkiye*. *Journal of Economic Policy Researches / İktisat Politikası Araştırmaları Dergisi*, 12(1), 154–179. <https://doi.org/10.26650/JEPR1590874>
- Öztürk, A. E. (2016). *Turkey's Diyanet under AKP rule: From protector to imposer of state ideology?* *Southeast European and Black Sea Studies*, 16(4), 619–635. <https://doi.org/10.1080/14683857.2016.1233663>
- Reuters. (2024, März 28). *Turkey local elections: A test for Erdogan and rival Imamoglu*. Abgerufen am 15. November 2025, von <https://www.reuters.com/world/middle-east/turkeys-local-vote-test-erdogan-his-main-rival-imamoglu-2024-03-28>
- Sayıştay. (o. J.). *Functions of the Turkish Court of Accounts*. Sayıştay. Abgerufen 13. März 2026, von <https://www.sayistay.gov.tr/pages/156-functions-of-the-tca?lang=en>
- Schedler, A. (2006). The Logic of Electoral Authoritarianism. In A. Schedler (Ed.), *Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition* (S. 1–24). Lynne Rienner
- Scheppele, K. L. (2018). *Autocratic Legalism*. *University of Chicago Law Review: Vol. 85*(2), 545–583. <https://chicagounbound.uchicago.edu/uclrev/vol85/iss2/2>

- Schumpeter, J. A. (2013). *Capitalism, socialism and democracy*. Routledge.
<https://doi.org/10.4324/9780203202050>
- Toepler, S., Zimmer, A., Fröhlich, C., & Obuch, K. (2020). *The Changing Space for NGOs: Civil Society in Authoritarian and Hybrid Regimes*. *Voluntas: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations*, 31(4), 649–662.
<https://doi.org/10.1007/s11266-020-00240-7>
- Toksabay, E. (2025, März 19). *Imamoglu, the detained Istanbul mayor seen as Erdogan's key rival*. *Reuters*. Abgerufen am 15. November 2025, von
<https://www.reuters.com/world/middle-east/imamoglu-detained-istanbul-mayor-seen-erdogans-key-rival-2025-03-19/>
- Transparency International. (2024). *Corruption Perceptions Index 2023*. Transparency International.
- TÜRGEV. (o. J.). *TÜRGEV. Who we are*. Abgerufen 23. März 2026, von
<https://www.turgev.org/en>
- Türkiye İstatistik Kurumu (TÜİK). (2024a). *Adrese Dayalı Nüfus Kayıt Sistemi Sonuçları—2023*. TÜİK. <https://veriportali.tuik.gov.tr>
- Türkiye İstatistik Kurumu (TÜİK). (2024b).
<https://biruni.tuik.gov.tr/medas/?kn=95&locale=en>
- Üsküdar Belediyesi. (2019). *Üsküdar Municipality Performance Reports (2019–2025)*.
- Üsküdar Municipality. (o. J.). *Üsküdar Today*. Abgerufen am 12. März 2026, von
<https://www.uskudar.bel.tr/en/main/pages/uskudar-today/314>
- Vannetzel, M. (2017). *The Muslim Brotherhood's 'Virtuous society' and State Developmentalism in Egypt: The Politics of 'Goodness'*. *Revue Internationale de Politique de Développement*, 8, 220–245. <https://doi.org/10.4000/poldev.2327>
- Varol, O. O. (2015). *Stealth Authoritarianism*. *Iowa Law Review*, 100(4), 1673–1742.

- White, J. (2011). *Islamist Mobilization in Turkey: A Study in Vernacular Politics*. University of Washington Press.
- White, J. (2014). *Muslim Nationalism and the New Turks*. Princeton University Press.
<https://doi.org/10.1515/9781400851256>
- Yabanci, B. (2019). *Turkey's tamed civil society: Containment and appropriation under a competitive authoritarian regime*. *Journal of Civil Society*, 15(4), 285–306.
<https://doi.org/10.1080/17448689.2019.1668627>
- Yılmaz, Z. (2020). *Erdoğan's presidential regime and strategic legalism: Turkish democracy in the twilight zone*. *Southeast European and Black Sea Studies*, 20(2), 265–287.
<https://doi.org/10.1080/14683857.2020.1745418>
- Yörük, E. (2012). *Welfare Provision as Political Containment: The Politics of Social Assistance and the Kurdish Conflict in Turkey*. *Politics & Society*, 40(4), 517–547.
<https://doi.org/10.1177/0032329212461130>
- Yüksek Seçim Kurulu (YSK). (2019). *YSK Webportal*. 31 Mart 2019 Mahalli İdareler Seçimi.
<https://www.ysk.gov.tr/tr/31-mart-2019-mahalli-i%CC%87dareler-secimi/77916>
- Yüksek Seçim Kurulu (YSK). (2024). *YSK Web Portal*. 31 Mart 2024 Mahalli İdareler Seçimleri. <https://www.ysk.gov.tr/tr/31-mart-2024-secimi/46637316?>
- Zürcher, E. J. (2017). *Turkey: A Modern History* (1st ed). I.B. Tauris.

Anhang

Anhang A: Übersicht der Kodierungen und Kategorien der Gemeinderatsbeschlüsse